

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 21. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Um des Kaisers Bart?

Es ist von mancher Seite in der Presse und auch auf dem Parteitag behauptet worden, die ganze Auseinandersetzung über die Kolonialdebatte in Stuttgart sei nur „Wortklauberei“, ein Pant um Worte, ein Streit um des Kaisers Bart gewesen. Und wahrscheinlich werden wir es erleben, daß diese sonderbare Auffassung auch nach dem Parteitag weiterhin vertreten wird. Man wird sich, wie das bereits geschehen ist, auf Welbel berufen, der ja in Essen ebenfalls diese Meinung vertreten habe.

Wie völlig unrichtig aber diese Auffassung ist, wollen wir hiermit nochmals nachweisen.

Bereits der Parteitag zu Mainz 1900 befaßte sich mit der Kolonialpolitik und beschloß folgende Resolution:

Der Parteitag erklärt:

Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machterhaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drange nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpieren trachtet.

Diese Politik beruht auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkern; sie führt aber auch notwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubjagd durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Die überseische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisierenden Mächte und infolgedessen zu unerträglichen Kämpfen um Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen, soziale Reformen im Innern verhindern und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen.

Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerten und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkern gesichert und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation.

Diese Resolution bringt mit prägnantester Schärfe den Standpunkt zur Geltung, den die Partei seit jeher vertreten hat und den in Stuttgart wie in Essen die Genossen Ledebour, Wurm, Kautsky und Laufenberg vertreten haben.

Hier wird die Kolonialpolitik prinzipiell verworfen. Nicht nur ihrer Ausbeutungspraxis und der von ihr heraufbeschworenen internationalen Konflikte halber, sondern auch, weil die Sozialdemokratie die Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen ist. Ferner wird mit großer Schärfe betont, daß die wünschenswerten und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen nur „dadurch“ verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheit, sowie die Unabhängigkeit“ (1) der Völker „gesichert und gewahrt werden.“

Von irgend welcher Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik war hier keine Rede, umso mehr aber von dem Kampf gegen die Kolonialpolitik!

Inzwischen ist Deutschland immer mehr in eine Aera der Welt- und Kolonialpolitik hineingeraten. Unterhalb Milliarden sind bereits dafür vergeudet worden! Die blutigsten Kriege hat man geführt, ganze Völkern ausgerottet! Statt der 1000 Mann Schutztruppe steht jetzt — die Polizeitruppe eingerechnet — eine Kolonialarmee von mehr als 5000 Mann in Südwestafrika. Die Aera Dernburg hat dem wüsten Kolonial-Werkspiel die Tore sperrangelweit geöffnet! Seit Mainz haben wir das Marinegesetz und eine Kolonne dazu erhalten, die 5 1/2 Milliarden verschlingen. Dabei steht bereits eine neue Flottenvorlage vor der Tür! Die Weltpolitik hat uns in der Marokkoeffaire vor die Kriegsgefahr gebracht! Die Kolonialpolitik hat dazu geführt, dem Freisinn den letzten Rest des Liberalismus auszutreiben, sie hat den konservativ-freisinnigen Blod geschaffen!

Sollte man da nicht meinen, daß heute noch ganz anders als im Jahre 1900 der Kolonialpolitik der schärfste, bedingungsloseste Kampf erklärt werden müßte?

Und was erleben wir statt dessen in Stuttgart? Nicht auf die Bekämpfung der Kolonialpolitik legten die Genossen van Kol, Bernstein und David das Hauptgewicht, sondern auf praktische koloniale Reformarbeit! Wir brauchen hier nicht zum zehnten Male zu betonen, daß diese praktische Arbeit zum Schutze der Eingeborenen notwendig ist, daß sie auch von der deutschen Sozialdemokratie mit allem Nachdruck geleistet worden ist. Aber diese „praktische“ Arbeit ist doch eine sekundäre Frage gegenüber dem Kampf gegen die Kolonialpolitik, dessen Notwendigkeit

ja in der Mainzer Resolution so trefflich nachgewiesen und von der Dresdener Resolution besonders unterstrichen worden ist!

Aber noch mehr: van Kol und Bernstein führten sogar aus, daß die Kolonialpolitik notwendig sei. Sagte doch van Kol:

„Ledebour wird doch auch überzeugt davon sein, daß der Kapitalismus in Europa eine Notwendigkeit ist, eine notwendige und unvermeidliche Entwicklungsstufe. Sollte das gleiche nicht auch für den Kapitalismus in den Kolonien gelten? ... Wollten diejenigen deutschen, französischen und polnischen Delegierten, die die Minderheitsresolution unterzeichnet haben, die Verantwortung dafür übernehmen, das gegenwärtige koloniale System einfach aufzuheben?“

Und Bernstein sagte: „Die Kolonien sind da. Damit muß man sich abfinden. Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker vor Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit.“

Steht das alles nicht im schreiendsten Gegensatz zu der Mainzer Resolution, die sich mit der Kolonialpolitik nicht einfach abfinden, sondern sie aufs äußerste bekämpfen will?

Und da sollen die Ledebour, Wurm, Kautsky und Laufenberg „Wortklauberei“ getrieben haben?!

Und was sagte David?!

„Ledebour erklärt die Kolonialpolitik überhaupt nicht für reformfähig und derselbe Genosse Ledebour ist damit einverstanden, daß der Kongreß im zweitletzten Absatz der Resolution erklärt, daß er zum Zwecke der Verbesserung des Loses der Eingeborenen für Reformen in den Kolonien einzutreten habe. (Hört! hört!) Bei dieser Logik hat er kein Recht, anderen Unlogik vorzuwerfen. Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minderheit, wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden. (Sehr richtig!) Ledebour ruft mir zu, das wollen wir auch! (Lebhaftes Hört! Hört!) Dann mögen die englischen Kameraden, die für die Resolution Ledebour eintreten, in ihren Parlamenten beantragen, ihre Kolonien abzuschaffen und ebenso die französischen Genossen. Und wenn nun wirklich die Vertreter dieser Auffassung in der Lage wären, die Kolonien als solche zu beseitigen, so würde das heißen, diese den Eingeborenen zurückzugeben. Was würde wohl dann mit den Kolonien geschehen? Nicht Humanität würde in ihnen walten, sondern sie würden in die Barbarei zurückfallen.“ (Sehr richtig!)

Ist dieser Standpunkt Davids nicht dem der Mainzer Resolution diametral entgegengesetzt?

Daß es nicht der bloße Gedanke war, auch nach Kräften für den Schutz der Eingeborenen einzutreten, der der Opposition der Kommissionmehrheit zugrunde lag, erhellt aus daraus, daß es in der auch von Ledebour unterstützten ersten Resolution hieß:

„Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten in allen Parlamenten die Pflicht haben, die Methoden der Ausbeutung und Anechtung zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrschen. Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern und jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen und deren Ausbeutung und Verklawung zu verhindern. Sie haben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erziehung zur Unabhängigkeit zu begünstigen.“

Trotzdem trat auch David für eine Fassung ein, die an die Spitze der Resolution nicht die prinzipielle Bekämpfung der kapitalistischen Kolonialpolitik stellte, sondern unter Anerkennung der „kolonialen Idee“ die Umgestaltung der heutigen Kolonialpolitik betonte. Es handelte sich also nicht um bloße Endzielpolitik, sondern um das Verkenntnis zum kolonialen Reformismus. Das beweist ja auch Davids eben zitierte Rede, worin er die Kolonien nicht den Eingeborenen zurückzugeben haben will! Das beweist auch der Verlauf der ganzen Kommissionenverhandlung.

So begründete Lervagne-Belgien eine von ihm vorgeschlagene Fassung: „Der Kongreß verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können wird.“ mit den Worten: „Sollen wir am Kongo alles so lassen, wie es dort ist, oder sollen wir die Zustände dort bessern?“ Ausführungen, die dadurch erst recht verständlich werden, daß Lervagne seinerzeit für die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien eingetreten ist! Auch Rouanet-Frankreich äußerte sich ähnlich.

Genosse David hat nun in Essen wiederum erklärt, er lehne für Deutschland jede Anerkennung der Kolonialpolitik ab, seine Stellungnahme erkläre sich mit der Rücksicht auf andere Nationen. Aber dieser Standpunkt erscheint uns verfehlt! Die Stellungnahme zur Kolonialpolitik muß zwar international einheitlich sein, aber sie muß trotzdem den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie zur Geltung bringen. Ist eine solche prinzipielle Stellungnahme einzuweilen noch nicht zu erzielen, so jehe man lieber die Beschlüsse aus, bevor man der Einheitlichkeit zuliebe das Prinzip auch nur um ein Nulchen preisgibt!

Und da soll die Diskussion über die Stuttgarter Kolonialdebatte „Wortklauberei“ gewesen sein?!

Wortklauberei wurde allerdings getrieben. Zum Beispiel von David, der meinte, man könne nicht für koloniale Reformen eintreten, wenn man die Kolonialpolitik prinzipiell verwirft! Als ob wir nicht auch militärische Reformen anstreben, im

kapitalistischen Staate Reformarbeit betreiben, ohne daß wir uns mit ihm „abfinden“!

Und dann wurde vor allem Wortklauberei getrieben mit dem Worte von der „sozialistischen“ Kolonialpolitik, den ganz überflüssigen Untersuchungen darüber, ob und in welcher Weise einmal der Sozialismus nach seinem Siege „Kolonialpolitik“ treiben werde! Und da möchten wir doch auch gleich feststellen, daß Welbels Wort von dem „Streit um des Kaisers Bart“ sich gerade auf diese überflüssige Kopfzerbrecheri bezog, die ja gerade die Kautsky, Wurm und Ledebour, der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ für höchst überflüssig erklärt hatten!

Nun ist ja in Stuttgart die Resolution der Kommissionminderheit angenommen worden. Jene Sätze der Mehrheitsresolution, in denen es hieß, der Kongreß verwirft nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil sie unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können, sind gefallen. Und das war um so erfreulicher, weil nicht nur der Wortlaut dieser Sätze der Deutung fähig war, daß der Kongreß sich mit der kapitalistischen Kolonialpolitik als einer gegebenen Tatsache abfinden und nur die „Auswilderer“ der Kolonialpolitik durch Reformtätigkeit beseitigen wolle, sondern weil die Reden mancher Verteidiger dieser Sätze für eine solche Deutung eine Unterlage geboten hätten!

Erfreulicherweise hat auch der Essener Parteitag neben den anderen Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses auch die von ihm gefasste Kolonialresolution gebilligt. Er hat damit diejenigen Genossen und Parteiblätter desabonniert, die die Annahme der Stuttgarter Resolution als das Ergebnis einer Zufallsmajorität hinstellten, die gegen das Votum der „führenden“ Nationen zustande gekommen und einer Korrektur bedürftig sei.

Daß diejenigen, die nach Stuttgart diese Auffassung vertraten, sich in Essen jedes Eingetretens in die Debatte enthielten, wollen wir nicht weiter glossieren, sondern einfach so erklären, daß auch sie sich inzwischen zu dem Standpunkt der Stuttgarter Resolution bekehrt haben. Nur dürfen wir jetzt wohl auch erwarten, daß gerade diese Genossen auch ihrerseits objektiv und loyal genug sind, mit uns der irrigen Ansicht entgegenzutreten, daß es sich bei der Kolonialdebatte in Stuttgart und in Essen nur um einen Streit um des Kaisers Bart gehandelt habe!

Die Alkoholfrage vor dem Parteitag.

Essen, 20. September. (Privatbesprechung.)

Nachdem heute morgen Genosse Thiele-Halle als einziger Redner zum Preßbureau gesprochen hatte, wurde der Entwurf der Fünfgliederkommission mit großer Mehrheit angenommen. Dann hielt Genosse Wurm sein großzügiges Referat über die Alkoholfrage. Die zweieinhalbstündige Rede bot eine mit reichem Material ausgestattete, weite soziale Perspektiven eröffnende Behandlung der Frage. Inhaltlich wie rhetorisch eine prächtige Leistung; eine anschaulich gemeinverständliche Darstellung dessen, was die Wissenschaft zu diesem Thema zu sagen hat und was vom Standpunkt der kämpfenden Arbeiterschaft dazu zu bemerken ist. Einmütiger Beifall des Parteitages und der dichtgedrängten Galerie folgte dem Vortrag.

Die Diskussion, die in der Nachmittags Sitzung beendet wurde, zeigte die erfreuliche Uebereinstimmung der Partei in der Stellung zur Alkoholfrage. Genosse Kagenstein zog aus diesem Grunde seine Sonder-Resolution zurück. Allerdings sind die Arbeiter-Abstinente in bezug auf die Wertung der Auffassung über die Alkoholfrage und der besonderen Organisation der Arbeiter-Abstinente nicht ganz der Ansicht des Genossen Wurm, das hebt aber die Einheit in der Hauptsache nicht auf; der Parteitag nahm dem auch einstimmig die Resolution des Referenten an und erklärte damit alle anderen Anträge zu diesem Punkte für erledigt.

Nach Erledigung des Berichts der Beschwerdelokommission wendet sich der Parteitag den besonderen Anträgen zu. Der Antrag, auf den nächsten Parteitag die Landarbeiterfrage zu setzen, wird dem Vorstand zur Erwägung überwiefen, ebenso der Antrag betreffend die Agrarfrage. Als Ort des nächsten Parteitages wird Nürnberg gewählt.

Ein koloniales Sittenbild.

Der Prozeß Roeren-Schmidt, der zurzeit in Köln verhandelt wird, gleicht einem wahren Schlammvulkan, der unabsehbare Massen stinkenden Urates auswirft. Das einzig Erfreuliche an ihm ist die Öffentlichkeit der Verhandlung, die dem Volke gestattet, einen interessanten Blick hinter die Kulissen zu werfen. Die Kulissen zeigen äußerlich das schönste Idyll. Beamte und Missionare arbeiten mit Hingabe und unter Aufopferung ihrer Gesundheit an der „kulturellen Erziehung“ der armen stiftlich tiefstehenden „Wilden“. Sie verbreiten „Gesittung und Christentum“, sie gewöhnen die trägen, stumpf dahinbegehrenden Schwärzen an nützliche Arbeit. Sie helfen ihnen die Kulturschätze des Landes erschließen und den Grundstoff zu Wohlhabenheit und Wohlergehen legen.

Dies hübsche Bild zeigen die Kulissen, wie sie phantasiereiche Kolonialenthufasten mit farbigem Pinsel entworfen haben. Aber hinter den Kulissen sieht es ganz, ganz anders aus!

Versuchen wir, das Wahrheitsbild, das uns der Kölner Skandalprozeß geboten, mit ein paar Strichen zu zeichnen. Da ist zunächst die „Erziehung zur Arbeit“. Eingeborene sollen Zwangsron verrichten, zu der sie sich mit Recht nicht verpflichtet fühlen. Ihre Weigerung wird mit

Prügeln beantwortet. Mit Prügeln, bei denen drei bis vier mehr als daumendicke Stöcke in hohen Stiegen, bei denen auch die Haut der Geprügelten in Fetzen geht. Unter den also zur Arbeit „Erzogenen“ befindet sich auch ein Mann, der sich gar nicht geweiigert hat, die Fronarbeit zu verrichten. Er beklagt sich hinterher, aber — er hat seine Prügel einmal weg, er kann sie philosophisch als Vorwurf betrachten. Die Geprügelten, deren Rücken handgroße Wundflächen aufweist, mußten dann anderen Tages zur Arbeit antreten.

Und die Beamten? Sie, die es so streng mit der Arbeit der Schwarzen nehmen, werden wohl an sich selbst die nächstschlechtesten Anforderungen stellen. In Sonderheit Herr Geo Schmidt selbst. Nun ja, in gewissen Beziehungen ist dieser Herr auch sehr aufopferungsbereit. Sein Sexualtrieb kennt keine Schranken. Er hat eine schwarze „Frau“, wie jeder Beamte, auch Herr Distaba nicht ausgeschlossen. Aber neben dieser Frau hat er, nach Leutnant Mied, an jedem Orte, wohin er kommt, in Gestalt einer Frau oder eines Mädchens auch eine „Frau“. Wir sind keine Moralisten und mißgönnen weder ihm noch den anderen solche „Frauen“ auf Zeit. Aber Herr Schmidt hält sich neben seiner „Frau“ auch noch einen ganzen Harem junger Mädchenlein. Sein entristeter Protest dagegen, daß er auch mit der Frauentöchterin Kufowina, die er als alt und häßlich schildert, verkehrt habe, erscheint danach wirklich glaubhaft! Die jungen Mädchenlein zieren nicht nur mit seiner „Frau“ sein Heim, sondern sie begleiten ihn auch auf Reisen! Ob auf Staatskosten, ist in der Verhandlung nicht festgestellt worden!

Nun soll Herr Schmidt auch zwei junge Mädchen durch Anwendung der Peitsche zur Duldung der Notzucht gezwungen haben. Er ist von dieser Anlage allerdings freigesprochen worden. Auch hat man angenommen, daß die Abdja zur Zeit, als er mit ihr geschlechtlich verkehrte, bereits 14 Jahre überschritten habe. Aber diese Annahme stütze sich auf das körperliche Aussehen des Mädchens, nicht auf die Altersangaben der Eltern. Auch sind die Aussagen der Abdja, ihrer Eltern und sonstiger schwarzer Zeugen über den Notzuchtsakt selbst, die von den Missionaren als glaubwürdig gekennzeichnet werden, als unglaubwürdig behandelt worden! Zudem hat man der doch eigentlich wichtigsten Frage, ob Schmidt sich seinen Harem von blutjungen Mädchen unter Anwendung seiner amtlichen Autorität gefüllt hat, bis jetzt noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet!

Gleich Schmidt hielt sich auch Dr. Kersting einen Harem, ein Institut, das inzwischen für die Beamten durch amtlichen Erlaß verboten worden ist. Der Oberrichter Maher hielt sich ein junges Mädchen, angeblich, um Sprachstudien zu betreiben, in Wirklichkeit als Konkubine. Wegen falschen amtlichen Berichtes wurde er disziplinarisch bestraft.

Aber auch die Mitglieder der Mission fielen in die Stricke, die ihnen Amor legte. Der Vainbruder Benantius stahl und verkaufte die Lampen der Schule, um sich ein schwarzes Viehchen halten zu können, und ein ebenfalls der Mission angehörender Lehrer mußte gleichfalls seiner „Fleischsünden“ wegen den Laufpaß erhalten. Ueberhaupt wird vom Herrn Geo Schmidt behauptet, daß auch die Patres gern mit den jungen schwarzen Dirnelein „geschäkert“ hätten.

Aber nicht nur der Venus, sondern auch Bacchus errichteten unsere westlichen wie geistlichen Kultur- und Sittlichkeitsträger rogende Altäre. Der Sekt muß in Strömen geflossen sein. Nichts doch der Verteidiger Schmidts selbst an Vater Müller die Frage, ob er nicht einmal mit Schmidt und dem Hauptmann Döring zusammen bis vier Uhr geschneit und zwölf Flaschen Sekt den Hals gebrochen habe. Schmidt bestreitet das; die auf den Part des Dritten entfallenden vier Flaschen Sekt werden also wohl von einem anderen getrunken worden sein! Aber Tatsache ist es, daß auch Vater Müller den Sektgenieß nicht für „unmündig“ hielt. Wurde doch von der Schmidt-Partei eine Photographie vorgelegt, auf der neben Müller auch Vater Müller mit dem Sektglas in der Hand abgebildet war. Die bacchantische Gruppe war umgeben von den krausköpfigen Amoretten des Schmidtschen Harems!

Ein nettes koloniales Sittenbild! Auf der einen Seite die Verflawung der Eingeborenen, die wundgeschlagen und blutrinnsig zur Fronarbeit getrieben wurden; auf der anderen Seite die weisen Herrenmenschen, die „Kulturpioniere“, die das Wort des übermühtigen Studentenliedes: „bald Papst, bald Sultan müßt ich sein“ in Sektgelagen und Haremsorgen in die Wirklichkeit übertrugen!

Und das schönste dabei ist, daß von alledem die Deffentlichkeit nichts erfahren hätte, daß das Schlaraffenleben in Kamerun wahrscheinlich noch heute blühte, wenn sich nicht zufällig Beamte und Missionare in die Haare geraten wären. Auch wird das Schauspiel des Kölner Prozesses Deutschland nicht zum zweitenmal geboten werden. Dazu sind beide Parteien zu furchtbar blamiert! Weltliche und geistliche Macht werden sich künftig friedlich vertragen, auch wenn fürderhin die tollsten Sachen in den Kolonien passieren sollten! Und wie sollten ähnliche Dinge nicht mehr passieren, da doch die Kolonialpolitik solchen Erzeugen den üppigsten Nährboden bereitet!

Eine nationalliberale Krise.

Der nationalliberalen Partei droht eine Krise — selbstverständlich entsprechend dem Charakter dieser Partei keine Krise, die ihre Ursache in prinzipiellen Gegensätzen hat, denn in bezug auf das einzige Prinzip, das der Nationalliberalismus hat: das Prinzip der absoluten Prinzipienlosigkeit, besteht in seinen Reihen völlige Uebereinstimmung; sondern eine jener kleinen Theater-, richtiger Operettenkrisen, bei denen es sich nur um die persönliche Machtberei und Abwärtstretterei handelt.

Müßlich hat der Reichsverband der nationalliberalen Jugend auf seiner Tagung in Kaiserslautern den Beschluß gefaßt, die Landesverbände der bairischen und der bayerischen Jungliberalen rechts des Rheins könnten dem Reichsverbande beitreten, ohne an die Altersgrenzbestimmungen des Reichsverbandes gebunden zu sein; doch müßten sie sich bereit erklären, zu den Vertreterversammlungen des Reichsverbandes nur solche Mitglieder zu delegieren, die noch nicht 40 Jahre alt seien. Das Motiv dieses Beschlusses ist folgendes: der Reichsverband

der nationalliberalen Jugend nimmt politische Kinder über 40 Jahren nicht auf, während die jungliberalen Vereine Wadens und Wonnens auch weit ältere bemoochte Häupter als „Jugendliche“ betrachten und aufnehmen. Um nun diese Vereine zu sich herüberzuziehen, will auch der Reichsverband die alten Knaben als „Jugend“ anerkennen, nur sollen, damit die Sache nicht zu komisch ausfiele, die Kinder über 40 sich auf den Verbandtagen im Hintergrund halten.

Die alten Herren der nationalliberalen Partei wollen aber von solcher Vereinerung gar nichts wissen. Zwar würde sie in einigen Gegenden die nationalliberale Bewegung stärken, aber das erscheint ihnen als ein sehr geringer Vorzug gegenüber der Tatsache, daß durch die Vereinerung einige Führer der Jugend, denen einen noch größeren Einfluß erlangten könnten als bisher, denn dann bestände die Gefahr, daß diese ihnen bei ihren Tadeln-mechtelien in die Suppe zu spucken vermöchten. Zu diesen alten Herren, die um die Autoritätsstellung der politischen Kreise des Nationalliberalismus besorgt sind, gehört auch Herr Professor Leidig in Berlin, Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei. Er sieht bereits alle Türme wanken und hat in diesem Geisteszustand einen Entlassungsbrief an die „National-Zeitung“ gerichtet, in welchem er mit der ganzen Kraft seines Temperaments gegen den Beschluß von Kaiserslautern loszieht. Doch die „National-Zeitung“ lehnte die Veröffentlichung ab. Zudem Herr Leidig weiß, wie man — nationalliberale Prinzipienblätter gefügig macht. Er drohte, kurzweg der „National-Zeitung“ damit, daß, wenn sie auf ihrer Weigerung bestände, die örtliche Parteileitung in Berlin alle Beziehungen zu ihr abbrechen werde. Das war zuviel für die Widerstandskraft der Redaktion. Geführt fiel sie um und druckte den Brief ab; fügte aber in einer letzten Aufwallung ihres Mutes ergrimmt hinzu:

„Wir trugen ursprünglich Bedenken, diesen Artikel in der vorliegenden Form aufzunehmen, weil wir es für ungewöhnlich hielten, daß im gegenwärtigen Augenblicke noch Gel im Feuer gegossen werde. Der Verfasser besteht aber auf sofortiger Veröffentlichung, indem er hinzufügt, im Falle unserer Weigerung werde die hiesige Parteileitung jede Beziehung zu unserer Blatte abbrechen. Wir wissen nicht, ob diese Drohung auf einem Beschluß der örtlichen Parteileitung beruht. Da wir jedoch keinen Anlaß geben möchten zu Schritten, die im Interesse der Partei vielleicht noch mehr zu bedauern wären, so willfahren wir dem Wunsche des Verfassers, indem wir ihm die volle Verantwortung — von der preßgesetzlichen abgesehen — sowohl für die Art seines Vorgehens wie für Form und Inhalt seines Artikels überlassen.“

Doch Herr Leidig hat im nationalliberalen Zentralvorstand nicht nur Freunde, sondern auch Feinde; und jetzt steigen diese in die Arena. Herr Dr. Passar, Vorsitzender des nationalliberalen Vereins in Berlin, sandte sofort folgenden Brief an die „National-Zeitung“:

„Ohne auf den Inhalt des in heutiger „National-Zeitung“ erschienenen Aufsatzes „Jungliberal und Nationalliberal“ von Prof. Dr. Leidig eingehen zu wollen, sei bemerkt, daß die „örtliche Parteileitung“ — hierunter kann nur der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Berlin verstanden werden — mit jener Darlegung und ihrer Aufnahme in Beziehung nicht zu dringen ist. Unsere Stellungnahme zu den Wiesbadener Verhandlungen wird überhaupt erst am kommenden Sonnabend in einer allein dazu berufenen Sitzung des Vorstandes und der gewählten Delegierten zur Entscheidung gelangen. Aber auch ohne dem dürfte mir selbst, dem Vertreter des Vereins, schwerlich etwas ferner liegen als eine „Drohung“, um von der Schrittleitung der „National-Zeitung“ den Abdruck eines ausschließlich vom Autor selbst zu vertretenden Zeitungsartikels zu erlangen.“

Und noch schärfer äußerte sich ein anderer Kollege des Herrn Leidig im Zentralvorstand:

„In dem in Nr. 439 erschienenen Artikel „Jungliberal und Nationalliberal“ wendet sich Herr Professor Dr. Leidig gegen die Beschlüsse des jungliberalen Vertretertages in Kaiserslautern, durch die für die bairischen und bayerischen Vereine ausnahmsweise von der Forderung der Altersgrenze abgesehen wird.“

Aber weshalb hat Herr Professor Leidig, der glühende Anhänger der unbedingten Aufrechterhaltung der Altersgrenze, in seinem Wahlkreise Teitow-Charlottenburg einen Jugendverein ohne Altersgrenze gegründet? Gordon: Auf dem Papier, in den Satzungen mit Altersgrenze, von dem aber der Vorstand gnädigst dispensieren kann, so daß bei der Gründung der Vorsitzende des Vereins und mindestens zwei Mitglieder des Vorstandes die in den Statuten gefestigte Altersgrenze schon überschritten hatten. Was für ein Unterschied ist da zwischen diesem Jugendverein Leidigscher Vaterschaft und den Süddeutschen?

Es müssen also für Herrn Leidig doch wohl andere Gründe als dieses von ihm selbst nicht beachtete Altersgrenzprinzip bei seinem Kampfe gegen die Jungliberalen vorliegen!

Auch war es bisher in der Partei nicht üblich, daß eine Einzelpersonlichkeit sich mit dem allgemeinen Ziel „hiesige Parteileitung“ schmückt. Herr Leidig sollte den jungliberalen Mitgliedern der nationalliberalen Partei gegenüber sich weniger als politischer Renfor „der ganzen Richtung“ oder als Parteipapst aufspielen, sondern lieber einmal hundertfach die eigenen Regereien gegen das Parteiprogramm einer reuevollen Prüfung unterziehen.“

Doch damit ist das komische Spiel noch nicht zu Ende. Wo es sich um so wichtige Fragen handelt, kann selbstverständlich auch das „Zentralbureau der nationalliberalen Partei“ nicht zurückbleiben. Auch diese Instanz hat zur Feder gegriffen und an die „National-Zeitung“ eine Zuschrift gerichtet, indem sie einerseits die Darlegungen des Herrn Professors Leidig als dessen persönliche Ansichten bezeichnet, andererseits aber der „National-Zeitung“ indirekt den Charakter eines offiziellen nationalliberalen Parteiorgans abspricht. Die Zuschrift lautet nämlich:

„Im Hinblick auf den von Prof. Dr. Leidig in der „National-Zeitung“ veröffentlichten Artikel „Jungliberal und Nationalliberal“ und die von der Redaktion der „National-Zeitung“ hinzugefügten Fußnote teilen wir mit, daß offiziöse Kundgebungen der Partei nur durch die Nationalliberale Korrespondenz und die nationalliberalen Blätter erfolgen.“

So wagt wild und ungestüm der Kampf der nationalliberalen Herren und fordert grausam seine Opfer. Wen wird er zunächst verschlingen? Herrn Leidig, Herrn Passar oder die unbekannte Größe aus dem Zentralvorstand?

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. September 1907.

Ein heftiger Bruderkrieg.

Zwischen den „maßgebenden“ Politikern des „Kosmos“ und den „subalternen Geistern“ der „Frei-Zeitung“ ist wieder einmal ein Bruderkrieg ausgebrochen, der in den liebendwürdigsten Formen zum Austrag gebracht wird. Die gegenseitigen Freundschaften der beiden freisinnigen Blätter liefern uns armen Schächern des „Sauerherdentons“, den uns die „Frei-Zeitung“ jeden dritten Tag aufs Brot streicht, zugleich ein Musterbeispiel

dafür, wie unter politischen Freunden Meinungsverschiedenheiten zum Austrag zu bringen sind!

Die Ursache zu diesem Bruderkrieg scheint in internen Zwistigkeiten zwischen den Wadelschlägern und Wasserstieflern im Kreise Hirschberg-Schönau zu liegen, der von 1887—1898 durch Herrn Theodor Barth freisinnig-vereint vertreten war. Seit 1898 war der Wahlkreis freisinnig-volksparteilich vertreten, zunächst durch Herrn Vell, seit 1903 durch Herrn Ablas.

Diesen Herrn Ablas hat sich das „Berliner Tageblatt“ aufs Korn genommen und despektierlich eine „politische Null“ genannt. Dafür werden von der „Frei-Zeitung“ dem Kosmosblatt und seinen weiblichen Freisinn-„Hintermännern“ folgende Sifigkeiten serviert:

„Dr. Ablas eine „politische Null“? Ja, welchen politischen Wert haben denn im Vergleich zu diesem Auserwählten des Wahlkreises, aus dem Dr. Barth verabschiedet worden ist, nachdem er im Jahre 1893 sein den Wählern gegebenes Wort gebrochen hatte, alle die „großen Politiker“, die hinter dem „Berliner Tageblatt“ stehen? Mögen sie doch einmal dem Herrn Dr. Ablas sein Mandat für Hirschberg-Schönau freitrag machen! Ob sie ihn, der angeblichen „politischen Null“, auch nur eine Stimme bei den Reichstagswahlen entfremdeten?“

Weiterhin pflückt die „Freisinnige Zeitung“ aus dem ihm gewidmeten Buft des „Berliner Tageblattes“ die Blüte von den „kleinen, aber höchst anmaßenden Politikern der „Freisinnigen Zeitung“, um sich sofort durch Wendungen, wie „plumper Angriff“, „Anmaßung“, „Unfähigkeit“, „Blasphemie“ zu revanchieren.

Aber viel hübscher noch ist es, daß die „Freisinnige Zeitung“, eifersüchtig auf die wohlbestellte Annoncenplantage des Kosmosblattes, über das „Berliner Tageblatt“ die Inseratenperre zu verhängen sucht. Schreibt doch die „Freisinnige Zeitung“:

„Auf Seiten der „Freisinnigen Zeitung“ also die Gesamtpartei mit ihren rund dreiviertel Millionen Wählern und deren maßgebenden Führern, und auf Seiten des „Berliner Tageblattes“ — ja, wer denn eigentlich von denen, die von diesem Blatt zu anderen als politischen Zwecken durch Abonnement und Inserate Gebrauch machen?“

Man merkt den grimmen Konkurrenzneid des Wienerblattes! Welches Vergerniß, daß das Kosmosblatt nicht nur das Monopol der Geschäftsannoncen hat, sondern auch für politische Freisinninserate unentbehrlich ist, sofern sie der Deffentlichkeit übergeben werden sollen!

Niedlich ist auch folgende Polemik zwischen den beiden Freisinnblättern. Das Kosmosblatt schreibt:

„Die „Frei-Zeitung“ wirt uns bei dieser Gelegenheit vor, daß wir einen anderen ihr nahestehenden Parlamentarier in unseren Versammlungs- und Reichstagsberichten nicht genügend berückichtigen und daß wir die Reden dieses Herrn nicht mit gebührender Ausführlichkeit wiedergeben. So sehr wir auch begreifen, daß es jenem Herrn nicht genügt, wenn der volle Wortlaut seiner oratorischen Leistungen durch die „Frei-Zeitung“ verbreitet wird, so entschließen wir uns doch abliehen, um über den Raum, den wir jedem einzelnen Redner zur Verfügung stellen wollen, irgendwelche Vorschriften machen zu lassen. Wir halten es weder im Interesse des Liberalismus, noch im Interesse unserer Leser für notwendig, dem persönlichen Ehrgeiz jedes einzelnen Politikers zu dienen.“

Demgegenüber veröffentlicht mit nicht geringerer Bosheit die „Frei-Zeitung“ folgendes redaktionelle Schriftstück des „Berl. Tageblatt“:

„Auf Ihre gest. Zuschrift an Herrn Rudolf Kosse teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir Berichte über Reden des Herrn Abgeordneten Kopisch aus dem Grunde nicht aufnehmen, weil Herr Kopisch sich über das „Berliner Tageblatt“ verschiedentlich in recht abfälliger Weise ausgesprochen hat. Dagegen werden wir selbstverständlich in den Einladungen der Vereinsversammlungen auch mitteilen, wenn Herr Kopisch sprechen wird. Sollte dies bisher unterblieben sein, so ist dies auf einen Irrtum zurückzuführen.“

Eine ärgere Preßkorruption ist nicht gut denkbar, als die von den beiden freisinnigen Gegnern wechselseitig enthüllte! —

Reichsvereinsgesetz.

Die „Kosmos-Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Notiz:

Der Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz liegt gegenwärtig dem preussischen Staatsministerium vor. Die Angaben verschiedener Blätter über seinen Inhalt beruhen lediglich auf Vermutungen, die zum Teil zutreffen, zum Teil nicht zutreffen, und sind jedenfalls im Hinblick auf das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen verfehlt.

Das Totenattest für Raumann.

Die „Voss-Zeitung“ unterzieht sich der freundlichen Bruderpflicht, Herrn Raumann noch töter zu machen, als er sich selbst durch seine burlesken Meinungsanschläge gemacht hat.

Sie würgt den guten Mann ab, wie die Dullbögge die Matze. Daß sie das nicht aus Eigennem fertig bringt, sondern sich der Fänge des „Vorwärts“ bedient — wie ja schon einmal — tut nichts zur Sache. Nach dieser neuesten Prozedur der „Voss-Zeitung“ ist Herr Raumann für den „männlichen“ Freisinn tot, wie ein Tünnegel. Ob freilich nicht auch für den „weiblichen“ Freisinn?!

Wir unsererseits brauchen Raumanns politischer Leiche keine Träne nachzuweinen. Ihm geschieht, was er redlich verdient hat!

Deutsch-kanadische Handelsbeziehungen.

Die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen tritt in einer Darstellung der neuesten politischen Vorgänge in Kanada für eine handelspolitische Verständigung Deutschlands mit Kanada ein, die der deutschen Ausfuhr nach Kanada die Vorteile des kanadischen Mitteltarifs sichert. Der neue kanadische Zolltarif, so führt die Zentralstelle aus, besteht bekanntlich, abgesehen vom Vorzugstarif für englische Waren, aus einem Mitteltarif und einem Generaltarif. Der Mitteltarif hat im Vergleich zum Generaltarif ermäßigte Sätze und darf durch Verordnung des Gouverneurs den Waren solcher fremden Länder zugestimmt werden, die genügende Gegenleistung machen. Ob dieser Mitteltarif, dessen Inkraftsetzung natürlich den Vorzug englischer Waren entsprechend schmälern muß, ursprünglich nur auf dem Papier stehen sollte als PreSSIONsmittel England gegenüber, entzieht sich der Beurteilung. Tatsache ist jedenfalls, daß, nachdem auf der letzten Kolonialkonferenz die englische Regierung die Vorzugsbehandlung kolonialer Erzeugnisse in aller Form abgelehnt hat, die kanadische Regierung lebhaft Lust verspürt, von der ihr erteilten Vollmacht zur Inkraftsetzung des Mitteltarifs auch tatsächlichen Gebrauch zu machen. Die in Paris geführten Verhandlungen zur Vereinbarung eines neuen französisch-kanadischen Handelsvertrages sind dem Vernehmen nach be-

zeit zum Abschluß geziehen. Kanada hat einer großen Zahl frantzösischer Produkte den Mittelzoll bewilligt. Verhandlungen mit der Schweiz und Italien sollen in Aussicht stehen, so daß mit einer baldigen Ausdehnung des Mittelzolls auch auf schweizerische und italienische Erzeugnisse gerechnet werden muß. Mit dem Inkrafttreten des Mittelzolls verschärft sich die Differenzierung, der deutsche Waren im Vergleich zu übrigen, nicht englischen Konkurrenz auf dem kanadischen Markt unterliegen. Bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse würden deutsche Waren nicht nur um den vollen Betrag der Zuschlagssätze, sondern außerdem noch um die Differenz zwischen Mittel- und Generalzoll schlechter gestellt sein. Eine solche verschärfte Differenzierung fällt allerdings Frankreich, der Schweiz und Italien gegenüber weniger ins Gewicht. Sehr bedenklich dagegen müßte sie wirken, wenn auch die amerikanische Union in den Genuß des Mittelzolls gelangte. Amerika ist bekanntlich der bedeutendste und gefährlichste Konkurrent in Kanada. Im Gegensatz zu allen übrigen englischen Kolonien steht in Kanada nicht das Mutterland, sondern Amerika an der Spitze der Einfuhrländer. Es muß aber als durchaus wahrscheinlich betrachtet werden, daß es auch Amerika gelingen wird, seinem Export nach Kanada die Vorteile des Mittelzolls zu sichern. Damit wäre eine weitere, hochbedenkliche Zurückdrängung des deutschen Exports in die Wege geleitet. Sie kann nur verhindert werden, wenn auch wir ein verträgliches Anrecht auf den Mittelzoll erwerben, das uns wenigstens die Gleichstellung Amerika gegenüber garantieren würde.

Die königliche Eisenbahndirektion in Königsberg sendet uns folgende Erklärung:

Unter Bezugnahme auf den Artikel „Terrorismus der Eisenbahnverwaltung“ in der Nr. 164 Ihrer Zeitung vom 17. Juli d. J. erlauben wir folgende Berichtigung aufzunehmen und uns ein Belegexemplar zu übersenden.

Es ist allerdings richtig, daß an einzelnen Tagen insbesondere am Sonnabend und Sonntag sowie zu den Vieh- und Wochenmärkten bei einzelnen Zügen Reisende mit Fahrkarten IV. Klasse wegen Platzmangel haben in die III. Klasse überwiesen werden müssen.

Es ist aber in solchen Fällen nie der Unterschied zwischen den Preisen IV. und III. Klasse eingezogen worden, sondern die Reisenden sind auf Grund Ihrer Fahrkarten IV. Klasse ohne weitere Zugahlung in der III. Klasse befördert worden. Dieses Verfahren entspricht den bestehenden Vorschriften.

Wir überlassen es unserem Königsberger Korrespondenten, sich nochmals zur Sache zu äußern.

Zwei schöne Seelen.

Der alte Streit zwischen den Schriftstellern Hans Reuß und Maximilian Harden beschäftigte gestern wiederum das Gericht, und zwar diesmal die 4. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schütt. Der von Herrn Reuß wegen Beleidigung angeklagte Herr Maximilian Harden ist seinerzeit vom Schöffengericht freigesprochen worden und die Strafkammer hatte die Verurteilung des Privatklägers verworfen, weil sie dem Angeklagten den Schutz des § 193 zubilligte. Das nunmehr angerufene Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache vor das Landgericht III. Im gestrigen Termin war nur der Privatkläger Reuß unter Beistand des Rechtsanwalts Bahm erschienen, während Maximilian Harden vom Rechtsanwalt Euseb-Hamburg verteidigt wurde.

Der Anlaß zu dem Streit dürfte im allgemeinen noch bekannt sein. Reuß hatte ein Memoirenwerk über den Freiherren v. Hammerstein erscheinen lassen, welches in der „Julius“ einer kritischen Besprechung unterworfen wurde. Gegen diese Kritik wandte sich der Privatkläger in einem Artikel der Wochenzeitschrift „Europa“, in welchem Harden höfliche und hämische Angriffe gegen sich erließ. Es entspann sich daraus eine lebhafteste Kontroverse. Der Privatkläger glaubte aus einem Artikel Gardens den Vorwurf der Korruption auf Grund seines Eintretens für die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik herauslesen zu sollen und fühlte sich dadurch beleidigt, daß Harden in der Polemik gegen ihn Ausdrücke wie „Lümmel“, „Nipperschülergeschwätz“ und „Müpelreden“ in Anwendung gebracht hatte. Der Beklagte hatte wiederholt erklärt, daß er den Vorwurf der Korruption gar nicht habe erheben wollen, die beiden ersten Instanzen erkannten an, daß ein solcher Vorwurf in dem betreffenden Artikel der „Julius“ nicht enthalten sei, sie waren im übrigen übereinstimmend der Ansicht, daß der Beklagte nicht in der Absicht persönlicher Beleidigung, sondern zur Abwehr von Angriffen die inkriminierten Artikel geschrieben habe und billigte ihm den Schutz des § 193 zu. Das Kammergericht hielt es nicht für bedenklich, daß die Ausdrücke „Lümmel“ und „Müpelreden“ durch den § 193 geschützt werden könnten, gab aber dem neuen erkennenden Gericht zur Erwägung anheim, ob etwa § 199 Str.-G.-B. Platz greife, wonach die Möglichkeit einer Kompensation gegeben ist, wenn eine Beleidigung auf der Stelle erwidert wird.

Nach den Reden der Rechtsanwältin beider Parteien erklärte der Gerichtshof, daß er eine Kompensation nicht für gegeben halte, hob das erste Urteil auf und verurteilte den Angeklagten Harden wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 20 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof hat sich im allgemeinen den Gründen der früheren Urteile angeschlossen und lediglich die Worte „Lümmel“ und „Müpelreden“ für strafbar erachtet.

Frankreich.

Die „reinliche Scheidung“.

Paris, 20. September. Die Zeitungen veröffentlichen Erklärungen der Politiker Delpech, Magime Secombe und Pelletan, in welchen diese jede Verbindung mit den „unpatriotischen Sozialisten“ zurückweisen.

Belgien.

Kolonialgesetz.

Brüssel, 20. September. Die Regierung wird heute Abend an die Abgeordneten Änderungsprojekte zum Entwurf des Kolonialgesetzes, die von allen Ministern gegengezeichnet sind, verteilen lassen. In den Vorschlägen wird vor allem die Eigenschaft des Kongoslaates als einer vom belgischen Staate getrennten juristischen Person betont. Das Budget der Kolonien soll in zwei Teile geteilt werden. Der eine, der der Aufsicht der Kammern unterliegt, betrifft die Zentralverwaltung, der andere, der vom König festgesetzt wird, die eigentliche Verwaltung. Die Zusammenfassung des Kolonialrechts ist von der Regierung so beibehalten worden, wie sie von der parlamentarischen Kommission vorgenommen wurde.

Italien.

Ein Riesenprozess, der im Sande verläuft.

Rom, 18. September. (Fig. Ver.) Während des Landarbeiterstreiks von Caparo im vorigen Juni ließ die Regierung, um die Streikenden einzuschüchtern, blühende Massenverhaftungen vornehmen und strengte dann gegen 187 Arbeiter — in der Mehrzahl Parteigenossen — einen Prozess wegen „Bildung einer verbrecherischen Vereinigung“ an. Nachdem

die Verhafteten 70 Tage in Untersuchungshaft gefesselt haben, endete jetzt die Voruntersuchung mit der Einstellung des Verfahrens gegen alle 187. So hat die Regierung also ungefähr Hunderte von Familien auf Monate ihrer Ernährer beraubt, ohne irgendwelchen ausreichenden Grund außer dem: die Polizeivillkür zugunsten der Kapitalisten in die Waagschale zu werfen. — Diese sich jetzt immer häufiger wiederholenden Massenverhaftungen bei Streiks, auf die kein Prozess folgt, menschen die von der Verfassung garantierte Freiheit. Doch das ficht die Regierung nicht weiter an. Sie ist — wie's scheint — noch stolz darauf, einen Weg gefunden zu haben, um — wenn auch mit geringfügigen Mitteln — jeden Streik gewaltlos niederzutrampelein, das heißt: so lange die Arbeiter nicht auch für diese Heimtückung Gegenmittel finden. —

Kanada.

Zur Japanerfrage wurde auf dem Arbeiterkongress in Winnipeg einstimmig eine Resolution angenommen, die verlangt, daß Kanada an Englands Verträge mit Japan, die unbefristete Einwanderung der Japaner betreffend, nicht gebunden sein soll. Angebote einer japanischen Einwanderungsagentur an eine Bergwerksgesellschaft in Britisch Columbia, alle weißen Arbeiter durch Japaner zu ersetzen, wurden verlesen und riefen große Entrüstung hervor. Es wurde erklärt, daß es, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen würden, nicht lange mehr dauern könnte, bis die weißen Arbeiter von den gelben aus allen Bergwerken, Ziegeleien und Holzlagern verdrängt wären. (P)

Der Parteitag in Essen.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Heinrich Schulz, Berlin:

Die Abstinenzler stimmen selbstverständlich nicht mit allen Ausführungen von Wurm überein, aber dem größten Teil seines Referats stimmen wir zu. Wir freuen uns über seine lichtvollen Darlegungen und möchten nur wünschen, daß die Genossen daraus ihre Schlüsse ziehen. Gerade die abstinenzlichen Genossen befürworten nachdrücklich den Antrag, das Referat als besondere Broschüre erscheinen zu lassen. Ich bin nicht Abstinenzler geworden auf Grund irgend welcher wissenschaftlichen Untersuchungen oder auf Grund der Abstinenzliteratur, auch nicht aus irgendwelchen, vielleicht gesundheitlichen Gründen, sondern aus praktischer, nüchterner Erwägung heraus. Ich bin Abstinenzler geworden, weil ich Sozialdemokrat war. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß man als Soldat im Befreiungskampf des Proletariats besser marschiert und besser kämpft, wenn man sich den Tornister nicht mit dem Alkoholismus bepackt, und ich habe weiter erkannt, daß man in der Propaganda gegen den Mißbrauch des Alkohols besser kämpfen kann, wenn man selbst Abstinenzler ist. Man könnte sagen, es geht doch auch mit Mäßigkeit, man braucht nicht unbedingt Abstinenzler zu sein! Genieß, aber der Begriff der Mäßigkeit ist nicht genau festzustellen und außerdem wird jeder, wenn Sie ihn zur Mäßigkeit mahnen, Ihnen zurufen: „Das tue ich ja, ich weiß ganz genau, wieviel ich trinken kann.“ (Sehr wahr!)

Wir müssen den Arbeitern zum Bewußtsein bringen, daß man auch ohne Alkohol ein ganz vernünftiger Mensch und Genosse sein kann. Die Abstinenz gilt als Kampfbegriff. Ueber die schädliche Eigenschaft des Alkohols als Ballast im Befreiungskampf des Proletariats sind wir uns klar. Als vor einigen Jahren im Ruhrrevier der gewaltige Bergarbeiterstreik tobte, da forderten unsere hier erscheinenden Parteiblätter täglich zur Vermeidung des Alkohols auf. Ich weise ferner darauf hin, daß die russischen Revolutionäre ihre praktische Tätigkeit stets immer zuerst auf die Vernichtung der Schnapsläden richteten und den Schnaps in den Kinnstein gossen, damit er nicht der Soldateska als Stimulus dienen könnte. Auch Bebel soll ja nach dem Jenaer Parteitag einem Genossen gesagt haben: Wenn wir den Rassenstreik beschließen, dann bekunden wir auch sofort die Notwendigkeit der Abstinenz. (Obst. hört.) Ich weiß nicht, ob das richtig ist, aber das eine steht fest, daß die Abstinenz eine wertvolle Waffe und ein Bundesgenosse in einer der entscheidenden Fragen ist. Darüber, daß für einen Genossen, der nach Bildung strebt, die Ausschaltung des Alkohols notwendig ist, will ich kein Wort verlieren. (Sehr gut.) Auch bei den Reichstagswahlen gilt der Alkohol den Gegnern als Verdummungsmittel, man schleppt sie mit Schnaps an die Wahlurne heran. Wir wollen nicht, daß wir alle Abstinenzler werden, wir wünschen nur, daß der Kampf gegen den Alkohol schärfer aufgenommen wird. Die Bremer Resolution genügt uns Abstinenzlern nicht. Jetzt haben wir eine Resolution, mit der wir alle zufrieden sein können. Ich bitte die Resolution Wurm anzunehmen. (Beifall.)

Wissel-Lübeck:

Die Ausführungen der beiden Vorredner, die gleich mit Abstinenzler sind, haben bewiesen, daß grundsätzliche Einwendungen gegen das Wurm'sche Referat nicht zu machen sind, es hat unsere Erwartungen übertroffen, die wir ursprünglich an ein Referat von Wurm gestellt hatten. (Sehr gut.) Bereits Kagenstein hat darauf hingewiesen, daß Wurm nicht genügend den Unterschied zwischen uns und den bürgerlichen Abstinenzern betont hat. Wir sozialdemokratischen Abstinenzler stimmen mit Wurm über die wirtschaftlichen Ursachen des Alkoholismus sehr überein, daß es unserer ganzen Aufgabe widersprechen würde, wollten wir etwa sagen, es ist der böse Wille, der den einzelnen zum Alkoholgenuß zwingt. (Sehr richtig!) Nicht wir abstinenzlichen Sozialdemokraten sind es, die das predigen, sondern das geschieht aus bürgerlichen Kreisen heraus. (Sehr richtig!) Es muß aber hervorgehoben werden, daß auch in bürgerlichen Kreisen die sozialen Ursachen scharf betont werden. Kagenstein hat ja schon den Anspruch von Gruenewald zitiert. Wir abstinenzlichen Arbeiter verlangen nicht, daß uns unsere Abstinenz als Verdienst angerechnet wird; wir sagen, es bedarf gar nicht einmal der Ueberwindungskraft, die Wurm bei uns als vorhanden angenommen; vielleicht liegt das daran, daß wir am Alkohol keinen so großen Genuß finden. Und gehen die bürgerlichen Abstinenzler nichts an. Unsere ganzen Grundanschauungen trennen uns von ihnen. Wurm hätte deshalb nicht an die sozialdemokratischen, sondern an die bürgerlichen Abstinenzler sich mit seinen Vorwürfen wenden müssen. Auch darin hat Wurm nicht recht, daß lediglich die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen verantwortlich sind. Zum größten Teil trifft das zu, aber aus eigener Anschauung heraus — ich habe zwei Jahrzehnte an der Drechbank gestanden — weiß ich, daß es nicht nur die geistige Ceder der Arbeit ist, die den Arbeiter zum Trunk zwingt.

Ich habe mich gefreut, daß die Gewerkschaften dazu übergehen, den Kampf zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu befechtigen. Die Parteipresse hat die dankenswerte Aufgabe, gerade darauf hinzuwirken. Es stünde besser um die Wirkung unserer Reden, wenn der Trinkschwamm nicht vorhanden wäre. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen sollten in Zukunft uns Abstinenzler ein willigeres Ohr leihen. Wenn das das Ergebnis der Verhandlung der Alkoholfrage auf dem Parteitage ist, können wir Abstinenzler damit sehr einverstanden sein. Wir erheben nicht Sondervorteile für uns, sondern wünschen nur, daß die Arbeiterklasse unserem Kampf Verständnis entgegenbringt. Wir arbeiten mit an unserem großen, gemeinsamen Ziel und wenn unsere Ideen in die Arbeiterklasse eindringen, wird sie besser befähigt zum Verständnis dieses Zieles. In dieser Absicht finden wir uns alle zusammen und somit können wir mit den heutigen Verhandlungen vollkommen zufrieden sein. (Lebhafte Beifall.)

Weißmann-Karlruhe:

Als erster Nichtabstinenzler, der in dieser Diskussion zum Worte kommt, drücke ich meine Freude darüber aus, daß die Abstinenzler so zufrieden mit dem Referat und der Resolution Wurm sind, daß sie ihre Resolution zugunsten der Wurm'schen zurückgezogen haben. Wir schulden den Arbeiterabstinenzern großen Dank, sie haben sich

Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben. Persönlich belege ich den Abstinenzern die größte Hochachtung entgegen; sie wirken durch Erziehung und Beispiel. Ich halte es für eine erfreuliche Tatsache, daß in fast allen Gewerben und Organisationen die Zahl der Abstinenzern zugenommen hat. Nur um eines möchte ich die Arbeiterabstinenzler bitten — um etwas mehr Toleranz seitens einzelner Abstinenzler. (Zustimmung.) Das Organ der Abstinenzler sollte etwas toleranter sein. In Deutschland haben wir noch lange mit dem Biergenuss zu rechnen. Ein Ersatz für das Bier, der ebenso wohlschmeckend wäre, ist noch nicht gefunden. Auch bei unseren Arbeiterfesten könnte mehr getan werden, um den Alkohol zu bannen. Wichtig ist vor allem die Agitation dagegen, daß den Kindern Bier, Alkohol gereicht wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Alkoholfrage bleibt auch eine Lokalfrage. Die Organisationen sollten daran gehen, den Wirten eine Entschädigung für die Herabgabe der Säle zu zahlen. Die Organisation ist um so schwieriger, je mehr Alkohol getrunken wird. Man kann nicht verlangen, daß ein Mann von heute auf morgen Abstinenzler wird, wohl aber kann man Mäßigkeit verlangen. Ich bestreite, daß es keine Grenze beim Alkoholgenuß gibt. Es gibt eine individuelle Grenze. (Zustimmung.) Gerade den Arbeitern im Ruhrrevier können wir kein passenderes Geschenk bringen als diese Resolution, und daß wir nach ihr handeln. (Bravo!)

Die weitere Diskussion wird auf die Nachmittags Sitzung verlegt. Gener.-Veisig erklärt, daß sein Name ohne sein Wissen auf die Vorschlagsliste für die Kontrolleure gekommen ist, und bittet, von seiner Wahl Abstand zu nehmen. Schluß 1 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Keine organisierten Arbeiter — keine Dividende!

Mit grimmem Haß verfolgt das Unternehmertum die organisierten Arbeiter, weil es von diesen, und durchaus nicht mit Unrecht, eine Schmälerung des Profits und der Unternehmerlichkeit befürchtet. So sehr aber den Unternehmern die organisierten Arbeiter verhaßt sind, sie können sie nicht entbehren, denn diese repräsentieren durchgehends die intelligenten, geschulten Arbeitskräfte, ohne die kein Betrieb auf die Dauer gedeihen kann. Diese für die Unternehmer bittere Wahrheit wird jetzt in einem für die Scharfmacher besonders lehrreichen Falle veranschaulicht. Die Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Bien vormals Menier-F. N. Reithoffer, die im Jahre 1902/03 noch 20 Proz. Dividende verteilten, dann aber auf 12 1/2 Proz. im vorletzten Jahre auf 7 1/2 Proz. herabgingen, können für das verfloßene Geschäftsjahr eine Dividende nicht zur Verteilung bringen. Das ist um so auffälliger, als alle neueren Gummiwarenfabriken in der Lage sind, den Dividendenhunger ihrer Aktionäre vollaus zu befriedigen. Dieser Rückgang und das schlechte Vergehen der Dividenden der Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Bien in der Zeit eines beispiellos wirtschaftlichen Aufschwungs macht sogar bürgerliche Blätter stuhlig und veranlaßt sie zu der Forderung, die Verwaltung der Gesellschaft möge in ihrem Geschäftsbericht auch über „die inneren Verhältnisse der Gesellschaft“ eingehende Mitteilungen machen „im Interesse der beunruhigten Aktionäre“. Hätten diese nur Augen zu sehen, wären sie nicht mit kapitalistischer Blindheit geblendet, dann würden sie die Ursache des Niederganges ihres früher gutgehenden Unternehmens längst erkannt haben, mindestens würden sie jetzt nicht einen Augenblick mehr darüber im unklaren sein. Geht es doch in einer Mitteilung der Verwaltung:

„Obgleich die Preisniederlassungen der Gesellschaft in Wien, Wimpfing und Sünden-Hannover zufriedenstellend gearbeitet und eine höhere Nutzungsziffer aufgewiesen haben als im Vorjahre, hat das Harburger Werk empfindlich unter der späteren Inbetriebsetzung der durch Feuer zerstörten Fabriken zu leiden gehabt. Es haben sich, wie solches bei ganz neuen maschinellen Einrichtungen oft unvermeidlich ist, außerordentliche Schwierigkeiten, die Fehlfabrikationen zur Folge hatten, eingestellt, und dadurch ist das Resultat des Harburger Werkes ungünstig beeinflusst worden. Zum großen Teil sind die Schwierigkeiten behoben, und es steht zu hoffen, daß dieselben in Kürze ganz überwunden sein werden, so daß die Aussichten auf eine Besserung für das kommende Jahr gegeben sind.

vorausgesetzt, daß es gelingt, den noch vorhandenen Mangel an geschulten Arbeitskräften zu beheben.“

Also nur wenn es gelingt, den noch vorhandenen Mangel an geschulten Arbeitskräften zu beheben, ist Aussicht auf Besserung vorhanden. Das ist der Fluch der bösen Tat! Der fatale Mangel an geschulten Arbeitskräften beruht nämlich auf frevelhaftem Selbstverschulden des Harburger Werkes.

Wegen lumpiger zwei Pfennige Lohnerhöhung, die die Arbeiterinnen einer Abteilung jenes Werkes im Frühjahr 1901 forderten, kam es zu einem monatelangen Streik der Gesamtarbeiter, nach dessen Beendigung die organisierten Arbeiter nicht wieder eingestellt wurden. Daher der Niedergang des Werkes seit jener Zeit. Der Haß gegen die organisierten Arbeiter hat sich bitter gerächt an den Aktionären und wird sich weiter rächen; denn — und dies mögen sich auch die Arbeiter anderer Werke merken, die organisierten Arbeiter sind und bleiben die so unentbehrlichen „geschulten Arbeitskräfte“. Wollen die Aktionäre der Vereinigten Harburg-Bien-Werke die früheren dividendenbringenden Zeiten zurückkehren sehen, dann müssen sie die Verwaltung des Harburger Werkes zwingen, ihren blöden Haß gegen die organisierten Arbeiter aufzugeben. Hier heißt es: Friß, Vogel, oder stirb. Keine organisierten Arbeiter — keine Dividende.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Sontker, Müllerstraße, haben die Kernmacher wegen Abzug die Arbeit niedergelegt. Ebenso sind die Schloffer bei der Firma Hartung, Altien-Gesellschaft, Prenzlauer Allee 44, wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. Wir erlauben uns Fernhaltung des Junges. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Ein Riesenkampf der niederhessischen Bergleute

sieht nun auch unmittelbar bevor. Bereits haben die Bergknappen in neun großen Versammlungen beschlossen, wegen Nichtbeachtung ihrer Forderungen und ihres Verbundes durch die Grubenherren die Kündigung einzutreten. Hunderte von Kündigungszetteln sind bereits mit Unterschriften angefüllt, und als ein Zeichen des Fortschritts kann konstatiert werden, daß sogar Hirsch-Dundersche, Christliche und reich-treue Knappen — entgegen der Heze ihrer Führer! — ebenfalls unterschreiben.

Die Grubenherren glauben einstweilen noch nicht an den Ernst der Situation. Sie rechnen auf den Einfluß der Christlichen Sekretäre und anderer für sie tätigen Agenten. Allein es besteht alle Aussicht, daß die Massen diesmal ihre verärrlichen Führer im Stich lassen und zunächst darauf Bedacht sind, ihre elende Lage zu verbessern.

Wenn jemals, so sind gerade jetzt und in Niederschlefen die Lohnforderungen der Bergleute berechtigt. Nach dem Berichte des Bergbauvereins ist der Preis der Kohle ganz wesentlich gestiegen. Es betrug der Preis für die Tonne Steinkohlen 1905: 8,15, im 1. Quartal 1906: 8,87, im 4. Quartal 1906: 8,71 M. Dagegen sind die Löhne in derselben Zeit nur um ganze 24 Pf. pro Tag aufgebessert worden. Sie betragen im Durchschnitt sage und schreibe nur 3,18 M. pro Tag! Aber diese „Aufbesserung“ wird mehr wie wett gemacht durch die von den Knappen geforderte Mehrleistung. Diese ist während der Zeit von 207 auf 215 Tonne gestiegen, der Gewinn der Grubenherren hat sich also gewaltig mehr gesteigert. Trotzdem lassen sie schriftlich den durch die Zeigerung schwer getroffenen Bergleuten erklären, daß sie die Löhne nicht erhöhen „können“! Kaum wird dieses Schreiben bekannt, da geht die Mitteilung durch die Presse, daß auch für das vierte Quartal 1907 die Kohlenpreise wieder in die Höhe gegangen sind! Mehr Wahrheitsliebe kann man wirklich nicht verlangen.

Empörend ist das Verhalten der christlichen Führer. Der Sekretär Müller-Waldenburg reist im Revier herum und erklärt den Arbeitern (im Auftrage der Grubenmagnaten?), daß die Bergarbeiter, welche jetzt die Kündigung einreichen, in den ersten fünf Jahren im Revier überhaupt nicht wieder angelegt würden! Glücklicherweise lassen sich die Arbeiter durch solche Ankerlügen nicht vom Ausfüllen der Kündigungsformulare abschrecken. Im Gegenteil! Wie uns ein Telegramm meldet, wird seitens des Bergarbeiter-Verbandes die Entscheidung am Sonntag fallen. Und zwar wird über die letzten und weittragendsten Maßnahmen (schon damit die Werkpresse nicht von einem „Streikheben der Führer“ fassen kann) eine nach Waldenburg einberufene Revierkonferenz aller Vertrauensleute, Lohnkommissionen, Arbeiterauschussmitglieder und sonstigen Funktionäre endgültig beschließen. Ueber 25 000 Bergarbeiter kommen bei diesem Kampfe in Frage. Es wird voraussichtlich der ernste und heftigste werden, den Niederschlefen bisher durchzuführen hatte. Eben deshalb sind die Knappen guten Mutes!

Ein Denunziantenstücklein!

Am 17. September fand im Gewerkschaftshause zu Dresden eine Werkstattbesprechung der bei der Firma Ernst Hoffmann beschäftigten Arbeiter statt, die vom Deutschen Metallarbeiterverbande einberufen war. Vor Eintritt in die Verhandlungen erschien auch der Gewerkschaftsbeamte Strohsfeld, wahrscheinlich um die letzten Ueberreste des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter H.-D. vor dem Abfall zu bewahren.

Obgleich der Einberufer der Versammlung den Eindringling darauf aufmerksam machte, daß hier nur Werkstattangelegenheiten, speziell eine Maßregelung eines Mitgliedes des Metallarbeiterverbandes in Frage stehe, blieb Strohsfeld im Lokal. Auch der Hinweis auf die Folgen eines Hausfriedensbruchs prallte an dem von der gütigen Mutter Natur mit einer recht biden Haut ausgerüsteten Oberhirn ab. Als endlich auf wiederholtes Drängen der Anwesenden sich Strohsfeld doch zum Abmarsch entschloß, rief er dem Beamten des Metallarbeiter-Verbandes die Drohung zu: „Sie können mich ja vor den Kadi fordern, aber dann kommen Sie auch daran, denn außer mir ist noch einer hier, der nicht in der Werkstatt arbeitet, mithin machen Sie sich strafbar.“ Mit diesem anderen meinte er den — Gemahregelten, der an demselben Tage entlassen worden war!

Nach diesem Vorgange wurde in die Besprechungen eingetreten. Da erschien ganz unerwartet ein Polizeiaufgebot in Stärke von zwei Mann. Auf die Frage, was die Herren eigentlich wünschten, da hier nur eine nicht anmeldspflichtige Werkstattbesprechung stattfindet, entgegnete der Wachtmeister: „Ja, ein Herr hat mir soeben angezeigt, daß hier eine Versammlung stattfindet, die nicht angemeldet wäre.“ Nachdem vom Einberufer die nötige Aufklärung gegeben, gaben sich die Schutzeleute zufrieden, wohnten aber den Verhandlungen bis zum Schluß bei.

Ist Herr Strohsfeld vielleicht der Herr bekannt, der die Anzeige bei der Polizei gemacht hat?

Nächtlicher niedriger Bildungsgrad.

Auch die Wege der bayerischen Justiz sind manchmal recht wunderbar, wenn es sich darum handelt, in Arbeiterangelegenheiten Recht zu sprechen. Das zeigt wieder ein Fall aus Schweinfurt. Dort hatte ein Mitglied des Zentralverbandes der Maurer den unorganisierten Maurer Otto Eisenmann zum Eintritt in den Verband eingeladen. Eisenmann antwortete jedoch durch Schimpfereien und sagte u. a., er „sch... kreuzweise auf den Verband, beim letzten Streik sei er abgereist, aber als der Streik vorbei war, habe man nicht einmal fünf Pfennig gehabt, um ihn zu benachrichtigen, weil alles Geld verlossen worden sei“. Wegen der letzteren Äußerung stellte die damalige Streikkommission Klage wegen Beleidigung. Das Schöffengericht sprach jedoch E. frei, weil man es einem Arbeiter in Betracht seines niedrigen Bildungsgrades nicht verübeln könne, wenn er Dinge behauptet, deren eventuelle Tragweite er nicht ermessen könne“. Auch das Landgericht als Berufungsinstanz fällt einen Freispruch mit der Begründung, die angeführte Äußerung sei zwar eine Beleidigung der Streikkommission, doch habe der Beklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt und durch seine Worte nur befehlen wollen, daß er vom Verband nichts wissen wolle. Bei demselben Streik haben dieselben Gerichte, wenn es sich um ganz geringfügige Beleidigungen Arbeitswilliger durch Streikende handelte, empfindliche Strafen verhängt; sie nehmen offenbar an, daß nur organisierte Arbeiter einen Bildungsgrad haben, der sie befähigt, die Tragweite ihrer Äußerungen zu ermessen.

Ausland.

Wirkungen des Davoser Bombenattentats.

Zürich, 19. September. (Fig. Ver.)

Das Bombenattentat auf „arbeitswillige“ Schneider in Davos, von dem der „Vorwärts“ am Mittwoch berichtete, hat Wirkungen im Gefolge, die von den Beteiligten wohl kaum übersehen worden sind. Zunächst hat die unvernünftige und geradezu rachsüchtige Tat selbstverständlich nicht den mindesten Einfluß zugunsten der streikenden Schneider auszuüben vermocht. Der Streik gilt als vollständig verloren und es ist gar nicht daran zu denken, daß die gerade in Davos besonders ungünstigen Arbeitsverhältnisse der Schneider in absehbarer Zeit auf friedlichem Wege oder durch einen neuen Kampf eine Besserung erfahren werden. Dazu muß die bisher mächtig voranschreitende Arbeiterbewegung von Davos für die nächsten Jahre geradezu als unterbunden angesehen werden. Man braucht sich, um dies zu verstehen, nur die fanatische Wut der Davoser Bürger zu vergegenwärtigen, die dazu geführt hat, daß unser Genosse Thurov, der Dichter und Schriftsteller, der mit aller Entschiedenheit und mit Erfolg gegen den geplanten Generalstreik aufgetreten ist, am Tage nach der Tat trotz seiner Augenkrankheit auf der Straße erbärmlich mißhandelt worden ist. Der Spießbürger macht eben zwischen Anarchist und Sozialdemokrat keinen Unterschied.

Die furchtbarsten, zu ihrem Erfolg in einem gewaltigen Mißverhältnis stehenden Wirkungen aber werden die am Attentat Beteiligten selbst treffen. Die Schweiz besitzt seit dem Jahre 1884 ein besonderes Gesetz betreffend Sprengstoffverbrechen. Darnach wird der Täter, d. h. derjenige, der Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht, mit Zuchthaus von wenigstens 10 Jahren bestraft. Wer Sprengstoffe, von denen er annehmen muß, daß sie zu Verbrechen gegen die Sicherheit von Personen oder Sachen gebraucht werden sollen, herstellt oder zur

Herstellung solcher Sprengmittel Anleitung gibt, kommt nicht unter fünf Jahren Zuchthaus davon. Und wer unter der gleichen Voraussetzung in einer anderen Absicht, als um das Verbrechen zu verhüten, Sprengstoffe in Besitz nimmt, aufbewahrt, jemand übergibt oder an einen anderen Ort schafft, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Zuchthaus bestraft. Dabei ist wohl zu beachten, daß alle diese Strafminima nur den Tatbestand des Sprengstoffverbrechens betreffen. Treffen mit diesem Delikt nach lantonaem Recht strafbare Handlungen zusammen, so tritt für solche noch eine besondere Strafe hinzu. Im Falle, der uns hier beschäftigt, werden also die Beteiligten außer der Strafe für das Sprengstoffdelikt noch eine solche wegen Verbrechen (eventuell vorjähriger Körperverletzung und Sachbeschädigung) zu erwarten haben. Alles in allem dürften mithin Strafen von zwölf Jahren Zuchthaus zu erwarten sein. Dafür die Bundesversammlung als Begnadigungsinstanz während der Urteilsvollziehung aus besonderen Gründen die hohen Strafminima des Sprengstoffgesetzes herabsetzen werde, ist wenig Aussicht vorhanden.

Vom Standpunkte der Arbeiterbewegung aus kann man die Beteiligten wohl bemitleiden, Anspruch auf die Märtyrerkrone haben sie nicht.

Der Kampf in Antwerpen.

Antwerpen, 19. September. (Fig. Ver.)

Der heutige Tag steht im Zeichen einer „Affäre“, die den ominös-berühmten Titel Dreyfus führt. Dreyfus, u. Co. ist nämlich jene weltbekannte Getreidefirma, die, wie gestern gemeldet wurde, mit der sozialistischen Doker-Organisation verhandelt und den Verladern alle Forderungen — 6 Fr. pro Tag, 9 Fr. für Sonntagsarbeit und 90 Cent. für die Ueberstunden — bewilligt hat. Diesen Hochverrat am Kapitalismus und ihrer Majestät der „Föderation maritime“ sucht nun die letztere zu rächen und der Arbeitsaufnahme mit allen Mitteln, die ihr durch ihre Beziehungen zu den Schiffsgesellschaften gegeben sind, Hindernisse in den Weg zu legen; doch ist man hier der Meinung, daß — trotzdem die Föderation bereits an die Gesellschaften von Hamburg, London, Liverpool und Paris telegraphiert hat und die Reeder entsprechend angewiesen sind — die Firma als Sieger aus der Affäre hervorgehen wird, was natürlich sehr zu wünschen ist. Jedenfalls zeigt dieses Detail aus dem Antwerpener Kampf, was für eine aller simplen Anständigkeit bare, rachsüchtige und machtgerige Wunde die Herren von der Föderation sind.

Gestern hatten sich die an den Unruhen vom 3. und 4. September beteiligten Arbeiter vor Gericht zu verantworten, und obwohl die Vergeltung oft in nichts anderem als in jenem temperamentvollen Jurieren an die Polizisten bestanden, wie sie das robuste blämische Schiffervolk eben leicht und erst recht in der Erregung gebraucht, regnete es herbe Freiheitsstrafen von einem bis vier Monaten und beträchtliche Geldstrafen bis zu 200 Fr. Ich habe für den einen Verhandlungstag — morgen ist Fortsetzung — allein 29 Monate Freiheitsstrafen und 420 Fr. an Geldstrafen zusammengezählt.

Darunter gab es zum Beispiel vier Monate für den an die Polizei gerichteten Ausdruck „Feigling“ und einige coups de pied. Selbstverständlich gab es sonst noch eine Menge Bestrafungen wegen „Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeit“, ein Vergehen, dessen sich allerdings auch die Föderation z. B. jetzt in der Affäre der Firma Dreyfus schuldig macht, wofür sie wohl aber kaum belangt werden wird. ... Auch gegen Chapelle ist wegen dieses Deliktes die Untersuchung eingeleitet. Die Arbeitsruhe ist dieselbe wie in den letzten Tagen. Auf den Schiffen der Föderation wird nicht gearbeitet, nur auf denen der diversen „Nations“.

Heute wurde der Vorschlag des Arbeitsministers bekannt, der sich im Wesen an die bereits begrabenen Vorschläge hält. Diesmal heißt es statt Schiedsgericht „Studienkommission“, was in die Ohren der Herren Unternehmer wohl weniger revolutionär klingen wird. Gebildet soll die Kommission werden aus dem Präsidenten des Industriekongresses, einem juristischen Beirat, einem Mitglied der Handelskammer und Delegierten beider Parteien. Dazu hat der Herr Arbeitsminister so lange Zeit gebraucht?

Der bekannte Demokrat Paul Janson, ein Bürgerlicher, der immer ungeheuer seiner Sympathie für die Sache der Arbeiter auch im Parlament Ausdruck gibt, hat dem Streikomitee 100 Fr. geschickt. — Freitag spricht im Meeting der Streikenden Genosin van Langendonk, die Frau des sozialistischen Deputierten von Löwen.

In den Lodzer Spinnereien ist ein neuer Ausbruch ausgebrochen.

Aus Industrie und Handel.

Vom Öltrust. Tilford, der Schatzmeister der Standard Oil-Company von New Jersey, bezeugt, daß John D. Rockefeller im Besitz von 258 854 der im ganzen 972 500 ausmachenden Anteilscheine des Old Standard Oil-Trusts gewesen sei. Die Auflösung des Trusts habe im Jahre 1892 begonnen und sei bis 1899 nicht beendet gewesen. Rockefeller habe in den Jahren 1899 bis einschließlich 1906 80 173 445 Dollar an Dividenden von seinen Aktien der Standard Oil-Company erhalten.

„Evening Post“ meldet, daß der Aktionär der Standard Oil-Company, Rogers, persönliche Verpflichtungen im Betrage von über 40 Millionen Dollar eingegangen sei durch eine Verbindung mit dem Projekt der Tidewater Eisenbahn in Virginia, welche als Parallelbahn zu der Norfolk- und Westernbahn geplant war.

Der Verband deutscher Damen- und Mädchenmützensfabrikanten versendet nunmehr über das Resultat der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. cr. folgendes Communiqué: Bezüglich der neuen Zahlungsbedingungen hat die Presse bereits berichtet, daß die mit den Delegierten des Verbandes der Detailgeschäfte der Textilbranche provisorisch fixierten Konditionen 30 Tage 4 Proz., 60 Tage 8 Proz., 90 Tage 2 Proz., 120 Tage netto, von da ab 6 Proz. Verzinsung, von der Generalversammlung in namentlicher Abstimmung mit 120 gegen 11 Stimmen genehmigt worden sind. Ferner wurde den Wünschen der Detailisten insoweit entgegengekommen als die nach dem 24. d. M. erfolgenden Lieferungen für die Folge vom Ende des nächsten Monats datiert werden, so daß also der Rechnungsmonat mit dem 24. schließt. Infolgedessen mußte Punkt 8 der alten Konditionen in der Weise abgeändert werden, daß Lieferungen für die Sommeraison in keinem Falle über den 24. Februar, für die Winteraison in keinem Falle über den 24. September hinaus datiert werden dürfen. Die Nachlieferungsfrist wurde wunschgemäß von 14 auf 10 Tage reduziert und Punkt 9, der als Erfüllungsbegru. Zahlungsort den Ort der Handelsniederlassung des Verkäufers bestimmte, ebenfalls wunschgemäß gestrichen.

Einen wesentlichen Beschluß des Abends bildete noch die Annahme des Antrages, wonach sich die Konventionsmitglieder verpflichten, nur von solchen Fabrikanten und Großhändlern zu kaufen, die sich ihrerseits verpflichten, nur an Konventionsmitglieder zu liefern.

Die Geschäftslage in der elektrotechnischen Industrie.

Wie stark die Nachfrage nach Kupfer abgenommen hat, geht daraus hervor, daß in London der Kupferpreis gegenwärtig um 40 Pfd. Sterling pro Tonne niedriger steht als im Frühjahr; in Amerika ist ungefähr die gleiche Senkung des Preisniveaus erfolgt. Durch den Rückgang der Nachfrage haben sich bereits in Amerika, dem Haupterzeugungsland, so bedeutende Vorräte angeammelt, daß sie die

Produktion des Amalgams Trust von zirka zwei Monaten ausmachen. In Deutschland steht der Preis zwar noch immer beträchtlich über dem der vorangegangenen Jahre, aber doch ist er auch hier in der letzten Zeit stark gefallen. Um zu erfahren, ob die deutsche Kupferverbrauchsindustrie an dieser Deroute am Weltmarkt beteiligt ist, müssen wir die Kupferzufuhr Deutschlands mit dem Vorjahre vergleichen. Da zeigt sich dann, daß tatsächlich im laufenden Jahre ein Rückgang eingetreten ist. In den ersten sieben Monaten dieses und des vorigen Jahres, für die die Nachweise vorliegen, stellte sich nämlich die Einfuhr in Doppelzentnern auf:

1906	722 018
1907	709 203

Es wurden also 12 816 Doppelzentner weniger eingeführt als 1906.

In den Monaten März bis Juli, für welche sich ein Vergleich mit dem Vorjahre durchführen läßt, stellte sich die Einfuhr auf Doppelzentner:

1906	109 829
1907	821 236

Sie ist also in dieser Zeit um 141 407 Doppelzentner oder beinahe um 90 Prozent gestiegen. Wenn der Verbrauch allgemein so gestiegen wäre, könnte nicht gerade jetzt ein so scharfer Preissturz für ein von der elektrotechnischen Industrie gebrauchtes Metall eingetreten sein, umso weniger, als die deutsche Kupferindustrie nicht nur nach mitteleuropäischen Ländern, sondern auch nach Großbritannien und Amerika in bedeutendem Umfange geht. Es ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, daß der Rückgang in der deutschen elektrotechnischen Industrie gegenwärtig nicht mehr so günstig ist wie 1906 zur gleichen Zeit.

Soziales.

Die Ungewißheit der Zuständigkeit der Gerichte wurde durch einen Fall beleuchtet, der gestern die zweite Kammer des Kaufmannsgerichts beschäftigte. Den Kläger, Bücherrevisor S. Freyh, traf nämlich das tragikomisch anmutende, für den Betroffenen aber sehr empfindliche Mißgeschick, daß der belagerte Gericht er auch immer seine Forderungen gegen faule Schuldner geltend machte, er stets wegen Unzuständigkeit des betreffenden Gerichts abgewiesen wurde. B. revidiert und führt auch kaufmännische Bücher gegen einen feilen Abonnementspreis, er beschäftigt selbst vier fest bei ihm angestellte Buchhalter und ist im Handelsregister als Firma eingetragen. Da er sich für einen selbständigen Kaufmann hielt, so machte er eine Klageforderung gegen eine Firma wegen nicht-begabter Abonnementsgebühr beim Amtsgericht geltend. Das Amtsgericht hielt nicht, sondern das Kaufmannsgericht für zuständig. B. legte gegen dieses Urteil beim Landgericht Berufung ein, dieses verwarf jedoch die Berufung, indem es in Uebereinstimmung mit dem Amtsgericht den Kläger als Handlungsgesellschafter ansah. B. machte nunmehr eine Klage gegen die in Konkurs gegangene Automaten-Gesellschaft „Ganja“ vor dem Kaufmannsgericht geltend. Nach eingehender Prüfung der Tätigkeit des Klägers kam die zweite Kammer wiederum zur Abweisung desselben wegen Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts. Nach § 50 des Handelsgesetzbuchs sei für den Begriff des Handlungsgesellschafter erforderlich, daß dieser sich in einem abhängigen Verhältnis zur Firma befindet. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis erblickte das Gericht aber in der Tätigkeit des Klägers nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Marokko-Optimismus weicht!

Paris, 20. September. (B. S.) Der Optimismus, mit dem hier die in Casablanca eingeleiteten Friedensverhandlungen betrachtet wurden, weicht einer kritischeren Auffassung. Clemenceau sprach sich gestern abend den Journalisten gegenüber sehr skeptisch aus. Ob die Delegierten der Stämme ihr Versprechen hielten und gestern wieder vor General Druce erschienen, ist bis jetzt hier nicht bekannt, doch lassen die offiziellen Meldungen keinen Zweifel, daß nur die in unmittelbarer Nähe von Casablanca wohnenden Stämme der Schanajis bereit sind, Frieden zu schließen. Die Stämme des Hinterlandes würden erst müde werden, wenn sie ähnliche Niederlagen erlitten haben. Die französischen Truppen müßten also einige Vorstöße ins Innere vornehmen. Auf jeden Fall hat Druce Nachschub von Kriegsmaterial verlangt. Clemenceau erklärte übrigens wieder, daß die militärischen Operationen, auch wenn sie bis in das Herz von Marokko ausgedehnt würden, nicht den Charakter einer Expedition annehmen würden. (Frankf. Btg.)

In der Tat, solche „Vorstöße“ ins „Herz von Marokko“ würden nicht den Charakter von „Expeditionen“ tragen, sondern den eines bitteren, ungeheuer kostspieligen, unübersehbaren Krieges!

Kolonialabenteuer.

Amsterdam, 20. September. (B. L. V.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet aus Batavia, daß das Expeditionskorps auf der Insel Nias ernsthaften Widerstand fand. Der Feind hatte 114 Tote.

Getreue Beamte.

Wien, 20. September. (B. S.) Die das „Freundenbl.“ aus Rom meldet, sind in dem bekannten Vadeorte Cirivenca große Unterschleife zum Nachteil des ungarischen Staates entdeckt worden. Die Nachuntersuchungen reichen mehrere Jahre zurück. Mehrere hohe Beamte des Bezirks sind in diese Affäre verwickelt. Von den bezahlten Steuern wurde nur ein Teil abgeliefert, der größere Teil verschwand, Wadungen des Staates wurden ausgehöhlt und verkauft, auch wurden an Gestaltungspflichtige Rentenpässe ausgestellt und hierfür hohe Beträge erhoben.

900 Millionen Dollar Unternehmerprofit.

New York, 20. Sept. (B. L. V.) Bei der heutigen Gerichtsverhandlung in Sachen der Standard Oil-Company bezeugte der Schatzmeister der Gesellschaft, daß die Gewinne der Gesellschaft seit dem Jahre 1882 sich auf rund 900 Millionen Dollars belaufen.

Ein schweres Grubenunglück.

Marquette (Michigan), 20. September. (B. L. V.) Ein Förderkorb mit siebzehn Bergleuten der Jones Mcclanigan Steel Company in Regaunee stürzte 700 Fuß tief hinab, wobei 14 Leute sofort getötet, die anderen schwer verletzt wurden.

Das friedliebende Spanien.

San Sebastian, 20. September. (Meldung der Agence Havas.) Der Minister des Auswärtigen erklärt entgegen im Auslande verbreiteten Nachrichten, daß Spanien niemals kriegerische Absichten in Bezug auf Marokko gehabt habe. Die in Tanger getroffenen Maßnahmen bezweckten lediglich die Verteidigung der Europäer im Falle eines Angriffs seitens der Marokkaner.

Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)

Essen, den 20. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Aufforderung, die Vorschlagslisten für die Wahlen der beiden Vorsitzenden, des Kassierers, der vier Sekretäre des Parteivorstandes sowie der Mitglieder der Kontrollkommission bis 11 Uhr einzureichen, damit die Mandatsprüfungskommission im Laufe des Nachmittags das Resultat feststellen kann.

Eingegangen ist eine Reihe von Glückwunschtogrammen, darunter eins vom Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Genossen aus Stadtbergen teilen mit, daß es ihnen gestern zum erstenmal gelungen ist, vier Parteigenossen in das Bürgerkollegium zu wählen. (Beifall.)

Die Debatte über den Kommissionsbericht betreffend das Preßbureau wird eröffnet.

Thiele-Halle:

Der Berichterstatter hat gestern darauf hingewiesen, daß durch die Errichtung eines Preßbureaus nicht zu befürchten sei, daß die Zahl der Redakteure in der Provinz vermindert werde. In der Tat schließt es uns in der Parteipresse noch an einer größeren Anzahl von Redakteuren, und wenn das Nachrichtenbureau wirklich fruchtbar wirken soll, so wird eine Vermehrung der Redakteure notwendig sein. Wir überantragen nicht nur unsere Redakteure, sondern alle Parteiangestellten in einer Weise, daß wir die Kräfte viel zu früh verbrauchen. An einer ganzen Anzahl von Parteiblättern, die in einem Umfange von sechs bis acht Seiten erscheinen, sind zwei bis drei Redakteure beschäftigt. Wie sollen diese außer der übrigen Arbeit auch noch die Nachrichten verarbeiten? Für ein sechsstufiges Blatt sind mindestens drei, für ein achtstufiges Blatt mindestens vier Redakteure nötig, und ich bitte die Delegierten, die Einsprüche auf die Parteipresse haben, dahin zu wirken, daß diese Mindestzahlen festgehalten werden. Ich will auf Einzelheiten des Entwurfs nicht eingehen, ich will nur darauf hinweisen, daß einige der Parteiblätter ganz irrtümliche Auffassungen über das Nachrichtenbureau verbreitet haben. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat mir vorgeworfen, daß ich und der Verein Arbeiterpresse den Einfluß der Parteileitung herabzumindern bestrebt sei, sie hat von Woche zu Woche auf diese schwarzen Absichten, die wir angeblich haben, hingewiesen, und sie ist endlich zu dem Schluß gekommen, ich und Epstein wollten das Bureau in die Hände bekommen. Ich möchte die „Leipziger Volkszeitung“ ersuchen, in Zukunft derartige Polemiken in etwas sachlicherer Weise zu führen. Wenn die Frage aufgetaucht ist, ob alle Mitarbeiter an der Arbeiterpresse politisch organisiert seien, so glaube ich erklären zu können, daß kein einziger Mensch Mitglied des Vereins Arbeiterpresse werden kann, der nicht Mitglied der Partei ist. Ich sehe davon ab, Anträge zu dem Entwurf zu stellen, wenn es auch vielleicht zweckmäßiger gewesen wäre, daß der Verein Arbeiterpresse Träger des Nachrichtenbureaus geworden wäre. Nun soll aber der Auslandsdienst aus den Aufgaben des Preßbureaus ausgeschaltet sein. Bis jetzt ist die Parteipresse in dieser Beziehung auf die teuren bürgerlichen Depeschenbureaus angewiesen und es wird daher notwendig sein, schon um Geld zu sparen, in kurzer Zeit auch den Auslandsdienst mit in den Bereich des Nachrichtenbureaus zu ziehen. Mit § 4 bin ich vollständig einverstanden. § 6 handelt von der Wahl des Rates. Ich würde es für richtig halten, daß der Rat durch die Preßinteressenten gewählt wird, aber ich will auch hier keinen Antrag stellen. Wenn dann für die Kostenbedeckung als Maßstab die Leistungsfähigkeit der Blätter angenommen wird, so ist das ein etwas unsicherer Maßstab und ich fürchte, es wird da zu einigen Differenzen kommen. Wie der Entwurf zugeschnitten ist, ist das allerdings die einzige Lösung. Ich will nur wünschen, daß das Institut sich in dem Maße entwickelt, wie es gehofft wird. Wir haben vor einigen Tagen hier den Satz gehört: Wer die Schute hat, der hat die Zukunft. Nun, wer die Presse hat, der hat die Gegenwart. Ich wünsche der Parteileitung, daß sie bei der Einrichtung und Ausgestaltung des Bureaus eine glückliche Hand haben möge.

Damit schließt die Debatte.

Berichterstatter Müller verzichtet auf das Schlusswort.

Der Entwurf der Kommission wird mit großer Mehrheit an bloo angenommen.

Der Parteitag tritt darauf ein in die Beratung der Alkoholfrage.

Außer der Resolution des Referenten (der schon mitgeteilte Wortlaut ist geändert) ist folgende Resolution Kayenstein eingegangen (102):

1) Berichtigte Resolution zur Alkoholfrage Nr. 91.

Die Gefahren des Alkoholgenusses sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuss und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die überanfordernde, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuss von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuss geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann. Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Laster für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Sauergetränke eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksuchtgesetze zur Verhütung der Trunkenheit sind nicht als Ausnahmengesetze gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichtesten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Brannt-

Die Schäden des Alkoholismus, die dank der kapitalistischen Großproduktion alkoholischer Getränke in unserer Zeit eine erschreckende Ausdehnung erfahren haben, finden ihre Ursache nicht nur in wirtschaftlichen und sozialen Mißständen, unter denen das Proletariat in besonderem Maße leidet, sondern auch in falschen Vorstellungen über Wert und Wirkung des Alkohols und in tief eingewurzelter, aus bürgerlichen Kreisen herkommenden Trinksitten. Diese Schäden treffen am schwersten die Angehörigen des ohnehin durch kapitalistische Ausbeutung und planmäßige Verdrängungspolitik betroffenen Proletariats. Sie bilden eine besonders schwere Gefahr für die Entwicklung des proletarischen Nachwuchses und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Die entschiedene Bekämpfung des Alkoholismus ist daher eine ernste Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung.

Zeit entfernt von der Auffassung bürgerlicher Alkoholgegner, als ob der Alkoholismus ausschließlich durch Schwächen der menschlichen Natur bedingt und darum durch Propaganda allein oder im Bunde mit staatlichen Zwangsmitteln zu überwinden sei, betont der Parteitag mit aller Schärfe die sozialen Ursachen der Alkoholfrage. Er fordert daher in Uebereinstimmung mit den bisherigen Bestrebungen der Partei die durchgreifendsten Arbeiter-schutzgesetze und sonstigen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und geistigen Hebung der Volksmassen auch aus dem Gesichtspunkte der Bekämpfung der alkoholischen Gefahr. Er lehnt entschieden die Besteuerung des Alkoholkonsums ebenso ab, wie strafrechtliche und polizeiliche Unterdrückungsmaßnahmen, als ungeeignet zur Bekämpfung des Alkoholismus und wirtschaftlich und politisch gefährlich.

Er erhebt auch in diesem Zusammenhang schärfsten Protest gegen die herrschende agrarisch-schuhzöllnerische Verteuerungspolitik, die notwendig dahin führen muß, den Alkoholverbrauch zu vermehren und seine volksschädlichen Wirkungen zu verschärfen.

Im besonderen fordert der Parteitag von Staat und Gemeinde:

1. planmäßige Belehrung über Wesen und Wirkung des Alkohols, insbesondere im Schulunterricht;
2. Förderung und Beschaffung allgemein zugänglicher Stätten für Bildungsarbeit, körperliche Betätigung und Erholung, unter Ausschluß jeder politischen Tendenz;
3. Förderung des Verbrauchs unschädlicher alkoholfreier Getränke und Erfrischungsmittel durch möglichst Verbilligung ihrer Erzeugung und Einfuhr;
4. Verbot der Lohnzahlung in Form alkoholischer Getränke, sowie der Verbindung von Arbeitsnachweisen und ähnlichen Einrichtungen;
5. Kommunalisierung der Gast- und Schankwirtschaften, Verwirklichung allein aus dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls und der Einschränkung des Alkoholverbrauchs mit dem Recht der Gemeindeglieder, durch Volksabstimmung die Erzeugung und den Verkauf des Alkohols zu verbieten.

Von den Arbeiterorganisationen, der Arbeiterpresse und allen Parteigenossen erwartet der Parteitag

1. ernstes Studium und gründliche Belehrung über die Schäden und Gefahren des Alkoholgenusses;
2. Ausschluß des Trinkwanges bei allen öffentlichen und privaten Zusammenkünften, Beseitigung des Alkoholverbrauchs bei allen politischen und belehrenden Veranstaltungen, bei Arbeitsnachweisen und ähnlichen Einrichtungen, Ablehnung jeder Vereinbarung, durch die eine Verpflichtung zum Alkoholverbrauch übernommen wird;
3. strengste Vermeidung der Verabfolgung von Alkohol an Kinder.

Den wirksamsten Kampf gegen alle Alkoholgefahr führen nach wie vor die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Massenbewussten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt in Alkohol Vergessenheit und Genuss zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von jeder Verelendung und Unterdrückung Bemühtung, Erholung und Freude zu finden.

Kayenstein mit der zur Unterstützung genügenden Anzahl Genossen.

Der Antrag 57) ist zugunsten der Resolution Bumm zurückgezogen. Die weiter hierzu vorliegenden Anträge 58, 59, 60) werden sämtlich unterzückt.

weine ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unbedeutend einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholfrage fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, Verbot der Nachtarbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhepausen während der Arbeit, Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Lieferens an Stelle von Barlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angehörige an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Trucksystem), ausnahmsloses Verbot der Stellenvermittlung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Verhinderung, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Verkaufsstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Befreiung aller die Lebenshaltung verteuernenden indirekten Steuern, sowie des Boden- und Wohnungswuchses.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Reizfähigkeiten des Rannheimer Parteitag über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volksheime und Lesebibliotheken.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuss alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinkschwanz zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholfrage, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuss unbedingt ferngehalten werden.

Diesem allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholfrage führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Massenbewussten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuss und Vergessenheit zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Bemühtung, Erholung und Freude zu finden. Emanuel Bumm.

57. Tellow, Westow, Storow, Charlottenburg (Kreisgeneralsammlung), Hamburg III, Distrikt Hamm: erwartet von dem Parteitag einen kräftigen Anstoß zur Förderung des Kampfes gegen die verheerenden Wirkungen des Alkohols. Sie erklären die planmäßige Belehrung über die Schäden und Gefahren des Alkohols, insbesondere für die Aufgaben des kämpfenden Proletariats und die Nachkommenschaft des arbeitenden Volkes, für eine Pflicht der Arbeiterpresse und der Organisationen.

58. Rürnberg, V. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Langersfeld, Apenrade, 3 Genossen in Berlin V, abstinente Arbeiter Eiberfeld, Parnen und Straßburg: erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Trinkschwanz bei Zusammenkünften von Parteigenossen, gegen Trinksitten und Trinkgewohnheiten, sowie Verantwortung der alkoholgegnerischen Bewegung in der organisierten Arbeiterschaft. Ferner sind die Parteioorganisationen und die Parteipresse zu verpflichten, für Aufklärung über die Schädigungen des Alkohols Sorge zu tragen.

59. Bremen, Hamburg III, Distrikt Hamm, Delmenhorst: Der Parteitag erachtet es als selbstverständlich, daß sich

Berichterstatter Bumm:

Ein Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wurde bereits 1899 in Hannover gestellt. 1900 in Mainz kam es auf Grund eines ähnlichen Antrages zu einer längeren Debatte, in der ich mich dagegen wandte, daß die Alkoholfrage als besonderes Thema behandelt werde. Ich wies damals darauf hin, daß die Sozialdemokratie dazu keine Ursache habe, weil sie an sich schon die geborene Vorläuferin gegen den Alkoholismus sei, daß der bedauerliche Mißbrauch des Alkohols im engeren Zusammenhang stehe mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und daß gerade die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, die diese Hauptursachen des Übels bekämpfe. Ich sagte, wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradieren, die nur die Symptome kurieren und nicht so tun, als ob der Alkoholismus losgerissen von allen sozialen Erscheinungen bekämpft werden kann. Diese Aeußerungen sind der Gegenstand lebhafter Angriffe sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei geworden. Und als auf den nächsten Parteitagen Lübeck, München, Bremen immer wieder das Verlangen kam, ein besonderes Referat über die Alkoholfrage auf die Tagesordnung zu setzen, fand dieser Antrag eine immer größere Mehrheit, bis er im vorigen Jahr in Mannheim angenommen wurde, mit vollem Recht, schon um die Mißverständnisse und böswilligen, nichtswürdigen Auslegungen unserer Gegner zu zerstreuen. So schrieb ein Dr. Stehr in seiner Rede „Alkoholgenuss und wirtschaftliche Arbeit“ im Jahre 1904: „Auf dem Rannheimer Parteitag 1902 kamen die tieferliegenden Gründe der marxistischen Führer zum Vorschein.“ Die Schnapswirte — schreibt Stehr — seien ihre rührigsten und wirksamsten Vorkämpfer der Kleinagitation, die man nicht vor den Kopf stoßen dürfe. Ueberdies habe man gegen die Wirte im allgemeinen noch eine Dankspflicht aus der Zeit des Sozialistengesetzes und schließlich sei zu berücksichtigen, daß sich die Partei dadurch auch bei ihren Genossen direkt schade, „denn die Brauer und Zimmerleute würden sich nicht vorsehen lassen, wieviel Schnaps sie trinken dürfen.“ Herr Stehr beruft sich bei der Zitierung dieser Stelle auf den „Vorwärts“ vom 21. November 1902. Ich habe diesen „Vorwärts“, auch diese Nummer vom 21. September 1902, die den Parteitagsbericht enthält, mit dem Genossen Grünwald als Parteiarchivar durchgesehen und überall nachgesehen, ob jemand von dieser Aeußerung etwas wisse; nichts hat sich gefunden. Ich stelle demnach fest, daß die Behauptung, es sei diese Aeußerung auf dem Rannheimer Parteitag gefallen, erfunten und erlogen ist. (Hört! hört!) Aber sie hat Früchte getragen. In dem Handbuch des Reichsländerverbandes heißt es über einen Artikel, den Kautsky im Jahre 1899 in der „Neuen Zeit“ in einer Diskussion mit einigen Abstrinenten schrieb, folgendermaßen: „Man sieht aus diesen Bestimmungen, daß die Sozialdemokratie den Alkohol, den sie gelegentlich zu bekämpfen vorgibt, als unentbehrlichen Bundesgenossen gebraucht.“ Und die „Post“ vom 21. November 1903 schrieb: „Die Atmosphäre, welche der Jigaren- und Spiritusdunst in den Parteikreisen erzeugt, sei nach dem Ausspruch erfahrener „Genossen“ unerträglich, um die Köpfe neuer Parteirekruten für die Lehren der Umstürzpartei recht empfänglich zu machen.“ Sie sehen also, daß schon gegenüber diesen nichtswürdigen Verleumdungen es notwendig ist, daß wir uns hier recht eingehend mit unserer Stellung zur Alkoholfrage und der Bedeutung derselben beschäftigen. Wir haben ja nicht allein unsere Anschauungen klarzulegen über das, worüber wir alle einig sind, nämlich, daß der Alkoholmißbrauch ein Laster ist, das ausgerottet werden muß, sondern wir haben uns auch zu fragen, ob überhaupt der Alkoholgenuss zu verbieten sei, ob der Satz von Dunge richtig ist: „Wir Menschen können ja nicht mäßig sein.“

Als Beweis, wie eingehend heute in wissenschaftlichen und sozialpolitischen Kreisen die Alkoholfrage behandelt wird, kann ich auf eines hinweisen: Es ist mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften ein Verzeichnis der Titel der Schriften über die Alkoholfrage zusammengestellt, das nicht weniger als 500 Seiten umfaßt. Zu untersuchen, ob jeder Alkoholgenuss schädlich oder ob er erst von einem gewissen Grade ab schädlich ist, also ob völlige Abstinenz nötig ist oder ob Mäßigkeit genügt, das ist selbstverständlich nicht Aufgabe eines Parteitages, nicht Aufgabe von Laien, sondern Aufgabe der Wissenschaft. Allein die medizinischen und physiologischen Sachverständigen können darüber eine Entscheidung fällen. Und da wird uns leider unser Urteil sehr erschwert. Ebenjoviele Männer der Wissenschaft die die völlige Enthaltensamkeit als notwendig erklären, ebenjoviele erklären auf der anderen Seite die völlige Abschaffung des Alkohols nicht für nötig.

Was ist eigentlich Alkohol? Der Alkohol entsteht aus dem Zucker bei der Gärung. Der Zucker wird dabei in eine wässrige Lösung versetzt: in Alkohol und Kohlenäure. Was wir kaufen, ist nie reiner Alkohol, sondern immer gemischt mit Wasser. Selbst der stärkste Schnaps muß mindestens noch 40 Prozent Wasser enthalten; ohne Wasser ist es unmöglich, den Alkohol zu genießen. Wie aber auch der Alkohol in einem Getränk verdünnt ist, immer ist die Einwirkung auf den Organismus die gleiche, eine Einwirkung, die von Laien überschätzt und falsch beurteilt wird. Die Einwirkung ist nämlich eine lähmende und das, was wir als Anregung empfinden, ist nur eine Sines-tänchung. Der Alkohol lähmt zunächst die Nervenfasern, die sich bei der Zirkulation des Blutes in unserem Körper zusammenziehen. Infolgedessen erweitern sich die Blutgefäße, die Haut wird blutreicher, sie rötet sich, man kennt ja die rote Nase. (Weiterkeit.) Der Blutausfluß ist ein stärkerer, aber auch die Abkühlung ist stärker als sonst, so daß in Wirklichkeit der Alkoholgenuss nicht erwärmend, sondern erfrühend wirkt. Wir bekommen im ersten Augenblick ein Wärmegefühl, innerlich aber tritt eine Abkühlung ein und daher kommt es, daß bei Kälte durch Branntweingenuss das Erfrieren beschleunigt und nicht aufgehalten wird. Wir fühlen uns nach dem Alkoholgenuss gekräftigt, es wird ein Gefühl des Wohlbehagens hervorgerufen, wie es nach der Sättigung nach der Zufuhr normaler Speisen bei uns erscheint, und dieses Gefühl täuscht uns vor, daß der Alkohol unseren Hunger stillt, während er in Wirklichkeit so gut wie nichts zur Ernährung beiträgt. Das Hungergefühl wird nur gelähmt, nicht beseitigt. Auch die geistigen Erscheinungen, die sich an den Alkoholgenuss anknüpfen sind nichts weiter als Lähmungserscheinungen, obwohl sie uns als Erregungserscheinungen bewahrt werden. Es ist kein Zufall, daß die Branntweinpest in Deutschland einzieht mit dem großen Kriege des Mittelalters, als die Herden durch Alkohol aufgepeitscht wurden zu größerer Waghalsigkeit, genau so wie noch heute in Rußland der Alkohol diese verderbliche Rolle spielt, wenn es gilt, Mensch gegen Mensch zu gehen. Das Mäßigkeitsgefühl wird durch den Alkohol nicht gelähmt, es kommt nur

abstinente Parteigenossen dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde und nicht bürgerlichen Abstinentenvereinigungen anschließen.

59. Bielefeld: Die Parteipresse und die Parteioorganisationen werden verpflichtet, den Anhängern der Abstinentenbewegung die Möglichkeit zu geben, in Wort und Schrift ihre Ansicht zu vertreten.

60. 21 Parteigenossen in Berlin II: 1. Die Genossen erwarten vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Alkoholismus, insbesondere ist die Parteipresse mehr als bisher zu verpflichten, auf die Schäden, die der Alkoholismus anrichtet, hinzuweisen.

2. Der Parteitag möge den Parteigenossen, die sich zur Abstinenz bekennen, empfehlen, sich dem Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde anzuschließen und nicht einer bürgerlichen Organisation (Guttempler-Orden, Alkoholgegnerbund). Diese Organisationen haben bei den letzten Reichstagswahlen gezeigt, daß sie zu unseren Gegnern gehören.

nicht zum Verbrauch. Alle diese Wirkungen werden noch gesteigert durch die Kohlenäure, die auf die Schleimhaut des Magens zu wirkt, daß sie in Stande ist, den Alkohol rascher hindurchzulassen zu lassen. Vor allem ist von Einfluß auf die Wirkung des Alkohols die Beschaffenheit des Magens an sich. Je leerer der Magen ist, um so rascher dringt der Alkohol in den Organismus ein. Beim gefüllten Magen ist die Wirkung eine weit weniger verderbliche wie beim leeren. Von manchen Abtinenten wird bestritten, daß der Alkohol auch ein Nahrungsmittel ist. Es ist aber durch wissenschaftliche Forschungen festgestellt, daß der Alkohol nicht nur ein Gift, sondern auch ein Nahrungsmittel ist. Aber es ist mit aller Schärfe zu betonen, daß, wie Prof. Neumann in Heidelberg festgestellt hat, der Alkohol ein unrationelles, sehr teures und auch gefährliches Nahrungsmittel ist. Die gefährlichen Folgen des Alkoholgenußes sind Ihnen allen bekannt. Seine Wirkungen sind erstens persönliche, zweitens sozialer Art. Bei einzelnen ruft er Krankheitserscheinungen hervor, es entsteht zunächst Heiserkeit und Husten, die Organe sind schließlich nicht mehr widerstandsfähig, es treten Magen- und Darmstörungen ein, dem Trinker schmeckt kein Essen mehr, infolge dessen trinkt er noch mehr, durch die Störung der Magenfunktionen wird das Eindringen von Metallteilen erleichtert, worunter ja namentlich die Suchtbräder zu leiden haben. Durch die viele Flüssigkeit, den Wasserreichtum des Blutes, wird eine Vergrößerung des Herzens hervorgerufen, und diese führt wieder zu Erkrankungen verschiedener Art. Es treten Nierenkrankheiten und Leberanschwellungen ein, der Stoffwechsel leidet, dazu gesellt sich die Nervenexzitation. Durch den Alkoholgenuß wird die Arbeitsfähigkeit herabgesetzt und die Siderität der Arbeiter beeinträchtigt, so daß sie in höherem Maße Unfällen ausgesetzt sind. Ich will nicht so weit gehen, wie ein Forscher, der meinte, daß die Folge des Alkoholgenußes die Geburt schwachmühtiger Kinder sei, während Professor Brung meint, daß der Alkoholgenuß die Stützbarkeit der Mütter schädlich beeinflussen müsse. Derartige Lebererkrankungen rufen jene Herabsetzung hervor, die von manchen Abtinenten an die Hand gemalt werden und dadurch die entgegengesetzten Wirkungen hervorbringen, die sie erzielen wollen.

Daß die Alkoholvirkungen schädlich sind, daß sie Schädigungen hervorzurufen können, darüber existiert nirgends ein Zweifel; die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen sie eintreten, ob in der Tat jeder Tropfen, den wir über die Lippen bringen, Gift ist. Die Professoren Hüppe und Vaz erklären auf Grund eingehender Forschungen und Experimente mit Entschiedenheit, daß nicht jeder Alkoholgenuß schädlich sei, sondern daß die schädigenden Erscheinungen erst von einer gewissen Grenze ab eintreten, daß diese Wirkungen aber auch nicht für alle Menschen dieselben sind. Die bei den anstehenden Krankheiten die Gefahr ihrer Verbreitung, auf der einen Seite auf das Eindringen der Keime von außen, auf der anderen Seite auf die Disposition des Individuums zurückzuführen ist, so ist es auch beim Alkoholgenuß. Die wissenschaftlich festgesetzte Grenze für den normalen Menschen bei gesunder Verfassung und ausgereiftem Alter wird gegeben durch den Genuß von 20 bis 30 Gramm Alkohol in 24 Stunden. Diese Menge liegt unterhalb der Giftwirkung. Wenn von Alkohol die Rede ist, so ist damit der reine, wasserfreie Alkohol gemeint, den wir nicht über die Lippen bringen können, weil er uns verbrennen würde. Wir müssen daher einen kurzen Blick auf den Alkoholgehalt der alkoholischen Getränke werfen.

Das älteste Getränk, das so alt ist wie die Menschheit, ist der Wein. Sie wissen, wie begeisterte Anhänger der Wein gefunden hat. Sie wissen aber auch, daß die Bibel uns recht ergötliche Geschichten davon erzählt, wie der Wein die Sinne verwirrt. Die Geschichten von Noth und Luth haben in manchem das Bewußtsein geklärt, daß der Weingenuß in größerer Menge traurige Folgen habe. Es hat aber nichts geholfen, und die semitischen Völker haben den Weingenuß unter anderen Völkern verbreitet, und er hat seinen Eingang in alle Länder gehalten. Der Wein enthält 9-12 Proz. Alkohol, der spanische und der ungarische Sektwein, die noch mit Alkohol versetzt werden, enthalten 12-20 Proz. Alkohol. Man darf den Wein nicht als Nahrungsmittel betrachten, sondern nur als Gemüthsmittel. Der Obstwein enthält bis zu 6 Proz. Alkohol. Der jüngere Bruder des Weines ist das Bier. Schon im alten Aegypten gab es ein altes Mäntchen-Bier. Von Aegypten kam das Bier nach Europa. Bei uns bekam das Bier erst durch die Mönche Bedeutung, die die Stätten jeglichen Fortschritts waren und auch das Bier bereiteten, und sie haben dies auch noch bis heute beibehalten. Luther sprach von der Bierpest. Das ist eigentlich ein Widerspruch gegen seinen Ausspruch: „Wer nicht liebt Wein, Weib und Seng, der bleibt ein Narr sein Leben lang“. Es meinen einige, daß Luther sich nur gegen das Bier geäußert habe, weil er den Wein vorgezogen habe. (Heiterkeit.) Die Historiker bemühen sich allerdings festzustellen, daß Luther den Wein gar nicht gelobt habe. Das Bier, das damals gebraut wurde, war aber nicht das Bier, was wir heute trinken; sein Genuß war auf den Ort der Entfischung beschränkt, es war obergäriges Bier, das nicht gelagert werden konnte. Die obergärigen Brauereien waren infolge dessen Kleinbetriebe. Das obergärige Bier hat 2-3 Prozent Alkohol und 2-5 Prozent Zucker. Es ist sehr gesund, seitdem ein anderes Bier in Bayern erfunden ist, das bei niedrigerer Temperatur gärt und gelagert werden kann und jetzt in ganz Deutschland verbreitet ist. Es enthält 4-5 Proz. Alkohol und 6-7 Proz. Zucker. Dieses Lagerbier wurde von einigen Seiten überschätzt, es wurde als Nahrungsmittel bezeichnet. Dem muß entschieden entgegengetreten werden. Es ist so gut wie kein Eisen darin, und es ist nicht wahr, wie es in einem biblischen Kellerspruch heißt: „Der Gerstenjaß enthält des Weines Geist des Brotes Kraft“. Nährwert hat im Bier nur der Zucker, und den bezahlet wir im Bier viel zu teuer, das Bier wäre also als Nahrungsmittel viel zu teuer.

Der dritte Bruder unter den alkoholischen Getränken ist der Branntwein. Er ist ein Destillat vom Wein, das von Alchimisten im frühesten Mittelalter hergestellt wurde. Man behauptet, daß der Branntwein alle Lebenskräfte aufwecken könne und bezeichnet ihn als Lebenswasser, aqua vitae. Dieses Lebenswasser, das so viele Leben vernichtet hat, ist seit dem 15. und 16. Jahrhundert auch in Ländern produziert worden, die keinen Wein bezeugen. Er wurde aus Getreide destilliert und man bezeichnete dieses Produkt als Kornbranntwein. Diese Produktion des Kornbranntweins war wieder ein Klein- und zwar ursprünglich ein häßliches Gewerbe in einzelnen besonders getreiderreichen Gegenden. Einzelne Orte gelangten dadurch zu besonderer Wohlhabenheit, ich erinnere an Nordhausen. Das blieb aber nur so bis in das vorvorige Jahrhundert. Aus den Städten wanderte die Produktion auf die Wälder, besonders am Niederrhein, in preussisch Sachsen, Brandenburg, Hannover, Braunschweig wurde das Getreide zu Branntwein verarbeitet. Diese Produktion stieg nicht, wie eingangs der Bayentischen Revolution irrtümlich behauptet wird, dank der kapitalistischen Großproduktion alkoholischer Getränke, sondern sie war die Folge jener Vermüllung, die in Deutschland durch die Kriege herbeigeführt wurde. Die Rot und das Glend haben von der ersten Stunde an die Branntweinproduktion geleitet, und Rot und Glend haben sich an ihre Herzen geheftet bis auf den heutigen Tag. Nicht die Produktion hat künstlich ein Bedürfnis nach Alkohol hervorgerufen, sondern umgekehrt die wirtschaftlichen Verhältnisse haben das Bedürfnis erzeugt, und dem genügt dann die gesteigerte Produktion. Allerdings wurde dann, weil der Bedarf stieg, das Klein- und zwar ursprünglich ein häßliches Gewerbe in einzelnen besonders getreiderreichen Gegenden. Aber diese konnten sich ihres Vorprungs nicht lange erfreuen, denn bald nach der zwangsweisen Einführung der Kartoffel als Nahrungsmittel lernte man auch aus Kartoffeln ein gärendes Getränk hervorzubringen, und man destillierte es, da es sonst überhaupt nicht zu trinken war, und stellte so jenen Kartoffelbranntwein her, der bis auf den heutigen Tag seine unheilvolle Rolle spielt. Auch das Bedürfnis nach diesem Kartoffelbranntwein ist hervorgerufen worden durch die gesteigerte Verelendung der Bevölkerung. Es ist kein Zufall, daß nach den napoleonischen Kriegen die Branntweinpest, speziell die Kartoffelbranntweinpest, in Deutschland um sich griff, und daß damals die ersten großen Kartoffel-

branntweinen überhaupt entstanden. Speziell war es Deutschland, das den traurigen Namen genoß, die ganze Welt mit seinem Kartoffelbranntwein vergifteten und in Deutschland wieder besonders Preußen, das die führende Rolle auch auf diesem kulturwidrigen Gebiet hatte. Dazu kam, daß in Preußen die Junker die Möglichkeit hatten, mit Hilfe der reaktionären Gesetzgebung aus den Kermis, den armen Bauern, das Kapital herauszuschinden, das sie für die Anlage ihrer Brennereien brauchten. Friedrich Engels hat im Jahre 1873 im „Volksstaat“ in einem Artikel: „Preussischer Schnaps im deutschen Reichstag“ zum erstenmal diese Zusammenhänge zwischen Schnaps und Politik klar gelegt. Von dem Weibe, mit dem es den Bauern von einer gütigen Regierung gütig gestattet wurde, das ihnen früher widerrechtlich Getränke zurückzufahren, wurden in Ostpreußen 1816 die ersten Kartoffelbrennereien von den Junkern errichtet. Nur dadurch konnten sich die Junker vom wirtschaftlichen Zusammenbruch noch retten. Es ist kein Zufall, daß bis heutigen Tages das konservative Regiment in Deutschland auf der Schnapsfrage beruht. (Sehr richtig.) Nachdem der deutsche Schnaps vom Weltmarkt aus verschiedenen Gründen zurückgedrängt war, haben die Junker dann zum Erfolg dafür, daß sie nun weniger produzieren konnten, sich jene Liebesgaben-Gesetzgebung geschaffen, die ihnen aus den Taschen der Gläubigen und Kermis jährlich 46 Millionen Mark zuschanzte. Ich will hier einschalten: Man spricht immer davon, daß der Branntwein durch die Aufschüttung besonders vergiftend auf die Bevölkerung einwirkt. Da muß ich ihm ein besseres Zeugnis ausstellen. Der schädliche Jufel ist tatsächlich nur dort vorhanden, wo das gegorene Getränk dem Destillat unterworfen wird, daß das Destillat nur 40 bis 50 Prozent Alkohol enthält, d. h. in jener Zeit des Kleinbetriebes, als die großartigen Destillationsapparate noch nicht existierten. Je mehr aber die Großproduktion bei der Branntweinherstellung aus Kartoffeln zugenommen hat, umso mehr ist der Jufelgehalt zurückgegangen. Man hat auch hier die soziale Disposition mit den physiologischen Eigenschaften verwechselt. Man beachtete nämlich, daß der Branntwein aus Wein scheinbar weniger schädigende Wirkung hervorrief, wie der Branntwein aus Kartoffelschnaps. Man vergaß aber dabei, daß die Bevölkerungsschichten, in denen der Branntwein als Wein getrunken wird, weit wohlhabender, also widerstandsfähiger sind. Auch der jufelfreie Alkohol ist genau so ein Feind des Menschen, ja sogar umgekehrt: gerade der gute Schnaps, der Kornbranntwein, enthält weit mehr Jufel, als der schlechte Kartoffelschnaps.

Was ist nun die Mäßigkeitsgrenze, von der ich vorher sprach? Sie bedeutet uns praktische Überlegen, daß ein normaler, erwachsener Mensch ruhig täglich 1/2 bis 1 Liter Lagerbier, oder 1/2 bis 1 Liter Wein, oder 50 bis 80 Kubikzentimeter Branntwein, oder 30 bis 50 Kubikzentimeter Cognac trinken darf, ohne seinen Körper zu schädigen, vorausgesetzt, daß er ein vollständig normaler, widerstandsfähiger Mensch ist (Hört! Hört!) und das ist das Wesentliche. Es gibt Menschen, die sich das zumuten dürfen, während andererseits gerade jene Schichten, die diese Aufschüttung gebrauchen, um sich aufzutreiben, nicht normal sind, sie sind unterernährt, übermüdet, zermalm und widerstandsfähig. Die Frage, ob Mäßigkeit oder Abstinenz ist also individuell zu entscheiden unter Berücksichtigung des sozialen Willens, d. h. der einzelnen muß seine Person prüfen, ob er bis zu dieser Grenze gehen kann, er muß ferner seine soziale Lage beurteilen können, ob er nicht durch die äußeren auf ihn einwirkenden Schädigungen zu jenen gehört, die widerstandsfähig sind. Ernährung, Alter, Geschlecht sind von entscheidendem Einfluß. Es gibt große Massen, die infolge ihrer Lage unbedingt nötig hätten, den Alkohol völlig zu vermeiden. (Sehr richtig.) Und leider ist es so, daß gerade die Schichten, die durch äußere Verhältnisse zu Alkohol getrieben werden, ihn eigentlich vermeiden müßten, weil er auf sie verberblich einwirkt. (Sehr wahr.) Eines der grausamsten Verbrechen, das Eltern an ihren Kindern begehen können, ist es, wenn sie ihnen den Alkohol in irgend einer Form geben. (Lebhafte Zustimmung.) Aber werden wir keinen Stein aus jenen Eltern, spielen wir uns nicht als Pflanzler auf! Wie kommt es denn, daß so große Massen von Kindern anwachsen mit dem Luftbeutel im Munde, der vorher in Schnaps getaucht ist? Da finden wir denn, daß das bei jenen armen Müttern der Fall ist, die auf Arbeit gehen oder zu Hause arbeiten müssen, sich um ihre Kinder nicht kümmern können und sie infolge dessen zu beruhigen suchen. Dazu kommen die Eltern, die wenn sie einmal des Abends ausgehen, ihre Kinder mitnehmen müssen, und können sich keine Bäume halten, das Kind bekommt auch Durst und da die Eltern kein Geld haben ihm etwas anderes zu kaufen, und da sie die große Gefahr des Alkohols nicht kennen, geben sie ihnen Bier zu trinken. Was für die Kinder gilt, gilt auch für die Jugendlichen.

Sie werden nun fragen, ob es angesichts der geschilderten Gefahren nicht richtiger wäre, wenn wir uns für die Abstinenz erklärten. Wenn ich und die, die mit mir derselben Meinung sind, sich der Abstinenzbewegung nicht anschließen, so geschieht das aus den Gründen, die ich schon in Mainz dargelegt habe, weil wir wissen, daß die Bedingungen, die heute den Alkohol in gewissem Sinne der Bevölkerung aufzwingen, nur durch die politische Betätigung gerade unserer Partei bekämpft und ausgerottet werden und daß unsere ganze Tätigkeit den größten und wirksamsten Kampf gegen die Gefahren des Alkohols bildet, nicht nur des Alkoholmißbrauchs! Unsere Tätigkeit ist weit wirksamer, als alle jene wohlmeinenden Predigten, die so oft an das Pflanzertum erinnern. Der Satz, daß wir Menschen nicht mäßig sein können, ist absolut nicht wahr. Gewiß, es gibt viele Menschen, die sich nur mit Hilfe der absoluten Abstinenz helfen können, weil sie nicht mäßig sein können, die sich dann auf irgend eine andere Weise schadlos halten, indem sie z. B. den ganzen Tag die Zigarre nicht aus dem Munde lassen. Aber selbstverständlich gibt es auch — und die große Masse der Abstinenzler gehört dazu — überzeugte Menschen, die es für nützlich halten, Maß zu halten und die die Pflicht in sich fühlen, durch ihr Beispiel anderen zu beweisen, daß man auch ohne Alkohol existieren kann. (Sehr richtig.) Aber gerade darin täuschen sie sich über die Möglichkeit zu wirken, weil sie vergessen, daß es etwas gibt, gewaltiger als das eindrucksvolle Vorbild, und das sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, die zur Trunkenheit verleiten. Man sagt uns scheinbar geistreich: aber wie kommt Ihr denn dazu, daß das Trinken eine Folge der sozialen Verhältnisse sei, während Ihr doch seit, daß der Kreis der besitzenden Klasse nicht minder, ja noch mehr trinkt, als die arbeitende und nothleidende Klasse! Man vergißt eben, daß die sozialen Verhältnisse nicht nur eine körperliche Not hervorgerufen haben, sondern auch eine geistige Not, und daß auch jene, die heute im Besitz der wirtschaftlichen Macht sind, an dem Widerspruch leiden, den die kapitalistische Wirtschaftsordnung in sich trägt. Die geistige Debe hat auch die herrschenden Klassen erfährt, sie fühlen das Bedürfnis, sich darüber hinwegzusetzen und suchen im Rauch Vergessenheit, genau so wie der arme Proletarier, der sich betrinkt, bis er im Rausch liegt, weil er keine andere Erholung kennt, als die, im Rausch zu vergehen. Jene vornehmen Herren, die sich bei den edelsten Getränken ihren Kopf verwickeln, sie sind um nichts besser, aber auch genau so entscheidbar, wie jene Kreise, die aus materieller Not dem Alkohol verfallen.

Wir als politische Partei haben das Volk nicht bei seinem Wüthgange aufzusuchen, sondern bei seiner Arbeit, wir haben zu fragen, welche Momente die Ursache dafür sind, daß jene geistige und körperliche Not in solchen immer steigendem Maße vorhanden ist. Da müssen wir uns heute genau so wie immer zu den Anschauungen bekennen, die unser Friedrich Engels bereits 1845 dargelegt hat, jene Anschauungen, die selbst bis in unsere Reihen hinein von Leuten, die sich hyperkritisch veranlaßt fühlen, bezweifelt werden. In seiner Schrift über die Lage der arbeitenden Klassen sagt Engels: „Alle Leiden, alle möglichen Verunsicherungen vereinigen sich, um die Arbeiter zur Trunkenheit zu bringen. Der Branntwein ist ihnen fast die einzige Freudenquelle und alles vereinigt sich, um sie ihnen recht nahe zu legen. Der Arbeiter kommt müde und erschöpft von seiner Arbeit heim; er findet eine Wohnung ohne alle Wohnlichkeit, feucht, unfreundlich und schmutzig; er bedarf dringend einer Aufheuerung, er muß etwas haben, das

ihm die Arbeit der Nähe weht, die Aussicht auf den nächsten sauren Tag erträglich macht. . . sein geschwächter Körper, geschwächt durch schlechte Luft, durch schlechte Nahrung, verlangt mit Gewalt nach einem Stimulus von außen her, sein gefälliges Bedürfnis kann nur in einem Weithause befriedigt werden, er hat durchaus keinen anderen Ort, wo er seine Freunde treffen könnte — und bei alledem sollten wir Arbeiter nicht die stärkste Verurteilung zur Trunkenheit haben, sollte er in Stande sein, den Lockungen des Trunkes zu widerstehen? . . . Im Gegenteil, es ist die moralische und physische Notwendigkeit vorhanden, daß unter diesen Umständen eine sehr große Menge der Arbeiter dem Trunk verfallen muß. . . Die Trunkenheit hat nicht aufgehört ein Laster zu sein, für das man die Lasterhaften verantwortlich machen kann, sie wird ein Phänomen, die notwendige, unvermeidliche Folge gewisser Bedingungen auf ein wenigstens diesen Bedingungen gegenüber willenloses Objekt. Diejenigen, die den Arbeiter zum bloßen Objekt gemacht haben, mögen die Verantwortlichkeit tragen.“ Das sind die Anschauungen von Engels, aber er hat nicht etwa — ich brauche das wohl nicht erst zu sagen — die Hände müßig in den Schoß gelegt, nein, ihm verdanken wir es ja, daß wir so kräftig gearbeitet haben und arbeiten können und deshalb sagt er: „Aber mit derselben Notwendigkeit, mit der eine große Menge der Arbeiter dem Trunk verfallen, mit derselben Notwendigkeit äußert der Trunk seine zerstörenden Wirkungen auf Geist und Körper seiner Opfer“. Für uns als sozialdemokratische Partei ist es das Wichtigste, die Ursachen zu untersuchen, die besonders die Arbeitermassen zum Alkoholgenuß bestimmen. Wir bekämpfen nicht nur die Ursachen der Trunkenheit, sondern auch des Trinkens, das ja erst zur Trunkenheit führt. Bewiß, der Trinkzwang mag manchen schließlich zum Trinken verleiten, aber die Hauptfrage ist doch der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und dieser Gewohnheit. Der große Nervenarzt Professor Kraepelin sagt in seiner sonst trefflichen Schrift über Alkohol und Jugend: „Da trinkt der Schmeißer wegen der Hitze, der Arbeiter wegen der Kälte, der Bauer wegen des Aufenhalts im Freien, der Müller wegen des Staubes, der Schiffer wegen des Meeres, dieser wegen seiner bösen Frau und jener wegen des Mißganges seines Geschäftes. Schon die Mannigfaltigkeit dieser Gründe zeigt deutlich genug, daß kein einziger schädlich ist.“ Ach nein, gelehrter Herr Professor, diese Mannigfaltigkeit der Gründe zeigt, wie mannigfaltig das Leben ist und wie mannigfaltig die Ursachen sind, die zum Alkoholismus treiben.

Die Ursache des Alkoholgenußes bei der Arbeit entspringt zunächst der geistigen Uebermüdung durch zu lange Arbeitszeit. Darüber sind wir uns alle einig, auch die Kreise im bürgerlichen Lager, die sich sonst um soziale Fragen nicht kümmern. Anders steht es mit der Frage: wie wirkt denn überhaupt die heutige Arbeit auf die Arbeiter, gibt es nicht eine geistige Ermüdung, die dadurch hervorgerufen wird, daß der Arbeiter heute, wie Marx sagt, ein Anhängsel der Maschine geworden ist? (Lebhafte Zustimmung.) Gerade diese geistige Ermüdung durch die Debe der heutigen Arbeit ist es, die gleichzeitig in so hohem Maße die Aufmerksamkeit des Arbeiters erfordert, wenn er nicht mit seinen Knochen unter dieäder kommen oder das Produkt verderben und auf die Strafe gesetzt werden will. Gerade jene geistige Ermüdung ist es, die die geistige Abtötung hervorruft, die dazu führt, daß er nach Schluß der Arbeit für nichts Interesse hat. Es ist lächerlich, wenn Stehr meint: „Daß die in Fester Bewegung befindliche Maschine den Arbeiter mehr festsetzt, das heißt ihm fortwährend mehr Weile zu strömen läßt als die frühere Handarbeit, daß somit die Maschinenarbeit weniger langweilig ist.“ (Lachen.) Ich glaube, Sie können schon daraus die geistige Höhe ermessen, auf der sich jener Herr Doktor bewegt. Die geistige Ermüdung bei der Arbeit ist es, also nicht nur die Uebermüdung, die jene Produktionskraft, die zum Alkohol treibt. Dazu kommen die zahlreichen Ursachen, an denen das Unternehmertum und die Regierung die Schuld trägt. (Sehr richtig.) Nehmen wir zunächst mal jene Betriebe, in denen durch den Staub Durst erzeugt wird, wo aber niemand dafür sorgt, daß die Arbeiter Getränke haben, die nicht alkoholisch sind. Für einige Staats- und Kommunalbetriebe hat man ja endlich in den letzten Jahren vorgegeschrieben, daß die Arbeiter alkoholfreie Getränke bekommen. Aber die große Mehrzahl der Unternehmer erklärt noch immer frech: Ihr dürft keinen Alkohol trinken, tut jedoch nichts, um das Durstgefühl des Arbeiters zu stillen oder um dafür zu sorgen, daß der Arbeiter überhaupt nicht erst Durst bekommt. Ich erinnere an die Zementindustrie. Jahrzehntlang haben wir dafür gekämpft, daß die Zementfabriken eine genügende Ventilation bekommen, aber es ist nichts geschehen, bis eines Tages ein kluger und findiger Ingenieur entdeckte, daß man, wenn man den Staub durch geeignete Ventilation abzieht, ein Produkt gewinnt, für das man hohe Preise erzielen kann. Ich habe damals im Reichstage gefragt, warum die Arbeiter nicht noch etwas herauszahlen müssen für den Staub, den sie Jahre lang umsonst geschluckt haben. (Heiterkeit.) Dann haben wir die zahlreichen anderen Arbeiterkategorien, die bei hoher Hitze zu arbeiten gezwungen sind. Gehen Sie nur einmal in die Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg! Da finden Sie eine Kohlenlunge, eine Bleilunge, eine Steidlunge, alles Lungen, die mal einem lebenskräftigen Arbeiter gehört haben, die aber verwüstet und verübelt sind durch den Staub, der in der Arbeit herrscht und den kein Unternehmer zu beseitigen sich ansieht, weil das Geld kostet und weil der Staat nicht mit der genügenden Schärfe vorgeht, wie auf anderem Gebiete. (Sehr richtig.) Also wir verlangen nicht allein, daß in jenen Betrieben alkoholfreie Getränke bereit gestellt werden, sondern wir verlangen vor allem die Beseitigung jener Mißstände, die den Staub hervorufen, und da sage ich denn die Abtinenten an, die immer bloß sagen: „Trinkt nicht alkoholische Getränke, sondern Wasser oder etwas anderes!“ Rein, der Schwerpunkt ist nicht, was sie trinken sollen, sondern, daß sie überhaupt nicht zu trinken brauchen, daß sie nicht erst dazu gezwungen werden! (Sehr richtig.) Wir haben große Gruppen von Arbeitern, wo die Hitze den Durst hervorruft, zum Beispiel die Glasbläser, die täglich mindestens fünf Liter Wasser zu sich nehmen müssen. Das bekommt ihnen aber abel, der Körper transpiriert dadurch noch mehr und sie verfallen dem Alkohol. Auch da heißt es nicht, ihnen andere Getränke zur Verfügung stellen, sondern gute Ventilationseinrichtungen zu schaffen und die Arbeitszeit herabzusetzen! (Sehr richtig.) Dazu kommen die Dünste, die eckhaften Gase, die Uebelkeit und Schmerzen hervorgerufen, wie es bei der Bleivergiftung der Fall ist. Obwohl für einen an Bleisalt Leidenden der Alkohol das allergrößte Gift, greift er doch dazu, um seine furchtbaren Schmerzen zu beseitigen, und dadurch schädigt er sich mehr und mehr. Auch hier heißt es nicht, ein anderes Getränk, sondern fort mit dem Blei! Genau so ist es mit den Quecksilberarbeitern. Ich erinnere an die große Kategorie der Maler und Anstreicher, die heute der Bleivergiftung ausgesetzt sind, obwohl man das Bleiweiß mit Vorsicht verbieten könnte. Statt dessen heuchelt man Arbeiterkatalogvorschriften vor. Die Vergarbeiter, die Maurer und Zimmerer, Bauarbeiter überhaupt, Dachdecker usw. sind schonungslos jeder Art der Bitterung ausgesetzt. Vielfach stehen den Bauarbeitern noch keine Wäbungen zur Verfügung; sie müssen auf der Straße ihr Essen einnehmen, bei Hitze und Kälte auch ihre Pausen im Freien verbringen. Ihre Abtinenten, Ihr Sittlichkeitsprediger, ich sage Euch an, daß Ihr nicht genügend auf diese Zustände hingewiesen habt. Den Zieglerarbeitern steht häufig nicht einmal Trinkenwasser zur Verfügung, sie müssen sich Wasser aus Lehmflaschen holen. Die Folge ist, daß sie trinken, was sie bekommen können, weil niemand sich um sie kümmert, weil der Staat in abfälliger Weise seine Pflicht vernachlässigt. Wie die körperverwüstete Hitze und Kälte wirkt, sehen wir ja am besten hier im Ruhrrevier, wo die Tausende und Abertausende von Arbeitern unter der Erde und in den großen Betrieben der Industrie schaffen müssen unter Bedingungen, die das Glend des Alkoholmißbrauchs mit hervorgerufen, der gerade auch hier zu Hause ist. Auch hier würden Verhältnisse der Arbeitszeit, bessere hygienische Zustände längst mehr erreicht haben als Tausende von Reden gegen den Alkoholismus.

Ich sagte schon, daß der Alkohol um so schlimmer wirkt, je leerer der Magen ist, und daß der Anreiz zum Alkoholgenuß dann

auch um so größer ist. Die Unterernährung aber ist die Folge der niedrigen Löhne und der Verteuerung der Lebensmittel. Bei dieser Verteuerung der Lebensmittel und der Vermehrung des Alkoholkonsums machen die Getreide und Schnaps produzierenden Jantler so ein doppeltes Geschäft. Schon 1890 hat ein Vahndreher auf dem Gebiet der Physiologie, der große Einfluss von Bier, geschrieben: „Der Brauwirtschaftler ist nicht die Ursache, sondern eine Folge der Not. Es ist eine Ausnahme von der Regel, wenn ein gutgenährter Mann zum Brauwirtschaftler wird. Wenn hingegen ein Mensch durch seine Arbeit weniger verdient, als er zur Erwerbung der ihm notwendigen Menge von Speise bedarf, durch welche seine Arbeitskraft wieder hergestellt wird, so zwingt ihn eine starke unerbittliche Notwendigkeit, seine Lust zum Brauwirtschaft zu nehmen.“ — Zu der Verteuerung der Lebensmittel kommt dann noch die unschmackhafte Zubereitung der Speisen, die den Arbeiter zwingt, sie mit einem Schutzhaut herunterzupfücken. Die Ursache dieser unschmackhaften Zubereitung hängt natürlich damit zusammen, daß die Köche der Arbeiter meist von Jugend auf in den Fabriken sind, und daß die Frauen vielfach in großer Hast das Essen bereiten müssen. So lange man in der Schule die Mädchen in der Hauptfache nur lehrt, was im Katochismus steht, aber sie ohne Ahnung davon läßt, was notwendig ist zur irdischen Glückseligkeit, um gesund und kräftig zu werden, wenn man von einer Ernährungslehre in der Schule nichts weiß, sondern nur hier und da einmal Kochschulen errichtet, dann ist es kein Wunder, wenn die Arbeiterfrauen nicht lachen können, wenn sie dem Mann ein Essen vorsetzen müssen, daß er gestöhnt, es herunterzupfücken, weil es ihm nicht schmeckt. So sagt Prof. Dunge: „Die Nahrung der meisten Menschen ist viel zu wenig wohlschmeckend. Aus dieser mangelnden Bekräftigung unseres Verlangens nach einer wohlthuenden Erregung der Sinnen- und Gemüthsorgane — und damit indirekt des gesamten Nervensystems — erklärt es sich, daß wir ein Verlangen haben nach besonderen Genussmitteln. Die Nahrungsmittel sollten zugleich Genussmittel sein. Die Nahrungsaufnahme soll dem Menschen Freude bereiten — jede Mahlzeit ein Fest!“. Ja, wenn das einmal der Fall sein wird, werden wir vielleicht allen Alkohol bannen können, vorher aber wird alles Predigen gegen den Alkoholteufel wenig nützen. — Weiter kommt hinzu, daß das Mittagessen, wie es die Arbeiter genießen, meist nicht lange vorhält. Die Folge ist, daß die Arbeiter viel kalte Zwischenmahlzeiten machen müssen, was schwerer verdaulich ist als auch ein schlechtes warmes Essen und auch wieder den Durst anreizt. Ein weiteres Reizmittel für den Arbeiter, zu trinken, besteht vielfach in dem Zwang, seine Mahlzeit im Wirtshaus einzunehmen. (Sehr richtig!) Dort wird er nicht nur durch den Zeitzwang, sondern auch dadurch zum Trinken veranlaßt, daß die Speisen stark gewürzt und gepfeffert sind, natürlich auch wieder gerade zu dem Zweck, um zum Trinken anzuregen, wozu noch kommt, daß dem schon verdorbenen Magen die Speisen nur in dieser scharf gewürzten Zubereitung schmecken, und endlich, daß die billigen Materialien zum Essen ohne diese Gewürze ganz unschmackhaft wären. (Sehr richtig!) Deswegen fordern wir Erholungsräume für die Arbeiter, wo sie ihre Mahlzeiten einnehmen können. So gut bei Errichtung jeder Fabrik danach gefragt wird, ob nicht die Anwohner durch Ausdünstungen, Gerüche, Abwässer gefährdet werden, so müßte es auch jedem Unternehmer zur Pflicht gemacht werden, Erholungsstätten für die Arbeiter in der Fabrik zu errichten, wo sie auch Nahrung bekommen, die ihren Bedürfnissen entspricht. — Ein weiterer Anreiz zum Trinken liegt vielfach in der Einrichtung der Arbeitsnachweise. Nach Verordnungen von den Jahren 1902 und 1907 sollen diese zwar nicht mit Gastwirtschaften verbunden sein, aber das Gesetz wird vielfach umgangen in der Weise, daß der Arbeiter nur dann Arbeit bekommen kann, wenn er vorher beim Gastwirt einlebt, der ihm dann sagt, wo in der Nähe Arbeit vermittelt wird; in der Seemannsordnung haben wir die Bestimmung, daß die Gewerkschaft keine Gastwirtschaft mehr betreiben sollen. Aber gerade diese Bestimmung wird vielfach umgangen und gilt auch nur in den größeren Orten. In den kleineren Städten haben wir jenseit absonderlichen Zustand, daß, wenn der Matrose ausgeheuert ist, er solange keine Arbeit bekommt, bis er den letzten Pfennig vertrunken hat, erst dann besorgt ihm der Generalkontrahent eine neue Stellung. Das ist ein Mangel der Gesetzgebung, auf den wir schon lange, leider bisher vergeblich hingewiesen haben. Wir haben ferner jene Bestimmungen, die unter dem Namen Trunkstich zusammengefaßt sind. Der § 115 der Gewerbeordnung, daß Gewerbetreibende ihren Arbeitern keine Waren kredittieren dürfen, aber Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten ihnen verkaufen können. Das wird in der einfachsten Weise ausgenutzt, zumal auch der Brauwirtschaftler als Lebensmittel anerkannt ist. Es kommen Fälle vor, wo zwischen Unternehmer und Schankwirt ein gegenseitiges Geschäft gemacht wird. Genosse Sömelburg hat mir einen Fall mitgeteilt, der zu einem Mauerstreik in Freiburg führte. Um einen Bau zu füllen, wurde Schläcke gemacht; da hat der Bauunternehmer mit der Brauerei ein Abkommen auf Lieferung der Schläcke getroffen, wofür sich der Unternehmer verpflichtete, daß von den Arbeitern nur Bier aus dieser Brauerei gekauft werde. Der Keller bekam den Lohn eines gewöhnlichen Maurers, aber Prozente für den Bierverkauf. (Hört! hört!) Die Folge war natürlich, daß diejenigen, die nicht genug tranken, bald vom Bau gejagt wurden. Das liehen sich die Maurer nicht gefallen und haben den Unternehmer gezwungen, den schändlichen Vertrag aufzuheben. Ueberhaupt stehen vielfach Völlerei unter einer Decke. Die Kantinenwirtschaft ist ein großer Krebsbock. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter solche Kantinen in eigene Verwaltung nehmen. Die Bauarbeiter haben schon mit Recht verlangt, daß sie ordentliche Kantinen bekommen, in denen ein Kochherd vorhanden ist, auf dem sie sich ihre Speisen anwärmen und zubereiten können. Wie das Unternehmertum häufig geneigt ist, den Alkoholgenuss der Arbeiter noch zu fördern, weil es dabei die besten Geschäfte zu machen glaubt, beweist der Mißstand des Freibieres in den Brauereien und es ist rühmend hervorzuheben, daß es die Brauereiarbeiter selbst sind, die jetzt mit aller Energie gegen dies Freibier ankämpfen. Dies Freibier hängt auch damit zusammen, daß die Arbeit der Brauereiarbeiter eine furchtbar aufreibende ist, daß sie in Hitze und Kälte arbeiten müssen. Da haben nun die Brauereiarbeiter gesagt: geht uns bessere Arbeitsbedingungen und eine Lohnerhöhung statt des Freibieres. In einzelnen Brauereien ist das auch durchgeführt worden, die Arbeiter bekommen dort Biermarken, die sie verwenden können, soweit sie wollen, und für die nichtverwendeten bekommen sie bar Geld wieder. Ein großer Teil der Brauereien ist aber dagegen, ja die Berufsgenossenschaft der Brauereien ist dem Verlangen des Reichsversicherungsamtes, das Freibier abzuschaffen, entgegengetreten und hat es soweit gebracht, daß das Reichsversicherungsamt nicht mehr mit der früheren Energie für die Abschaffung des Freibieres austritt. Im übrigen ist es nicht richtig, die Zunahme der Tuberkulose unter den Brauereiarbeitern allein dem Alkoholgenuss zuzuschreiben. Es kommt dabei hauptsächlich in Betracht der häufige Temperaturwechsel, dem die Brauer ausgesetzt sind, die Heberanstrengung durch die viel zu lange Arbeitszeit, durch die Heberstunden und die Kachararbeit. Wenn dann ein solcher Arbeiter vergiftet durch Staub, Hitze und Dunst und überanstrengt schließlich nicht mehr weiter kann mit seinem Körper, dann ist er auch nicht fähig, sich irgend wie geistig zu betätigen, eine Zeitung, ein Buch zu lesen, einen Vortrag zu hören usw., sondern er ist nur noch infolge, mit Hilfe des Alkohols in den nächsten Tag hindüberzubuhlen, zumal er keine andere Stätte der Geselligkeit findet, als das Wirtshaus, wo der Alkohol gewerbsmäßig vertrieben wird. Wir fordern daher Erholungsstätten für die Arbeiter, in denen sie im Zwang zum Genuss alkoholischer Getränke herrscht. Es ist übrigens nicht wahr, daß durch unsere Gewerkschaften dem Alkoholismus Vorstoß geleistet wird, wie die gegenwärtige Presse im Falle des Gothaer Gewerkschaftshauses in maßloser Ueberschreitung verleumderisch behauptet hat. Ledner überlegt die bekannte Behauptung des Stöcker-Blattes. Genoss wäre es wünschenswert, wenn in solchen Volls- und Gewerkschaftshäusern überhaupt kein Zeitzwang herrschen würde und es kann und muß eine Form dafür ge-

funden werden, etwa in einer Pflanzgehege durch Erhebung von Entree oder in ähnlicher Weise. Daß die Wirtshäuser in Eimonaden usw., wo der Gast den ganzen Abend bei einem Glase Bier, mehr bezahlen müssen als für das Bier, von dem er weiß, daß drei bis vier Glas getrunken werden, ist selbstverständlich, der Wirt müßte eben in anderer Form entschädigt werden oder wir müssen eigene Wirtshäuser errichten, in denen es keine Gastwirts gibt. Die Trinksitzen spielen unter den Arbeitern nicht die Rolle, wie es von den Abstinenzlern immer hingestellt wird, wenn es auch gewiß unfinnig ist, daß Arbeiter eine Freude daran haben, einen Kameraden vielleicht betrunken gemacht zu haben, denn es gibt eben Naturen, die, wenn sie das erstmal vergiftet sind, von dieser Vergiftung nicht lassen können. Wenn man so gern auf der Seite der Abstinenzler auf die Selbsterziehung hinweist und auf die großen Erfolge, die durch Nüchternheit und Weisheit erzielt worden sind, so sind doch diese großen Erfolge, von denen die Presse der Abstinenzler berichtet, nicht bewiesen. Insbesondere wird immer erzählt, daß ein irischer Bauer durch seine hinreichenden Reden es erreicht habe, daß in Irland der Alkoholgenuss enorm abnahm und daß die Zahl der Verbrechen in drei Jahren von 12000 auf 700 sank. In Wahrheit lag die Sache so, wie Engels nachgewiesen hat, daß damals in Irland eine große Hungersnot infolge von Mähernten vorhanden war, durch die eine große Anzahl von Verbrechen hervorgerufen wurde, die darin bestanden, daß die Hungernden in ihrer Verzweiflung den Lords die Kartoffeln wegnahmen. Als dann die englische Regierung Rettungsarbeiten ausrichtete und die Not allmählich vorüberging, nahmen auch die Verbrechen entsprechend wieder ab. Ich kann nun mit Genugtuung hervorheben, daß auch in den Kreisen der vernünftigen Gewerkschaftsbeamten der Zusammenhang zwischen Alkoholmißbrauch und Wirtschaftslage stark betont wird. Auch auf der 19. Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke 1902 wurde von dem hiesigen Gewerkschaftsbeamten Dr. Fuchs betont: „Unter den wirtschaftlichen Schäden der Zeit wägt der Alkoholgenuss. Schlechte Wohnungsverhältnisse, geringe Löhne, gefährliche Arbeitsverhältnisse, sie alle treiben den Arbeiter in die Destillationen; auch der relative Mangel an Bildungsstätten treibt ihn dahin. Wenn man in manchen Kreisen die Arbeiterorganisationen mißtrauisch behandelt und sogar zu unterdrücken sucht, so treibt man die Arbeiter in solche Verne, in denen der Alkoholgenuss jede geistige Bewegung unterdrückt.“

Das sind tapfere Worte, die weit wertvoller sind als das Gerede von dem bösen Willen der Arbeiter, die durchaus nicht zu belächeln wären. Um so bedauerlicher ist es, wenn auch hervorragende Vertreter der Arbeiter sich dazu hergeben, in den Auf einzuwilligen, der von den bürgerlichen Arbeiterfeinden erhoben wird: „Wenn man den Arbeitern längere Arbeitszeit und mehr Lohn gibt, verkaufen sie das Geld doch nur in der freien Zeit.“ Ich erhebe die Anklage gegen einen Minister, der aus Arbeiterkreisen hervorgegangen ist, gegen John Burns, der ja gegenwärtig in Essen sein soll. In seiner Schrift „Arbeiter und Trunk“ sagt er auf S. 42: „Es ist eine Tatsache, daß mit der Arbeitszunahme — er hatte vorher von der Arbeitslosigkeit gesprochen — und dem Steigen der Löhne auch der Trunk gleichen Schritt hält.“ (Hört! hört!) Wenn das richtig wäre, müßte ja der Alkoholismus heute noch weit stärker sein. Rein, die Dinge liegen ganz anders. Wenn die Löhne steigen, würden zunächst halt des gefährlichen Brauwirtschafts die wenig gefährlichen Getränke Bier und Wein getrunken, und weiter ist selbstverständlich, daß, wenn all die Umstände, die ich vorher geschildert habe, Hitze, Kälte, Heberanstrengung usw. bestehen bleiben, auch bei erhöhten Löhnen das Bedürfnis zum Trinken bestehen bleibt. Es ist ferner eine Tatsache, die die Erhebungen bei den Gewerkschaften beweisen haben, die Frankfurter „Vollstimme“ hat 3. B. in dankenswerter Weise eine solche Erhebung veröffentlicht — daß bei allen Gewerkschaften, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen durchgeführt haben, auch der Alkoholverbrauch zurückgegangen ist, daß die Arbeiter edlere Genüsse als das Sihen in den Anzeigen kennen gelernt haben. Um so unbegründeter ist der Ausspruch John Burns, eines Mannes, der selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen ist. So steht es auch mit dem Zusammenhang zwischen Anfallsen und Alkoholgenuss. Von Seiten der Unternehmer, des Reichsversicherungsamtes und leider auch von sozialdemokratischen Abstinenzlern wird mit Wollust darauf herumgeritten, daß die Zahl der Anfälle am Montag die größte sei infolge des Alkoholmißbrauchs am Sonntag. Tatsächlich zeigt aber die Statistik, daß die größte Zahl der Anfälle am Sonnabend eintritt, wenn die Arbeiter besonders ermüdet sind. Um ein Urteil darüber abzugeben, muß man die Ursachen der Anfälle untersuchen. Unsere Untersuchungen in dieser Richtung zeigen, daß die erwähnten Behauptungen übertrieben sind. Selbstverständlich erhöht der Alkoholgenuss die Unfallgefahr, selbstverständlich ist es ein Unnütz für den Arbeiter, wenn er bei der Arbeit Alkohol trinkt. Aber man darf nicht behaupten, daß alle die Anfälle vom Alkoholgenuss herkommen. (Jurist: Wer behauptet das?) Das wird behauptet. (Widerpruch.) In einer Statistik der Arbeitgeber, die auch von sozialdemokratischen Abstinenzlern benutzt wird, heißt es, daß die Zahl der Anfälle bei den Bauarbeitern in den Bezirken weit größer ist, in denen viel getrunken wird, als in den Bezirken, in denen weniger getrunken wird. Die letzte Heberfahrt der Bauernsoggenossenschaften aus dem Jahre 1904 zeigt folgendes: Auf 10000 Bauarbeiter kommen 88 Anfälle im Bezirk Hannover, 93 in dem Bezirk Hamburg, dagegen in Bayern 119, 122 in Schlesien und Polen, in Württemberg sogar 140. Dagegen wird in der Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurerergewerbe, herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands 1905“ gesagt, daß die niedrigste Unfallziffer da sich zeigt, wo der Neunstundentag am weitesten verbreitet ist, während die größte Unfallziffer da besteht, wo der Elfstundentag existiert, das sind die Bezirke im Osten, wo die Arbeiter sich infolge der mangelnden Organisation keine besseren Arbeitsbedingungen erringen können. Wir haben den Arbeitern nicht zu predigen: „Ihr habt zuviel getrunken!“ sondern wir müssen die Ursachen erkennen, aus denen die Anfälle entstehen. In Hannover, wo die geringste Unfallziffer ist, haben 19 Proz. der Arbeiter den Neunstundentag, nur 2 1/2 Proz. arbeiten über 10 Stunden; in Hamburg haben fast 40 Proz. den Neunstundentag, nur 1 1/2 Proz. arbeiten über 10 Stunden, Bayern hat gar keine neunstündige Arbeitszeit, fast durchweg zehnstündige, ebenso ist in Schlesien und Polen nirgends der Neunstundentag, 71 1/2 Proz. arbeiten mehr als 10 Stunden, davon ist die Hälfte 11 Stunden. In Baden, dem Elsaß und der Pfalz ist nirgends der Neunstundentag; nur Knapp 2 Proz. haben 10 1/2 und 27 Proz. 11 Stunden Arbeitszeit. In Württemberg besteht kein Neunstundentag, 15 Proz. arbeiten mehr als 10 Stunden. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Gewerkschaften sich um diese Statistik kümmern. Man plant, eine Versicherungsurkunde in das Unfallversicherungsgesetz hineinzubringen, um dem Arbeiter sagen zu können: „Du hast Schuld, weil Du getrunken hast.“ Die Gewerkschaften tun gut, der Statistik der Anfälle die Statistik der Arbeitsbedingungen gegenüberzustellen. Wir sind damit einverstanden, daß der Genuss von Brauwirtschaft bei der Arbeit vollständig verboten und der Genuss alkoholischer Getränke möglichst eingeschränkt wird, aber unter der Bedingung, daß das Unternehmertum verpflichtet ist, den Arbeitern dafür andere entsprechende Getränke zu geben. Es ist nicht wahr, daß man mit dem Trinkwasser auskommt, das bedrückend nicht die Durstempfindung. In einigen Staats- und Kommunalbetrieben ist bereits dafür gesorgt, daß die Arbeiter die Möglichkeit haben, Kaffee, Milch, Tee, Selterswasser und Eimonaden zu billigen Preisen zu erhalten, und da nimmt der Bier- und Brauwirtschaftsumsatz erheblich ab. Der Alkohol soll keine Weisheit sein, sondern er darf für den normal ernährten Menschen nur ein Genussmittel sein. Mit der Statistik, die alles Unheil dem Alkohol in die Schuhe schieben will, wird viel Unfug getrieben, und wenn man uns erzählt, daß die Stillschließigkeit der Mütter abnimmt infolge des Alkoholgenusses der Mütter, so müssen wir darauf hinweisen, daß dieses zusammenhängt mit der viel zu geringen Unterstützung der arbeitenden Frauen nach der Ent-

bindung. Wir werden eine große Masse von Müttern und Kindern retten können, wenn wir durchsetzen können, daß die Anstaltsunterstützung nicht nur nach der Entbindung gewährt wird, sondern schon während der Schwangerschaft, um der Mutter die Möglichkeit zu geben, sich genügend zu ernähren, damit sie ihr Kind genügend ernähren kann.

Die Bestrebungen der besitzenden Klassen und der Unternehmer zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs müssen wir mit sehr gemäßigten Gefühlen betrachten. Unter den Alkoholgegnern stehen hochachtbare Männer mit humaner Gesinnung, die aber nicht übersehen, welche unbezwingbaren Kräfte des Wirtschaftslebens zum Alkoholgenuss treiben. Aber im großen und ganzen muß man sagen: daß das Unternehmertum bei der Bekämpfung des Alkoholgenusses nur den Gedanken hat, den Arbeiter als Ausbeutungsbjekt ausbeutungsfähig zu erhalten. Wir haben dafür einen Beweis hier in der so gerühmten Werkstatt von Krupp. So lange der Unternehmer glaubte, daß der Alkoholgenuss dem Arbeiter ermüde, immer größere und schwerere Lasten zu tragen, so lange hat man ihm Brauwirtschaft geschenkt. Ich zitiere aus dem Buche des Dr. Stehr, wo auf Seite 80 darauf hingewiesen ist, daß in der Gußstahlfabrik Essen den Arbeitern Schnaps umsonst verabreicht wurde, in der Meinung, sie kräftiger bei ihrer schweren Arbeit zu erhalten. Als man aber sah, daß das nicht der Fall ist, hat man ihnen den Alkohol entzogen. Eine Art, den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen, wird von Stehr angeführt, und das, was er da sagt, wird von einigen unserer Leute, indem man ihm ein sozialdemokratisches Räntelchen umhängt, nachgeredet. Stehr weist darauf hin, daß von Deutschland jährlich 3 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben werden und daß, wenn das nicht gelassen würde, reichlich die Mittel vorhanden sein würden, um die gesamten Militärlasten zu decken, die Flotte auszubauen und neue Siedlungscolonien zu gründen. Aus demselben Gedanken heraus hat neulich ein Genosse debütiert: Wenn jeder Genosse ein Glas Bier weniger trinke, so könnte man für das Geld die schönsten Gewerkschaftshäuser bauen. Ja, wenn! „Der Mann, der das Wenn und das Aber erachtet, hat“ sicher aus Höderling Gold schon gemacht.“ Wenn man mit der Sparttheorie etwas anfangen könnte, die Schulz-Delitsch für richtig gehalten hat, so wären wir nicht dessen lachende Erben geworden. (Sehr richtig!)

Die Enthaltensamkeit und Nüchternheitsvereine haben bisher keinen namhaften Erfolg haben können. Es ist zu begrüßen, daß unsere sozialdemokratischen Abstinenzvereine sich von der Gemeinschaft mit den bürgerlichen Vereinen losgemacht haben. Wir haben erfahren, daß Leute, die bürgerlichen Abstinenzvereinen angehörten, als eifrige Gegner der Sozialdemokraten austraten. In diesen Kreisen verhält man sich feindselig gegen die Antialkoholvereine der Arbeiter. Ich wage es fest, daß das Nüchternheits-Essen- und Stahlwerk an der Saar beschloß, hat, den Arbeitern den Genuss von Alkohol in den Werkstätten zu unterjagen. Es werden den abstinenzlichen Arbeitern Vergünstigungen gewährt, die aber nur denjenigen gewährt werden, die gut und fromm für die Aufrechterhaltung der herrschenden Wirtschaftspolitik eintreten. (Hört! hört!) Unsere Regierung hat sich nicht gescheut, unseren Genossen Dr. Frölich aus Wien, der Vorträge gegen den Alkoholgenuss halten wollte, aus Kiel auszuweisen. In der Charlottenburger Wohlfahrtsausstellung, die von der Regierung inszeniert ist, in der auch die schädlichen Wirkungen des Alkoholgenusses dargestellt sind, hat man unsere Flugblätter gegen den Alkoholmißbrauch zurückgewiesen. (Hört! hört!) In anderen Staaten steht ja unsere Partei in etwas engerem Zusammenhang mit der bürgerlichen Abstinenzbewegung. Hier müssen wir aber eine strenge Scheidung vornehmen. Die Arbeiter müssen auch in der Abstinenzbewegung das Massenbewußtsein hervorheben.

Ich will auf den Zusammenhang zwischen der Bekämpfung des Alkoholismus und der Gesetzgebung mit einigen Worten eingehen. Hier sind wir als politische Partei in erster Linie dazu berufen, Farbe zu bekennen. Wir müssen zunächst gegen die alberne Vorstellung Stellung nehmen, daß unsozialer Alkohol getrunken wird, je höher die Steuer auf Brauwirtschaft und alkoholische Getränke ist. Das ist umso notwendiger, als die Regierung gerade jetzt die Erhöhung dieser Steuer plant. Es ist ein Trugschluss, wenn man darauf hinweist, daß der Alkoholverbrauch nach einer Steuererhöhung zurückgeht. Je teurer der Alkohol wird, desto mehr sind die Arbeiterzuchten, die zu seinem Genuss gedrängt werden, gezwungen, an ihrer Nahrung zu sparen. Umso fürchterlicher die Wirkungen. Denn die Ursachen bleiben ja bestehen, die diese Schichten zum Alkoholgenuss treiben. Jede Verteuerung des Brauwirtschafts ist also eine Schädlung der Reichen und Armen, und es ist eine Schmach und eine Schande, wenn aus den Reichen und Glenden die Millionen herausgeholt werden, um den Militarismus und das Junkertum zu füttern.

Wir müssen es weiter als einen Fortschritt der Lebenshaltung betrachten, wenn die Arbeiterklasse vom Schnaps zum Bier übergeht. Je höher also die Biersteuer ist, je schlechter und teurer das Bier wird, umso mehr Schnaps wird getrunken. Die Aufhebung der Steuer auf Bier und Wein ist also geeignet, den Alkoholismus zu bekämpfen. Besonders müßten die obergärigen Biere ganz steuerfrei bleiben, die den Durst stillen. Auch der Einwand, der eben wiederkehrt, ist längst widerlegt, daß die Brauwirtschaftsteuer und die Liebesgabe notwendig sei, damit die Landwirte Brauwirtschaft betreiben können, dessen Schlempe an die Räder und Schenken verfließt wird, die wieder den Mist liefern, ohne den die Landwirtschaft nicht existieren kann. Es ist viel rationeller für die Landwirtschaft, wenn sie Kartoffelstrohmäschinaschinen anwendet, um das nötige Futter für den Viehbestand zu erhalten. Es gibt also keinen einzigen wirklichen wirtschaftlichen Grund, um die Brauwirtschaftsteuer aufrecht zu erhalten.

Wir können uns auch nicht dem System anschließen, das in Rußland herrscht, wo der Schnaps von Privaten gebrannt und vom Staate verkauft wird, auch das Staatsmonopol für die Produktion, das die Schweiz besitzt, hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt, obwohl es die Bestimmung enthält, daß ein Fünftel der Erträge zur Bekämpfung des Mißbrauchs des Alkohols verwendet werden sollte. Das System ist falsch, daß erst von den Armen und Glenden eine Steuer erhoben wird und dann eine Kleinigkeit des Ertrages zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet wird. Die Kosten dieser Bekämpfung sollten allein die besitzenden Klassen tragen, deren Schuld es ist, wenn solches Elend mit dem Alkoholgenuss über das Volk gekommen ist. Eine Erhöhung der direkten Steuern wäre also am Platze. Auch der amerikanische Vorschlag kann nicht unsere Zustimmung finden, der den Verkauf verbietet. Dadurch wird nur der Schmuggel und der heimliche Schnapsgenuss gefördert. Der englische Sonntag zeigt, zu welchen Folgen das führt: man betrinkt sich zu Hause, man trinkt dort noch mehr als vorher im Wirtshaus.

Falsch ist auch der Gedanke, daß die Trinkstätten vor 8 Uhr nicht öffnen dürfen. Der Arbeiter sieht sich dann die Flasche eben schon am Abend vorher in die Tasche. Mit solchen kleinlichen Polizeimaßregeln und Schikanen ist überhaupt nichts zu machen. Sie treffen nur die Gastwirte und das ist ja der Zweck der Regelung. Sie sollen nur abhängiger von den Behörden, noch mehr unter Kontrolle gestellt werden. (Lebhaftige Zustimmung.)

Auch gegen den Vorschlag der Ortswahl, den die Labor Party vertritt, müssen wir uns wenden. Nebenbei bemerkt, das Abstinenzblatt überlegt labor party mit englischer Arbeiterpartei. Das kann zu Mißverständnissen führen. Die labor party ist derjenige Teil der englischen Arbeiterbewegung, der uns am nächsten steht. Die Labor Party begeistert sich für den Gedanken, daß die Gemeinden zu bestimmen haben sollen, ob der Verkauf berausender Getränke in Schankstätten gestattet sein soll oder nicht. Das würde zu nichts anderem führen, als zu einer Streit innerhalb der Gemeinden, der die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, von dem Feind gegen die feindlichen Mächte, ablenken würde. Die Einschränkung der Schankstätten würde eben auch nur den heimlichen Alkoholgenuss vermehren. Genau so unheilvoll wäre auch die Einschränkung des Flaschenbierhandels sein. Es handelt

sich nicht darum, die Möglichkeit zum Kauf von Alkohol zu beschränken, sondern in erster Linie darum, die Arbeitsbedingungen zu ändern, die das Bedürfnis nach Alkohol hervorgerufen. Wenn der Kampf sich nur gegen die Symptome richtet, dann kommen wir dazu, daß wir, wie ich in Mainz sagte — Kurpfuscherei treiben. (Sehr richtig!)

Ohne Einfluß bleibt auch die Reform, die Schweden und Norwegen getroffen haben, wonach nur gemeinnützige Vereine allein das Recht haben, alkoholische Getränke zu verkaufen. Es ist erwiesen, daß nichts dabei herauskommt, weder im Sinne der Abstinenz, noch in dem der Mäßigkeitsbewegung.

Unsere Genossen in Finnland wollen ein Gesetz erlassen, das jede Produktion und jeden Verkauf alkoholischer Getränke glatt verbietet. Will man den Alkohol als solchen, losgelöst von den sozialen Bedingungen, bekämpfen, dann ist dieser radikale Vorschlag der allein wirksame. Ich kann nur wünschen, daß unsere finnländischen Freunde nicht die Erfahrung machen, daß das Schmeuggeln doch wieder den Alkohol herbeiführt. (Sehr richtig!)

Ein weißer Rabe unter unseren Junkern ist Herr v. Douglas, der im Herrenhause einen Antrag auf Bekämpfung des Alkoholismus eingebracht hat, der einige ganz brauchbare Gedanken enthält. Er hat aber nicht auf Annahme zu rechnen. Es wäre zu viel verlangt von den Junkern, daß sie die Bedingungen ihrer Existenz selbst vernichten sollten.

Was wir verlangen im Kampfe gegen den Alkohol ist, daß wir unsere ganze politische und gewerkschaftliche Kraft einsetzen, um die Ursachen zu beseitigen, die den Alkoholismus hervorgerufen. Bieten wir unseren Einfluß in den Gemeindeverwaltungen auf, daß sie mangelhafte Einrichtungen schaffen, daß für die Arbeiter zoonidale Aufenthaltsorte ohne Trinkzwang geschaffen, daß Erfrischungsmöglichkeiten geboten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Schule aufläuternd wirkt, daß die Kinder belehrt werden, aber ebenso auch die Eltern. Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß unsere sozialistische Jugendorganisation in einer Resolution entschieden gegen den Alkohol Stellung genommen hat. Die jugendlichen Arbeiter müssen die Widerstandskraft haben, sich jeden Alkoholgenusses zu enthalten. Ich freue mich, daß die Gewerkschaften mit solcher Energie den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen haben, daß sie für die Aufklärung und Belehrung ihrer Mitglieder sorgen und dem Mißbrauch des Alkohols Einhalt gebieten. Gerade die Maurer und Zimmerer waren die ersten, die bei ihren Zusammenkünften den Genuß alkoholischer Getränke verboten haben. Eine Zieglerkonferenz forderte das Verbot des Branntweinschenkens und das Verbot des Betriebes aller alkoholischen Getränke. Die Umfrage der „Frankfurter Volksstimme“ hat ergeben, daß von den befragten Zentralvorständen 44 die Frage mit „Ja“ beantworteten, ob im allgemeinen ein Rückgang des Alkoholkonsums zu verzeichnen sei. Nur 6 haben die Frage mit „nein“ beantwortet. Auch die Steinarbeiter konstatierten einen erfreulichen Rückgang, und ihr Redakteur Staudinger hängt dem Fragebogen noch folgende Bemerkung an: „Die Steinbrüche befinden sich meist auf dem Lande und in Gebirgsgegenden; der Saufteufel ist da mehr eine Frage des Arbeiterschutzes und der Wohnungsverhältnisse. Eine Frage des Arbeiterschutzes insoweit, weil die Steinarbeiter im freien Schaffen müssen und Arbeitsstunden meist nicht vorhanden sind. Wir können konstataren (und auch die Unternehmer bestätigen das), daß dort, wo wir mit dem Verbot des Alkohols festhalten konnten, die elende Sauferei zum größten Teile beseitigt wurde. Der Steinarbeiterberuf ist körperlich sehr anstrengend, was liegt mehr nahe, als bei schlechter Witterung zu Stimulierungsmitteln zu greifen, um dann, auch bei besserer Witterung, den Alkohol nicht missen zu können. Ohne Ueberhebung können wir auch sagen, daß mit der Ausbreitung unseres Verbandes das sogenannte blaue Montagsfeiern, welches bei den Steinmännern in besonderer Blüte stand, mit kleinen Ausnahmen natürlich, förmlich ausgerottet ist. ... Mit Erringung des Achtstundentages ging auf allen Werkplätzen der Bierkonsum erheblich zurück. Dafür stieg das Bedürfnis für geistige Kost.“

In ähnlicher Weise äußern sich andere Gewerkschaften. Sie sehen daran, daß auf dem Gebiete, auf dem wirksam vorgegangen werden kann, auf dem des gewerkschaftlichen Kampfes, vieles Gute in Deutschland getan ist, und wir sind überzeugt, daß unsere Gewerkschaften in noch höherem Maße als bisher diesen einzig richtigen Kampf, den der Besserung der Arbeitsbedingungen neben der Aufklärung der Massen, führen werden. (Beifall.)

Zum Schluß noch ein Wort darüber, wie unsere Bruderparteien im Auslande sich zur Alkoholfrage stellen! Unsere Schweizer Genossen haben in ihr Programm folgenden Satz aufgenommen: „Kampf gegen den Alkoholismus. Sachgemäße Verwendung des Alkoholgenusses, namentlich Förderung aller Bestrebungen, durch welche die Arbeiter und ihre Organisationen vom Wirtshaus unabhängig gemacht werden, Errichtung von Volksproduktion und des Verkaufes alkoholhaltiger Getränke ein. In Schweden haben unsere Genossen sich im Verbands-Ordnung, der 20 000 Mitglieder hat, organisiert und 1905 den Unterdruck über die Alkoholgefahren in den Schulen gefordert. Die Faktion fordert Prohibition, d. h. vollständiges Verbot des Alkohols. In Norwegen hat der Semlak-Bund 1905 hohe Steuern für Kleinhandel mit Wein, Besteuerung des Bieres nach dem Alkoholgehalt gefordert. In Finnland tritt unsere Partei für das vollständige Verbot jeder Produktion und des Verkaufes alkoholhaltiger Getränke ein. In Belgien haben unsere Volkshäuser von der Partei die strikte Ordnung erhalten, den Samsdaysverkauf vollständig einzustellen. (Bravo!) Das ist mit Erfolg durchgeführt.“

In England ist die Labor Party dafür eingetreten, daß den Gemeinden das Recht zuteil werden soll, durch Abstimmung zu entscheiden, ob überhaupt Wirtshäuser gebildet werden sollen. In Holland haben unsere Genossen 1897 den Bestrebungen auf Bekämpfung des Alkohols volle Sympathie ausgesprochen und beschlossen, mit Hilfe der Gesetzgebung den Alkoholgenuss zu vermindern. Unsere österreichischen Genossen endlich haben 1901 eine Resolution gegen den Alkoholismus angenommen und auf ihrem Parteitag im Jahre 1903 nach einem Referat des Genossen Prödllich einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteitag erachtet im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Genußsüß aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie; die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenutzt bleiben.“

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bilden aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschlüßerung der Trindoorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.“

Diese Resolution deckt sich im ersten Teil mit der von mir vorgeschlagenen, aber dem letzten Satz kann ich nicht zustimmen. Meiner Ueberzeugung nach haben wir dafür zu sorgen, daß unsere Leute sich zunächst politisch und gewerkschaftlich organisieren und daß der Kampf gegen den Alkoholismus auch durch diese Organisation geführt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Daß aber eine Sonderorganisation erst dafür sorgt, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen, das halte ich für einen Schritt, der recht gefährlich werden könnte. Wir müssen unseren Genossen nicht nur dringend anraten, sondern direkt befehlen, aus den bürgerlichen Temperenzvereinen, die in letzter Linie doch nur Feinde der Arbeiterbewegung sind, auszutreten. (Sehr richtig!) Wer das Bedürfnis fühlt, sich noch besonders zu organisieren, weil er sich berufen fühlt, anderen ein leuchtendes Vorbild durch Abstinenz zu sein,

den beglückwünschen wir wegen seiner Tapferkeit und seiner Ueberwindungskraft, und wir können nur wünschen, daß diese Genossen auf allen Gebieten so tapfer und zuverlässig sein mögen. (Beifall.) Aber man verhehle die politische Partei mit jener Verquickung, wie es durch die Resolution der Oesterreicher geschieht. (Sehr wahr.)

Wir wollen unseren Weg gehen, wie wir ihn bisher gegangen sind zum Segen der Arbeiterklasse, zur Bekämpfung aller Mißstände und damit auch zur Bekämpfung dieses einen äußeren Symptoms; wir können aber nicht zugeben, daß die Alkoholfrage bekämpft werden kann als Symptom für sich ohne Zusammenhang mit jenen sozialen Zuständen, die ein Teil davon sind und ihre Bekämpfung allein wäre genau so unsinnig, als wenn wir die Tuberkulose allein für sich bekämpfen wollten, ohne ihre wirtschaftlichen Ursachen zu beseitigen. Für jene bürgerlichen Tuberkuloseforscher, die da sagen: stellt nur einen Spudnapf in der Fabrik auf, und die glauben, damit genug getan zu haben, für die haben wir nichts übrig, als ein Amselgucken des Bedauerns darüber, daß sie den Zusammenhang zwischen sozialen Verhältnissen und Tuberkulose nicht erkennen. Genau so ist es mit der Alkoholfrage. Das gute Beispiel, Predigten, die mögen ja wohl bei einzelnen Anhängern finden, für die große Masse aber bleibt das wahr, was Heinrich Heine einst mit berechtigtem Spott gesagt hat:

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogit mit Anbeldgründen,
Nur Argumente von Kinderbraten
Begleitet mit Göttinger Burschitziten.

(Gehterleil.) Geht dem Volke genug zu essen, geht ihm Bohnungen, geht ihm Freiheit, dann wird es den Alkoholteufel dorthin jagen, wohin er gehört. (Lebhafte Beifall und Händelatschen.)

Die Diskussion wird eröffnet. Auf Vorschlag von Singer wird dem ersten Diskussionsredner, dem Genossen Kagenstein, als Generalredner für die Gegenseite eine Redezeit von 20 Minuten bewilligt.

Mit zur Debatte gestellt wird ein Antrag, das Referat von B u r m zu drucken und zu verbreiten.

Kagenstein - Berlin:

In den meisten Punkten findet das Referat von B u r m die volle Zustimmung der Abstinenzler. Wenn er sagt, daß die Abstinenzvereine mit ihrer Propaganda sehr wenig Erfolg erzielt haben, so trifft das nicht zu. Einen erfreulichen Erfolg wenigstens haben wir erzielt. Als wir vor 8 Jahren in Hannover zum erstenmal einige ganz bescheidene zahme Anträge einbrachten, über die die Resolution B u r m weit hinausgeht, da wurden sie abgelehnt, wobei erklärt, die Partei könne sich in ihrer Tätigkeit nicht in Kleinram verzetteln. Heute nach 8 Jahren sind wir dazu gekommen, uns mit der Alkoholfrage in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zu beschäftigen, und daran hat die unermüdete und ihnen manchmal recht unangenehme Agitation der Abstinenzler ihren Anteil. (Oh!) Ich glaube, ihnen in Aussicht zu stellen, daß sie nunmehr auf eine Reihe von Jahren auf den Parteitag mit Anträgen von uns verzichtet bleiben. (Bravo!) B u r m hat mit dankenswerter Gründlichkeit die Bedingungen des Alkoholismus untersucht, es ist ihm dabei allerdings widerfahren, daß er den einen Fall, der von uns niemals bestritten ist, so breit behandelt hat, daß der andere dadurch zu kurz kam. Er hat weiter nicht den notwendigen Unterschied zwischen bürgerlicher und Arbeiterabstinenz hervorgehört. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß er das nachholen wird. Wir haben jede Zusammengehörigkeit mit den bürgerlichen Abstinenzlern, die da glauben, die Klassengegensätze verwischen zu können, aufs schärfste zurückgewiesen, wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß wir in allererster Linie im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sein wollen. Es ist unsere Hauptaufgabe, Unzufriedenheit mit den unwürdigen Zuständen zu erwecken, die Begehrlichkeit der Massen zu fördern mit aller Kraft, allerdings nicht nur die materielle Begehrlichkeit, sondern auch die nach Kulturwerten, nach geistigen Genüssen aller Art. Daß in dieser Beziehung der Alkoholgenuss eines der allerwichtigsten Hemmnisse der Arbeiterbewegung der ganzen Kulturwelt ist, darüber sind wir uns ja alle einig. Wenn B u r m am Schluß seiner Ausführungen das Heinesche Scherzwort zitiert hat, so will ich annehmen, daß das cum grano salis gemeint war, denn sonst wäre es ja ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse, die doch nicht nur an Ueberduldung appelliert, sondern jederzeit auch an den Idealismus appelliert hat. (Sehr richtig!) Dieser Idealismus findet sich in Reinkultur in der abstinenz Arbeiterbewegung. Sie finden da Leute, die sich nicht zusammenschließen, um einen Haß gegen die Verführungen durch den Alkohol zu suchen, sondern um unter den Arbeitern Propaganda zu machen über die ungeheuren Gefahren, denen sie sich durch die Trinksitten aussetzen. So ist also die eine Seite der Frage in dem Referat etwas zu kurz gekommen, wie er ja auch in seiner Resolution die Ursachen des Alkoholismus nicht erwähnt. Wenn es sich übrigens allein um die soziale Besserstellung handelte, Dinge, die wir ja von jeher genau so vertreten haben, wie alle anderen Genossen, dann wäre es nicht nötig gewesen, daß B u r m insbesondere gefordert hätte die Vermeidung des Trinkzwanges und vor allem die Aufklärung. Die Möglichkeit, die Gegenwirkungen zu verstärken, das ist die Hauptaufgabe der Arbeiterabstinenzbewegung, und das ist auch eine wichtige Pflicht der Partei. Die Arbeiterbewegung will doch nicht nur die sozialen Verhältnisse umgestalten, sie arbeitet auch bereits unter den bestehenden sozialen Verhältnissen an einer Hebung der Massen.

Darum die ganze Bildungsarbeit. Gewiß, die Bildung soll ein besseres Kampfmittel abgeben, sie ist aber auch ein Stück Selbstweid, sie soll dem Arbeiter mehr und Besseres vom Leben bieten, und nach dieser Richtung hat auch die Abstinenzbewegung gearbeitet. Es ist richtig, daß der größte Teil der Trinker durch soziale Mißstände dazu getrieben wird, aber B u r m hat doch zu sehr verallgemeinert. Er hat auf die ungesunde Arbeit verschiedener Berufe hingewiesen. Wenn es unmöglich wäre, ohne Verrückung dieser Mißstände dem Alkohol zu entsagen, dann wäre es doch auch nicht möglich, daß z. B. dem Arbeiterabstinenzbund eine ganze Reihe von Schleifern angehören, und dann würden auch die Ziegler auf ihrer Konferenz 1906 nicht die Beseitigung des Alkoholverkaufs auf den Werkplätzen verlangen haben; denn die müssen doch am besten wissen, ob es möglich ist, den Alkohol bei der Arbeit zu entbehren. Wir haben nicht nur im Auslande eine große Zahl von Arbeitern, die sich der Wirkung des Alkohols durch Enthaltensamt entzogen haben, wir haben auch in Deutschland Millionen und Abermillionen, die nur in sehr geringem Maße Alkohol genießen. Ich erinnere an die Arbeiterinnen und die Arbeiterfrauen. Durch die Verbilligung der alkoholhaltigen Getränke hat sich ja leider Alkohol auch in die Familie einzuschleichen begonnen, und das ist eine große Gefahr; denn bisher war dem Alkoholismus des Mannes gegenüber die Enthaltensamt der Frau ein Gegengewicht. Aber im allgemeinen ist der Alkoholgenuss der Frauen geringer als der der Männer, obwohl sie schwerer zu arbeiten haben; denn sie haben nicht allein die Sorgen des Mannes mitzutragen, sondern sie haben dann auch noch die besondere Sorge um den trinkenden Mann. Ich erinnere ferner an die russischen Juden, die in einem Elend leben, wie es Deutschland seinesgleichen sucht, und bei denen trotzdem der Alkohol eine minimale oder gar keine Rolle spielt.

Wenn der wohlgenährte Mensch mit kurzer oder gar keiner Arbeitszeit sich dem Alkohol hingibt, so mag er das mit sich abmachen. Wenn aber der unterernährte Mensch das Gift in sich aufnimmt, dann schädigt er sich um so schwerer. Nicht bloß, daß die paar Groschen, die er für Alkohol verausgabt, für Lebensmittel notwendig gewesen wären, schädigt ihn der Alkoholgenuss auch, indem er seine Widerstandsfähigkeit, seine Arbeitskraft, seine Organisationsfähigkeit mindert. Es ist nicht richtig, daß die Abstinenzten den Alkohol als die alleinige Ursache des Elends ansehen. Auch unter den bürgerlichen Abstinenzlern gibt es eine ganze Reihe, auf die das nicht zutrifft, und noch viel weniger trifft es zu auf die Arbeiterabstinenzten. Wir betonen in unseren Zeitchriften überall mit aller Schärfe den sozialen Zusammenhang, wenn wir auch nicht immer den Nachdruck darauf legen.

Wir haben eine deutsche Arbeiterbewegung, die ein halbes Jahrhundert alt ist. Es handelt sich für uns darum, einige neue Gesichtspunkte in diese Bewegung einzuführen. Es handelt sich darum,

zu zeigen, daß auch die menschliche Einsicht, der menschliche Wille Faktoren sind, die sehr stark ins Gewicht fallen. Daher kommt es, daß vielleicht nicht in jedem Augenblick jedes Wort gesagt wird, aber die starke Betonung der sozialen und wirtschaftlichen Ursachen haben wir nie versäumt. Es ist eine starke Ungerechtigkeit, wenn B u r m — ich weiß nicht wen — sagen läßt, daß die Unfälle am Montag ausschließlich auf den Alkohol kommen. Es ist nur gesagt, daß ein großer Teil der Unfälle am Montag vorkommt. Durch den Frankfurter Fabrikinspektor ist festgestellt, daß dadurch, daß in den großen Brauereien das Freibier abgeschafft ist, die Zahl der Unfälle in einem einzigen Jahre von 18,8 auf 12,7 Prozent gesunken ist. (Hört! Hört!) Man braucht überhaupt keine statistischen Zahlen, um zu wissen, daß der Alkoholgenuss, wie er heute in unserem ganzen Volke üblich ist, dazu beitragen muß, die Leistungsfähigkeit zu vermindern und die Zahl der Unfälle zu vermehren. Besorgen wir denn wirklich die Geschäfte der Unternehmer, wenn wir die Arbeiter darauf aufmerksam machen? Auch die Gefahr, daß die Unternehmer unsere Argumente benutzen würden, um die Unfallversicherungsvorschriften zu verschlechtern, ist gering. Wir müssen solche Vorschriften verlangen, daß selbst der unter dem Einfluß des Alkohols stehende Arbeiter keinen Gefahren ausgesetzt ist. Auf der anderen Seite müssen wir sagen: Da die ganzen Unfallvorschriften ungenügend sind, muß die Arbeiterschaft ihre körperliche Widerstandskraft so stärken, daß sie auch diesen Verhältnissen gegenüber widerstandsfähig ist.

B u r m hat in fomiher Weise von einer sogenannten „Sporttheorie“ gesprochen. Der Mann, der das B u r m und Aber in diesem Falle erfunden hat, bin ich gewesen, aber ich stehe mit dieser Anschauung nicht allein da. Ich weise nur auf Victor Adler hin, der auf die Frage, wie es denn im Falle völliger Abstinenz mit den Volkshäusern werden solle, geantwortet hat: „Sorgt nur dafür, daß die Arbeiter dem Alkohol entsagen, dann werden wir noch viel mehr Volkshäuser bauen können; denn dann haben wir Mittel dazu.“ (Sehr richtig!) Wir bestreiten nicht die wirtschaftlichen Ursachen, aber wir betonen mit aller Schärfe, daß die Alkoholgefahr auch durch Vorurteil und Unkenntnis mitbedingt wird und daß dem entgegengehandelt werden muß.

Auch das ist nicht richtig, daß B u r m die zunehmende Unfähigkeit der Frau zum Kinderstillen ausschließlich auf den Alkohol zurückführt; er sagt: Wir können nicht feststellen, ob der Alkoholgenuss allein die Ursache sei, aber er ist diejenige Ursache, die wir beseitigen können in dem Moment, wo wir es wollen.

Das ist das Entscheidende. Wenn wir von Weinreisenden und bergleichen absehen, ist kein Mensch, der Widerstandsfähigkeit besitzt, jemals gezwungen, Alkohol zu trinken.

Wir haben der Resolution B u r m s eine Resolution entgegengesetzt, die meiner Ansicht nach konsequenter ist und manches enthält, was wir in der Resolution B u r m leider vermissen. Aber wir legen so viel Wert darauf, daß ein möglichst einmütiger Beschluß zustande kommt und wir sehen in der Resolution B u r m so viel, was unserer Anschauung entspricht, daß wir es für richtig halten, unsere Resolution zurückzuziehen. (Bravo!) Ich bitte Sie um Annahme der Resolution B u r m; sorgen Sie aber dafür, daß diese Resolution nicht Altenmaterial bleibt, sondern daß sie in die Wirklichkeit umgesetzt wird. (Beifall.) Professor Gruber hat bereits vor 20 Jahren gesagt: „Der Alkoholismus ist die stärkste Grundlage der herrschenden Gesellschaftsordnung, ohne ihn würde die unbegüterte Klasse diese Herrschaft lange nicht mehr ertragen können.“ Ich glaube, dies Wort gibt zu denken. (Lebhafte Beifall.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Berichtigung:

In dem Bericht über die Mittwochvormittags-Sitzung (Debatte über den Bericht über den Internationalen Kongress zu Stuttgart) sind die Ausführungen des Genossen Liebknecht in ihrem ersten Teile unrichtig wiedergegeben. Sie seien deshalb richtig gestellt.

Liebknecht sagte: Es können Worte einen ganz traditionellen Sinn bekommen, den zu mißachten ein schwerer praktischer Fehler ist. Wer die allgemeine Volksbewaffnung in unserem programmatischen Sinn mit dem Wort Militarismus bezeichnen würde, würde mit Aug und Recht auf heftigen Widerspruch stoßen. So steht's mit dem Wort Kolonialpolitik, das eine ganz bestimmte historisch herausgeworfene Bedeutung besitzt, die wir nicht ignorieren können. Und warum sollen wir das schmutzige und blutige Wort Kolonialpolitik mit dem uns heiligen Wort sozialdemokratisch verbinden? Das Wort: „sozialdemokratische Kolonialpolitik“ ist aber auch ein logischer Widerspruch in sich selbst; denn das Wort „Kolonie“ schließt bereits den Begriff „Herrumordnung“, „Beherrschung“, „Abhängigkeit“ ein. Daß es sich hier aber nicht nur um einen sozusagen philosophischen Streit handelt, daß das Wort „Kolonialpolitik“ auch in diesem Sinne gemeint ist, beweist die Betonung der Notwendigkeit, die niederen Völker gegebenenfalls zu beherrschen, ja ihnen mit Waffengewalt gegenüberzutreten. Also kein bloßer Streit um Worte, sondern eine sachlich ernste Auseinandersetzung. Wir können uns beglückwünschen, daß in Stuttgart die sogenannte Minoritätsresolution angenommen ist.

Im weiteren Verlauf seiner Erörterungen über die Ein- und Auswanderungsfrage wies Liebknecht darauf hin, daß gerade wir in Deutschland ganz besonderen Anlaß zur Regelung des Fremdenrechts besitzen und vor allem in die Ausweisungsschmach eingreifen haben. Die Resolution des Stuttgarter Kongresses entscheidet die Frage; darauf sei hier nachdrücklich hingewiesen. Sie enthält unter Ziffer 3 des Minimumprogramms die Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen. Hierzu war von Ungarn ein Zusatzantrag gestellt, wonach die Ausweisung den Garantien einer gerichtlichen Entscheidung unterworfen werden solle. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem Uebereinstimmung darüber erzielt war, daß durch die erwähnte Ziffer 3 die Beseitigung des sogenannten Ausweisungsrechtes gefordert sei. Die Kongressresolution fordert also die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die Verhinderung dessen, daß die Ausländer die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher sind.

Aus der Frauenbewegung.

Die Schwarzen in Bayern kommen aus der Aufregung nicht heraus. Hier streift der Landarbeiter, dort unerwarteter Ausstand von bisher vor „revolutionären Einflüssen“ gut behüteten stromen Schächern und an anderer Stelle wieder „erschreckendes Anwachsen“ der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Und dies alles trotz ununterbrochener Warnung vor den Umstürzern! In ganz besonderer Aufregung befinden sich gegenwärtig die Schwarzen in dem stromten Städtchen Freising a. d. Isar, wo der proletarische Frauen- und Mädchen-Bildungsverein infolge der fortgesetzten Verfolgung durch die Schwarzen in Rulle und in Polizeiuniform mächtige Fortschritte macht. Um der „in bedingender Weise“ sich ausbreitenden Frauenbewegung in der Erzhofstadt den Kopf abzubrechen, versucht man mit allen Mitteln die Vorstände des Vereins heranzukriegen. Kürzlich wurde die Genossin aus schwarze Rathaus zu einem schwarzen Stadtrat geladen, der sie vergeblich zu belehren versuchte. Dieser Tage kam ein anderer Rettungsmann in die Wohnung der Genossin und bedauerte ihre gegenüber, daß sie sich von den „roten Händelsführern“ habe „betören“ lassen; er stellte ihr „jede Hülfe“ in Aussicht, wenn sie binnen 3 Tagen beim Polizeioffizianten die Erklärung abgibt, daß sie ihre Tätigkeit für den Frauenverein eingestellt habe. Die Proletarierfrau ließ den Herrn natürlich wie einen besoffenen Pudel von dannen ziehen und setzte ihre agitatorische Tätigkeit für die Aufklärung und Organisation der proletarischen Frauen mit verstärktem Eifer fort.

Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Essen, 20. September. (Fig. Ver.)

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Diskussion über die Alkoholfrage wird fortgesetzt.

Oering - Schleswig:

Es ist bereits betont worden, daß eine große Klust besteht zwischen den Arbeiter-Abstinenz- und den bürgerlichen Abstinenzvereinen. Aber es muß ausgesprochen werden, daß es auch mit der Ehre eines Sozialdemokraten nicht vereinbar ist, solchen bürgerlichen Vereinen anzugehören. Ich erinnere daran, daß z. B. der Vorsitzende der Bremer bürgerlichen Abstinenzler ein Anhänger der gelben Gewerkschaften ist. In diesem Verein wurden Nennen erwähnt, wie z. B.: „Seid zufrieden“, „Der Guttemplerorden als ausgleichender Faktor in der sozialen Bewegung“. Solchen Vereinen dürfen Arbeiter nicht angehören, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die davon überzeugt sind, daß der Sozialismus auf den Trümmern des Kapitalismus erbauen wird. (Bravo!)

Beher - Essen:

Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse zum Alkoholismus führen, beweist uns gerade unsere Gegend mit der Großindustrie. Sie haben gestern auf dem Ausfluge von Ruhrstein aus die Villa Krupp und andere schöne Villen gesehen. Das ist die schöne Seite der Redakteure. Die andere Seite zeigt uns die elenden, armliehen, erbärmlichsten Wohnungen der Arbeiterklasse. Nicht weniger als 40 Proz. der Essener Wohnungen bestehen nur aus zwei Räumen, in denen die Arbeiterklasse zusammengebrängt sitzt und die Kinder sehr viel sehen, was sie nicht sehen sollten. Aus dem Bericht der Wohnungsinspektion wird hervorgehoben, daß die Lagerstätten in solchen Wohnungen viel zu wünschenswert sind. Kommt es doch vor, daß eine Familie von 4-6 Personen nur eine Bettstelle hat. Die Lagerstätten müssen auf Stühlen und auf dem Fußboden eingerichtet werden. In einer Familie schlafen Mann, Frau und zwei Kinder in einem Bett. Das dritte Kind hat in einer kleinen Kiste seine Ruhestätte. In einer anderen Familie schlief ein geisteskranker Mann mit Frau und dreizehnjähriger Tochter in einem ziemlich schmalen Bette. In einer weiteren Familie schlief die Frau mit 4 Kindern in einem Bette. Das fünfte zweijährige Kind, das schwindsüchtig war, schlief in einem Weisfisch. Nachdem Sie die Villa Hügel gesehen haben, empfehle ich Ihnen, auch im Scheiderhof die elenden Baracken und die Arbeiterkasernen der Firma Krupp sich anzusehen. Als Wilhelm II. nach Essen kam, hat man alles so mit Grün bedeckt, daß nichts zu sehen war. Für einen solchen Besuch wendet die Stadt 23 000 M. auf. Aber wo es sich um die Bekämpfung des Alkoholismus handelt, da hat die Stadt nichts übrig. Die Arbeit an den Feuerstellen bei Krupp ist so anstrengend, daß die Firma selbst der Meinung ist, daß sie nicht länger als 15 Jahre ausgeübt werden kann. Diese Arbeiter sind aber diesseitig gar nicht in der Lage, den Durst zu löschen; sie müssen dies erst tun aus den Löschtrögen, in denen Ratten und Mäuse sich aufhalten. (Wui!) Da laufen die Arbeiter natürlich von der Arbeit gleich in die Kneipe. Die Firma weiß, daß an dem Alkohol viel Geld zu verdienen ist, und sie hat an den Ein- und Ausgängen der Fabrik Kneipen eingerichtet. Ebenso geht es den Bergarbeitern, die in der heißen Grube nicht genügend Trinkwasser haben, und die dann in der Kneipe anschießen lassen müssen, weil sie sich kein Geld mitnehmen können, da sie keinen verschleißbaren Raum für ihre Sachen haben. Die Feuerarbeiter bei Krupp sind meist aus dem Osten, und infolge der Nachlässigkeit der preussischen Regierung nicht so weit aufgeklärt, daß sie die Gefahr des Alkoholismus erkennen können. Die Bauern gehen von der Kirche ins Wirtshaus und trinken sich da voll. Es ist unbedingt notwendig, in jeder Richtung Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus zu schaffen. (Beifall.)

Bömelburg:

Ueber die schädlichen Wirkungen insbesondere des übermäßigen Alkoholgenußes gibt es unter denen, die das Volksleben unseres Landes kennen, keine zweierlei Meinungen. Gesagt muß aber werden, daß das Uebel nicht allein in den Kreisen der Arbeiter zu suchen ist, sondern auch in den Kreisen des Bürgertums. Ja, mir scheint es, als wenn in den Kreisen der Bessergestellten die Zahl der Alkoholiker relativ stärker ist. Nur tritt das bei den besseren sozialen Verhältnissen dieser Kreise nach außen nicht in demselben Maße in die Erscheinung, wie bei den Arbeitern. Wenn der Arbeiter bei schlechter Ernährung ein paar Glas Schnaps oder Bier getrunken hat, ist er leicht in dem Stadium, daß es ihm zu viel ist, und er muß dann seinen wankenden Körper auf der Straße nach Hause schleppen. Der Andere aber, der vielleicht eine Ruthe Wein nach der anderen getrunken und auch zu viel hat, läßt den Wagen vorsehern und kommt auf diese Weise nach Hause. Nach außen aber sieht man das nicht.

Der Alkoholismus ist auch nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt verbreitet. Und in den bisher noch ununtersuchten Landesteilen erblickt der Kapitalismus bei der Verbreitung der Kultur seine erste Aufgabe in der Einführung alkoholhaltiger Getränke. Wir wissen auch, daß die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung und gerade durch den Alkoholismus wesentlich erschwert wird. Alles das sind bekannte Tatsachen, und wer es noch nicht gewußt hat, hat es heute aus den vortrefflichen Ausführungen des Genossen Wurm erfahren. Ich halte es aber für notwendig, daß wir uns bei dieser Gelegenheit ein wenig mit der Praxis befassen.

Es ist nicht gut, wenn man fliegt. Man kommt immer am besten weg, wenn man mit den Füßen auf dem Erdboden steht. Das scheint mir bei den Vertretern der völligen Abstinenz nicht immer der Fall zu sein, und da will ich ein klein wenig Wein in das Wasser dieser Abstinenz gießen. (Weiterkeit.) Die Frage der Verrücktheit des Uebels hängt zusammen mit der Sozialfrage. Wenn man auf Spaziergängen müde wird und sich erholen will, muß man ein Gasthaus aufsuchen, und die erste Frage ist: „Was trinken Sie?“ Oder wenn wie die Aufgaben der Arbeiterbewegung erfüllen, brauchen wir dazu Versammlungen und Sitzungen. Auch dabei sind wir auf Wirtschaftskafes angewiesen, wo gleich jemand neben uns steht und fragt: „Was trinken Sie?“ Ebenso ist es auf Reisen. Im Gasthaus, im Hotel, immer wieder dieselbe Frage. Die Beantwortung der Frage, was man trinkt, ist auch gar nicht so leicht. Der eine sagt: man trinke Kaffee. Gewiß! Wer aber gezwungen ist, häufig am Tage Wirtschaftskafes aufzusuchen, kann das auch nicht jedesmal, weil auch der übermäßige Genuß von Kaffee für die Gesundheit schädlich ist. Und wer gezwungen ist, sonstige alkoholfreie Getränke häufig zu genießen, der kann sehr leicht mit seinem Magen in Konflikt kommen, denn es handelt sich dabei meist um Schwundware, die noch dazu teuer bezahlt werden muß. Auch die teureren natürlichen Mineralwässer kann man, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, nicht allzuhäufig ohne Schaden für den Magen genießen. Besonders schlimm liegt die Sache für denjenigen Teil der Arbeiterklasse, der nun in der Folgezeit den Kampf gegen den Alkoholismus führen soll. Sie wissen, daß die Sozialfrage bisher fast an allen Orten, selbst in großen Städten, nicht gelöst ist. Wir bekommen die Lokale meist überhaupt nur dann, wenn schon ein halbes Duzend Birte im Lokal verteilt gemacht haben. Und der eigentlich auch schon ruinierte Wirt stellt dann das Lokal der

Arbeiterbewegung zur Verfügung, um wieder auf die Beine zu kommen und rednet gerade darauf, daß die Arbeiter recht viel trinken. (Sehr richtig!) Da gibt es viele Genossen, die trinken nur, um den Wirt zufrieden zu stellen und das Lokal nicht zu ruinieren. Es ist Tatsache, daß heute gar viele Gewerkschaften mehrmals im Jahre Festlichkeiten veranstalten, obgleich gar kein Bedarf an sich dazu vorliegt, nur um den Wirt zu befriedigen. Wir haben in manchen Orten Gewerkschaftshäuser, die gewiß eine Notwendigkeit sind, aber sie sind nicht auf der Grundlage aufgebaut, daß sie uns hier helfen können, sie sind meist auf Papier aufgebaut. Sollen wir unseren Zwecken wirklich dienen, dann sollte es Grundsatz sein, daß vor dem Kauf mindestens 25 Proz. des Anlagekapitals in bar aufgebracht sind. (Sehr richtig!) Und wenn die Arbeiter richtige Politik treiben wollen, sollten sie es sich zur Pflicht machen, jedes Jahr vielleicht eine Mark für die Erhaltung ihres eigenen Weins zu geben, dann werden sie sich in ihren Häusern eine Stätte schaffen, wo der Alkoholgenuß ausgeschlossen sein kann, wo niemand gezwungen ist, zu trinken. Die Arbeiter werden dann bald merken, daß sie diese Mark auf angelegt haben und sehr viel Geld damit gespart haben. (Sehr richtig!) In den Orten aber, wo die Arbeiterbewegung schon größer geworden ist, in den großen Städten, sollten die großen Organisationen der Partei und der Gewerkschaften ein für allemal den Grundsatz aufstellen, daß weder in Sitzungen noch in Versammlungen serviert werden darf, und sie sollten dafür, weil der Wirt doch von der Luft nicht leben kann, dem Wirt lieber eine Lokalmiete zahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will auch wünschen, daß dieser Parteitag nicht der letzte ist, auf dem keine alkoholischen Getränke serviert werden dürfen. (Lebhafte Beifall.)

Singer: Es ist eine Sendung unterfälschten, weder gezeuerten, noch verlängerten Lebenssafts (Weintrauben) aus dem deutschen Weingebiet des Rheins eingegangen. (Weiterkeit.) Dieselbe ist dem Bureau des deutschen Parteitages gewidmet von deutschen Arbeiterabstinenzern. Das Bureau dankt für die Sendung. Es wird versuchen, seine alkoholischen Sünden beim Genuß dieser alkoholfreien Früchte abzubauen. (Weiterkeit.)

Häcker - Mainz:

Die Schlusssatzungen des Genossen Bömelburg möchte ich unterstreichen. Ich wünsche, daß wir uns angewöhnen, den Arbeiterabstinenzern gegenüber toleranter zu sein, daß aber auch die Abstinenzler den anderen gegenüber toleranter sind. Man muß den Arbeiterabstinenzern Bürgerrecht in der Arbeiterbewegung gewähren. Für unseren guten Willen zum Zusammenarbeiten kann kein besserer Beweis erbracht werden, als daß wir unsere Resolution zurückgezogen haben. Wir werden mit Freuden für die Resolution Wurm stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlußwort erhält

Wurm:

Ich kann meine Freude darüber ausdrücken, daß unsere Genossen aus Abstinenzkreisen mit meinen Ausführungen einverstanden sind. Obwohl ich ganz scharf die Grenze zwischen den Anschauungen der Temperenzler und Abstinenzler gezogen habe. Wenn Kassenstein mir Unwahrheit und Unterstellung vorwirft, so liegt das daran, daß er nicht genau zugehört hat. Wie kann er sagen, ich hätte die bürgerlichen Alkoholgegner samt und sonders verurteilt. Wenn er mein Referat nachliest, so wird er finden, daß er mir etwas unterstellt, was ich nicht gesagt habe. Er bestreitet die Richtigkeit meiner Behauptung, daß die Zahl der Unfälle am Montag nicht im Zusammenhang mit dem Alkoholgenuß am Sonnabend steht. Aber wenn man nicht die Statistik des Reichsversicherungsamts, sondern Einzelstatistiken betrachtet, dann ergibt sich, daß ich recht habe. Ich habe hier die Statistik der Knappschaftsberufsgenossenschaft aus dem Führer, Sektion 2. Daraus ergibt sich, daß in einem Jahre 44 287 Unfälle zur Anzeige gebracht sind, und hiervon sind die meisten, nämlich 17 Prozent am Sonnabend passiert. Dann kommt der Mittwoch mit 18 Prozent und der vielgeschmähte Montag hat nur 15,78 Prozent. Im Jahre vorher war die Reihenfolge der Unfälle Sonnabend, Dienstag, Freitag, Montag, Mittwoch, Donnerstag. Und wenn man dann weiter nachsieht, auf welche Tagesstunden sich die Unfälle verteilen, so wird man sehen, daß am Montag genau so wie an den übrigen Tagen die meisten Unfälle sich in den Abendstunden ereignen, wo die Leute schon abgearbeitet sind. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß der, der an Arbeit gewöhnt ist, gerade durch die Ruhe am Sonntag aus der Gewohnheit herauskommt und dadurch leicht in die Gefahr gerät, einen Unfall zu erleiden. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern des Montags ein neues Arbeitsverhältnis antreten. (Zustimmung.)

Wenn ich mich vorhin gegen die Abstinenzler in unseren Reihen gewandt habe, so deshalb, weil ich ihnen auch jetzt wiederum den Vorwurf machen muß, daß sie durch einseitige Betonung ebenso wie es die Bürgerlichen so gern tun, die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß nicht einzig und allein der Alkohol in Betracht kommt, sondern daß es weit verzweigte soziale Ursachen sind. (Sehr richtig!) Das ist es eben, was den Massenbedürfnissen der Arbeiter weit fernhalten sollte von der bürgerlichen Alkoholbewegung. Es genügt nicht, daß in den gesundheitsgefährlichen Betrieben alkoholfreie Getränke für die Arbeiter bereit gehalten werden. Unsere sozialdemokratischen Abstinenzler dürfen damit nicht zufrieden sein, sondern sie müssen mit mir die Verrücktheit der Ursachen fordern, die jene sozialen Mißstände hervorgerufen, die schließlich zum Trinkzwang führen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bürgerlichen mögen sich mit Kaffee und Tee zufriedengeben. Wir nicht. Wir sagen: Ihr gesteht damit nur ein, daß die Zustände in den Fabriken so erbärmlich sind, daß die Arbeiter zum Trunk gezwungen werden und weil ihr fürchtet, daß die Arbeiter Euch nicht genug leisten, deshalb wollt ihr sie vom Alkohol fernhalten! Im übrigen ist es den Unternehmern gleich, was aus dem Arbeiter wird. Man sieht ja, wie sie zu dem höchsten Arbeiterschutz erst gezwungen werden müssen. Das ist es, was uns trennt. Und wenn ich das vorhin nicht genügend hervorgehoben habe, so hole ich das jetzt nach. Und wie die Abstinenzler und Genossenschaft haben, wir sollten uns bessern, so wünsche ich ihnen, daß sie sich von dieser Einseitigkeit losreißen und mehr und mehr die sozialen Verhältnisse in den Vordergrund rücken. (Zurufe: Das tun wir doch.) Sie haben das getan mit einigen oberflächlichen Nebenarten; aber das soziale Programm haben wir Ihnen erst geben müssen. Sie haben schöne Nebenarten gemacht, wie sie der Herr Pfarzer auch macht. (Weiterkeit und Sehr gut!)

Es ist richtig, daß die Abhängigkeit von den Gastwirtschaften, auf die Bömelburg hingewiesen hat, existiert. Durch die Forderungen der Produktion sind neue Verhältnisse entstanden. Es besteht ein größeres Bedürfnis der Arbeiter nach Zusammenkunft. Das ist eine Lebensnotwendigkeit geworden. Bömelburg hat ganz recht, daß es mitunter geradezu absonderlich ist, in welcher Weise die Genossen insolge dieser Abhängigkeit von den Gastwirten belästigt werden. Aber die Schuld trifft nicht die Gastwirte. Wir müssen ernstlich bemüht sein, jeden Trinkzwang zu beseitigen und die Frage zu erörtern: In welcher Weise schaffen wir uns Erholungsstätten ohne Trinkzwang? Der Trinkzwang ist es, den wir bekämpfen. Dem einzelnen soll seine eigene Ueberlegung sagen, wieviel und wie oft er trinken kann. Aber ein Zwang darf nicht ausgeübt werden. Und da bleibt uns nichts übrig, als dem Gastwirt eine Entschädigung zu zahlen und uns Kaffeehäuser schaffen, in denen wir unabhängig sind von jedem Bierumzug. (Sehr richtig!) Heute ist das Bier und der Wein das einzige Belohnliche. Es ist trotz aller Wellen leider noch keinem gelungen, ein alkoholfreies Getränk auf den Markt zu bringen, das unseren Bedürfnissen genügt, und man könnte fast sagen, es wird auch nicht gelingen,

denn das, was gerade das Bier und den Wein uns wohlwollend macht, das ist ja eben der Alkohol, der darin ist. (Weiterkeit.) So sehr die Vergiftung mit Alkohol ein Unglück für die Menschheit und insbesondere für die Arbeiterklasse ist, so wenig darf man andererseits allzu ängstlich sein und glauben, daß man keinen Tropfen trinken darf. Die Alkoholfrage steht im engsten Zusammenhang vor allem mit der Ernährungsfrage. Wenn die Abstinenzler immer wieder sagen: ja das eine Glas tut es nicht, wie fürchten aber, daß die Menschheit nicht mächtig ist, — dann sage ich: schaut Euch alle hier und im Saale an, schaut Euch die Hunderttausende draußen an, die da leben, streben und ernste Dinge im Kopf haben, die alle ihr Glas Alkohol trinken und doch nicht zugrunde gehen! Ach, wenn die Menschheit nicht mächtig sein könnte, würde sie schon an anderen Dingen zugrunde gegangen sein. (Weiterkeit.) Zum Schluß noch ein Wort für unseren Parteivorstand. Er hat mir mitgeteilt, daß er hier wie bereits in Mannheim mit dem Wirt die Vereinbarung getroffen hat, daß während der Verhandlungen kein Bier ausgeschenkt wird. Mehr kann der Parteivorstand nicht tun. Es ist auch, soweit ich sehen kann, hier so gut wie gar nicht getrunken worden. Also bedenken wir auch bei dieser Frage unseres kulturellen und wirtschaftlichen Kampfes, daß alles und alles wieder wurzelt in den sozialen Zuständen. Erst muß der Mensch essen können, erst muß er einen gesunden kräftigen Körper haben, erst muß er eine Wohnung haben, dann wird er den Gefahren nicht ausgesetzt sein, die das Elend und die Verzweiflung für die Arbeiter mit sich bringt. (Sehr richtig!) Ich schließe mit der Bitte, daß wir alleamt und besonders mit alter Freudigkeit gegen die verheerenden Wirkungen des Alkohols und für den Fortschritt der Kultur kämpfen werden. (Lebhafte Beifall.)

Persönlich bemerkt Kassenstein: Den Ausdruck Unterstellung habe ich ohne jede beleidigende Absicht gebraucht, wie das bei wissenschaftlichen Streitfragen vorkommt. Im übrigen hat Wurm sich die schärfste Angriffs für das Schlußwort ausgespart, so daß eine Erwiderung nicht mehr möglich ist. Das mag taktisch richtig sein, tapfer ist es nicht.

Hierauf wird der Antrag auf Drucklegung des Referats einstimmig, die Resolution Wurm gegen eine Stimme angenommen. Daburch erübrigen sich alle anderen zu diesem Punkte vorliegenden Anträge.

Auf Vorschlag von Singer wird nunmehr des Bericht der Beschwerdekommision entgegengenommen.

Berichterstatter ist Stubbe - Hamburg. Ueber die einzelnen Fälle wird gefondert verhandelt und abgestimmt.

1. Beschwerde des Genossen Krohn - Konstanz.

Genosse Krohn erhebt Beschwerde gegen den Beschluß des Schiedsgerichts vom 24. März 1907 und den Beschluß der Kontrollkommission. Das Schiedsgericht hat in 2 Punkten entschieden: 1. Daß nicht erwiesen sei der Vorwurf der Käuflichkeit, 2. Krohn habe keine Vertrauensstellung in der Partei dazu benützt, sich materielle Vorteile zu verschaffen. Durch den Wortlaut des Beschlusses „nicht erwiesen“, ist die Annahme möglich, daß die Freisprechung nur erfolgt sei, weil das Anlagematerial nicht ganz einwandfrei war. Nach eingehender Prüfung des gesamten Materials und Vernehmung einiger Zeugen ist die Kommission zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anlage in diesen beiden Punkten nicht begründet ist. Im übrigen schließt die Kommission ihr Urteil dem des Schiedsgerichts, bis auf Punkt 7, an. Im Punkt 7 wird der Genosse Krohn aufgefordert, die Prüfung der Parteigeschäfte eine bestimmte Zeit in andere Hände zu geben. Dieser Punkt des Urteils wurde von der Kontrollkommission bereits aufgehoben, welchem Urteil die Kommission sich nur anschließen kann. Die Kommission beantragt, in dem Urteil des Schiedsgerichts vom 24. März 1907 sind im Punkt 1 und 4 die Worte „nicht erwiesen“ durch die Worte „ist haltlos“ zu ersetzen. Die Streichung der Kontrollkommission in dem Punkt 7 des Schiedsgerichtsurteils (die gestrichenen Worte lauten: Genosse Krohn hat die Leitung der Parteigeschäfte für eine bestimmte Zeit in andere Hände zu geben) wird bestätigt. Im übrigen bleibt das Urteil des Schiedsgerichts bestehen. Das Urteil der Beschwerdekommision wird debattelos bestätigt.

2. Fall Siebel - Dortmund.

Siebel beschwert sich über seinen Ausschluß aus der Partei. Der Ausschluß erfolgt im Beginn des Jahres 1899/1900 durch die Parteiorganisation in Dortmund. Von Siebel wird behauptet, daß diese Parteiorganisation nicht berechtigt war, seinen Ausschluß zu beschließen. Diese Auffassung ist irrig. Nach dem früheren Organisationsstatut konnte der Ausschluß durch die örtliche Parteiorganisation erfolgen. Die Kommission beantragt, die Beschwerde des Siebel abzuweisen und auch seine Wiederaufnahme in die Partei abzulehnen. Auch dieser Antrag wird debattelos angenommen.

3. Fall Währling - Bremerhaven.

Währling wurde durch Schiedspruch am 15. April 1907 ausgeschlossen und die Kontrollkommission hat den Beschluß bestätigt. Wegen den Beschluß hat Währling Berufung eingelegt. Der Ausschluß erfolgte, weil Währling bei den Reichstagswahlen (Haupt- und Stimmwahl) den bürgerlichen Wählerkreis unterzeichnet hat. Die Kommission beantragt, den Ausschluß von Währling aus der Partei zu bestätigen. Der Antrag wird debattelos angenommen.

4. Fall Voortmann - Mech.

Der Ausschluß Voortmanns erfolgte durch Schiedspruch vom 2. April 1907. Voortmann hat im September 1906 bei der Wahl zum Bezirksrat für den liberalen Kandidaten Weymann ein Flugblatt herausgegeben und für dessen Verbreitung 250 M. in Empfang genommen. Ferner ist Voortmann bei den Reichstagswahlen 1907 für den Regierungskandidaten Dr. Gregoire eingetreten. Die Kontrollkommission hat den Ausschluß bestätigt. Die Kommission beantragt, den Ausschluß Voortmanns durch Schiedsgerichtsbescheid vom 2. April 1907 durch den Parteitag zu bestätigen. Der Parteitag beschließt debattelos demgemäß.

5. Fall Springer - Heidelberg.

Der Ausschluß Springers erfolgte am 1. September 1907 durch ein Schiedsgericht. Der Ausschluß wurde von der Kontrollkommission bestätigt. Die Kommission erachtet das Material für nicht ausreichend um ein Mitglied einer solchen Handlung zu bezichtigen und beantragt deshalb, den Ausschluß Springers aufzuheben. Der Parteitag beschließt debattelos demgemäß.

6. Fall Paul Jahn - Berlin.

Das im Jahre 1901 ausgeschlossene Mitglied Paul Jahn beantragt seine Wiederaufnahme. Die Wahlvereine Berlin 2 und 3 haben sich gegen die Wiederaufnahme ausgesprochen. Nach Prüfung des vorgelegten Materials beantragt die Kommission, den Antrag des ausgeschlossenen Paul Jahn, ihn wieder in die Partei aufzunehmen, abzulehnen. Der Parteitag schließt sich dem Kommissionsantrag debattelos an.

7. Fall C. Schröder - Berlin.

Schröder beantragt seine Wiederaufnahme. Der 4. Reichstagswahlkreis Berlin hat sich gegen die Wiederaufnahme ausgesprochen. Das Vergehen, welches zu dem Ausschluß des Mitgliedes Schröder geführt hat, ist ein solches, daß die Kommission eine Wiederaufnahme nicht befürworten kann. Die Kommission beantragt: Der Antrag des ausgeschlossenen Schröder auf Wiederaufnahme in die Partei ist abzulehnen. Der Parteitag beschließt debattelos demgemäß.

Vor zirka zwei Jahren wurde Hamann wegen geringer Differenzen (Verwaltungsachen) ausgeschlossen. Hamann beantragt seine Wiederaufnahme. Die örtliche Parteiorganisation empfiehlt sie. Die Kommission beantragt, den Genossen Hamann in die Partei als Mitglied wieder aufzunehmen. Der Parteitag beschließt dies debattelos.

9. Fall Math. Reg.

Math wurde am 2. April 1907 durch ein Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen, weil er bei der Stichwahl zur Reichstagswahl ein Flugblatt der Liberalen unterzeichnet hat. Er beantragte Wiederaufnahme in die Partei. Die Kommission beantragt, die Wiederaufnahme zu beschließen. Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrage der Kommission.

10. Protest der Genossinnen Dresdens gegen die Affizierung der Mandate zweier Genossinnen in Sachsen zum Stuttgarter internationalen Kongress durch die deutsche Delegation.

Die Kommission beantragt über diesen Protest zur Tagesordnung überzugehen, da die deutsche Delegation resp. der Internationale Kongress in dieser Sache zu beschließen hätten. — Der Parteitag stimmt dem Antrage der Kommission zu.

Singer: Wir würden jetzt zu den zwei Berichten kommen, die sich mit der Angelegenheit Wiefenthal-Berlin und dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband beschäftigen. Hierzu liegt folgender genügend unterstützter Antrag Webels vor:

„In Erwägung, daß der Parteitag in der Angelegenheit der Lokalfest seine Beschlüßfassung ausgeübt hat, um die schwebenden Aufschlagsverhandlungen nicht zu stören, beschließt der Parteitag aus dem gleichen Grunde eine Beschlüßfassung in der Angelegenheit Wiefenthal und des Metallarbeiterverbandes ebenfalls bis zum nächsten Parteitage auszuschieben.“

Sollte dieser Antrag angenommen werden, so würde eine Verhandlung dieser beiden Gegenstände für heute ausgeschlossen sein. Nachdem Reichel-Stuttgart kurz gegen den Antrag gesprochen hat, wird der Antrag Webel angenommen.

Damit ist der Bericht der Beschwerdekommmission erledigt.

Berichterstatter Stubbe - Hamburg:

Ich habe noch im Auftrage der Beschwerdekommmission zwei Wünsche vorzutragen: Erstens würde die Arbeit der Beschwerdekommmission angefaßt der Tatsache, daß es sich häufig um ein recht umfangreiches Aktenmaterial handelt, wesentlich erleichtert werden, wenn das Aktenmaterial besser registriert würde. Ferner hat die Beschwerdekommmission den Wunsch, daß auf dem nächsten Parteitage nicht wieder die Mandatsprüfungskommission auch zur Beschwerdekommmission gewählt wird, was diesmal zur Folge gehabt hat, daß die Mitglieder der Beschwerdekommmission so gut wie gar nicht an den Arbeiten des Parteitages teilnehmen können, sondern daß für diese Zwecke zwei verschiedene Kommissionen gewählt werden.

Ebert - Berlin: Ich möchte feststellen, daß die allerdings zum Teil recht umfangreichen Akten vorher von der Kontrollkommission bearbeitet worden sind. Es mag sein, daß infolgedessen nicht alles ganz genau nach Zahlen geordnet gelegen hat.

Singer: Von dem Wunsche der Beschwerdekommmission hat der Parteitag Kenntnis genommen. — Es wird Sache des nächsten Parteitages sein, sich darüber zu entscheiden, ob für die erwähnten Arbeiten eine oder zwei Kommissionen gewählt werden sollen.

Auf Vorschlag Singers werden nunmehr die sonstigen Anträge verhandelt, und zwar zunächst die Anträge, die sich mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen.

Es sind dies die Anträge 62, 67, 68, 69. Zunächst werden die Anträge 62 und 67 verhandelt.

Schmidt - Sonnenburg:

Wir hatten bei den vorigen Wahlen auf die Landarbeiter gerechnet, aber leider hat uns unser Vertrauen getäuscht. Die Schuld liegt an uns, weil wir die Agitation unter den Landarbeitern nicht genügend betrieben haben. Ich bitte Sie, den Parteivorstand zu beauftragen, daß er sich der Landarbeiterfrage mehr annimmt, dann werden wir das nächste Mal besseren Erfolg unter den Landarbeitern zu verzeichnen haben.

Die Anträge 62 und 67*) begründet

Stieffenhöfer - Charlottenburg:

Die Landarbeiter sind zweifellos diejenigen Arbeiter, die Profetarier im eigentlichen Sinne des Wortes sind. Sie sind schlecht entlohnt, wohnen in schlechten Wohnungen, haben kein Koalitionsrecht, unterliegen nicht der Krankenversicherung, kurz und gut, sie genießen noch nicht einmal die Rechte, die die übrigen Arbeiter genießen. Aus allen diesen Gründen ist es nötig, daß wir uns dieser Leute annehmen. Wir hätten es am liebsten gesehen, wenn wir schon auf diesem Parteitage die Landarbeiterfrage besprochen hätten, aber das war nicht möglich. Zum mindesten bitte ich Sie, unsere Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Spannkuh:

Die auf früheren Parteitagen, so muß ich Sie auch diesmal bitten, dem Parteivorstand keine Marschroute für die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu geben. Die Verhältnisse können sich bis zum nächsten Parteitage wesentlich geändert haben. Der Antrag 62 stellt an den Parteivorstand ein ganz sonderbares Verlangen. Er soll vor dem nächsten Parteitage eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei und von den ausländischen Arbeiterparteien geleisteten veröffentlichten. Wenn ich Sie daran erinnere, daß der Verein für Sozialpolitik das vorhandene Material in drei dicken Bänden gesammelt hat, so werden Sie mir zugeben, daß es nicht möglich ist, daß der Parteivorstand bis zum nächsten Jahre eine solche Arbeit leistet, zumal da ja auch die Verhältnisse des Auslandes berücksichtigt werden sollen. Weiter soll der Vorstand sogar den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzesprogrammes ausarbeiten. Wir haben uns in Breslau mit der Landarbeiterfrage im allgemeinen und der Agrarfrage im speziellen beschäftigt, und es hat sich gezeigt, daß eine solche Arbeit nicht von heute auf morgen gemacht werden kann. Sie können deshalb heute den Antrag nur dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen. Selbst wenn alle Beteiligten den guten Willen haben, ist es doch ganz unmöglich, vor dem nächsten Parteitage die Aufgabe zu erfüllen. Und Sie werden doch den Parteivorstand nicht in der Lage versehen wollen, vor dem nächsten Parteitage zu treten und zu sagen, daß es ihm nicht möglich gewesen ist, den Auftrag auszuführen? Es steht heute schon sicher fest, daß die Aufgabe in dem Zeitraum von einem Jahre unausführbar ist.

Rahenstein:

Das vorhandene Material über die Landarbeiterfrage in Deutschland ist einigermaßen ausreichend, um eine zusammenfassende Darstellung zu geben. Es ist auch nicht so ungeheuer groß, daß es nicht in absehbarer Zeit bewältigt werden könnte. Vielleicht könnte man in dem Antrag 62 die Worte „vor dem nächsten Parteitage“ streichen. Es wird übrigens nicht eine Zusammenstellung des

auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von den Arbeiterparteien geleisteten gefordert. Mit der von mir vorgeschlagenen Forderung bitte ich den Antrag 62 anzunehmen. Den Antrag 67 bitte ich Sie, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Düsseldorf:

Die Landarbeiterfrage wird für uns deshalb brennend, weil jetzt sogar das Zentrum dazu übergeht, in einzelnen Landesteilen die Landarbeiter zu organisieren. Natürlich kommt es ihm nicht darauf an, für die Landarbeiter Vorteile zu erringen, sondern es verfolgt nur demagogische Zwecke. Hat doch Gieseler neulich auf dem Katholikentage gesagt, daß an die Aufhebung der Gefindeordnung nicht zu denken ist! Es ist dringend notwendig, daß wir uns eingehender mit der Landarbeiterfrage beschäftigen. Ich bitte Sie, den Antrag 67 anzunehmen.

Conrath-Kachen:

Bevor wir die Landarbeiter organisieren können, muß die Gefindeordnung aufgehoben sein. Der Antrag 62 überweist dem Parteivorstand eine Aufgabe, die undurchführbar ist. Die Genossen von Teltow-Weeslow haben sich nicht die Mühe gegeben, die einschlägige Literatur zu studieren. Soll der Parteivorstand die Aufgabe lösen, dann müßte er über so viel Kräfte verfügen wie eine ganze Universität. Die Genossen, die sich für die Landarbeiterfrage interessieren, sollten mal erst die Literatur der Partei darüber studieren. Sie werden dann finden, daß alles, was geschrieben wurde, auch geschrieben ist. Sorgen wir zunächst dafür, daß die Landarbeiter ein Koalitionsrecht bekommen!

Wolfskuhr:

Die Reichstagsfraktion hat von jeher die Interessen der Landarbeiter vertreten und einen ausreichenden Schutz für sie verlangt. Ich erinnere daran, daß wir die Ausdehnung der Krankerversicherung auf die Landarbeiter gefordert haben, wobei das Zentrum und Widerstand geleistet hat. Auch beim Unfallversicherungsgesetz haben wir uns der Landarbeiter angenommen; ferner haben wir wiederholt die Befreiung der Gefindeordnungen und aller Ausnahmestellen für Landarbeiter und Gefinde gefordert. Wir haben das Koalitionsrecht für die Landarbeiter gefordert, wir haben verlangt, daß eine ganze Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit, über Frauen- und Kinderarbeit auf die Landarbeiter ausgedehnt wird. Wir haben ferner einen Kampf dagegen geführt, daß in einigen Einzelstaaten Kontraktbruchgehalte für Landarbeiter geschaffen werden sollten. Das Material darüber steht unseren Agitatoren zur Verfügung, sie können davon Gebrauch machen. Der Antrag 62 verlangt mehr als bisher geschehen ist. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten sind so verschieden, daß wir dieselbige Forderung herausgeben müßten, wönnen wir nur ein einigermaßen vollständiges Material liefern. Mit der praktischen Agitation für den Schutz der Landarbeiter dürfen wir nicht bis zum nächsten Parteitage warten. Die Landarbeiterfrage wird vielmehr bei dem Kampf um das preussische Wahlrecht eine große Rolle spielen. Für Preußen wird das Material, soweit es agitatorisch zu bewerten ist, natürlich zusammengetragen werden. Sie können sicher sein, daß sowohl der Parteivorstand als auch die preussischen Genossen alles tun werden, um das nötige agitatorische Material zu veröffentlichen. Auch das Handbuch für preussische Parteitagswähler, das in Vorbereitung ist, wird die Landarbeiterfrage behandeln. Wenn aber alles vorhandene Material zusammengefaßt und im Laufe des Jahres in der praktischen Agitation verwendet wird, ich weiß nicht, ob dann für den nächsten Parteitag ein Anlaß vorliegt, noch einmal das durchzulassen, was man das ganze Jahr hindurch gehört hat.

Hiermit schließt die Debatte über die Anträge 62 und 67. Im Antrag 62 werden die Worte „vor dem nächsten Parteitage“ gestrichen. Der so geänderte Antrag wird ebenso wie der Antrag 67 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 68 *) begründet:

Zielowski - Frankfurt a. M.:

Wir wünschen keine prinzipielle Erörterung der Genossenschaftsfrage, sondern haben mit unserem Antrag nur bezweckt, speziell die Frage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaften, die in der letzten Zeit ja Gegenstand vielfacher Erörterungen gewesen sind, einmal auch auf einem Parteitage zur Erörterung zu stellen. Weiter wünschen wir auch, daß der Parteitag die Genossenschaftsbewegung unter dem Gesichtspunkte der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise behandelt und sich mit den Versuchen der Kartelle der Nahrungsmittelfabrikanten beschäftigen möchte, die Genossenschaften, speziell die Großeinlaufsgesellschaft zu boykottieren. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen.

Der Parteitag beschließt, den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Zum Antrag 69 **) nimmt das Wort

Treu - Nürnberg:

Unsere Gründe für diesen Antrag sind eigentlich die gleichen, die zur Befürwortung des Antrages 67 ausgeführt worden sind. Auch für uns war in erster Linie die Landarbeiterfrage ausschlaggebend. Damit im Zusammenhang steht aber unbedingt die gesamte Agrarfrage. (Sehr richtig!) Wir haben ja verschiedentlich versucht, in die Kreise der Land- und Forstarbeiter einzudringen. Die Folge dieser Bestrebungen ist jedenfalls die Aushungerung des Dr. Heim auf dem diesjährigen Katholikentage gewesen: wenn das Zentrum nicht die Landarbeiter organisiert, dann würden es die Sozialdemokraten tun. Seit dem Dreslauer Parteitage haben wir uns mit der Agrarfrage nicht mehr beschäftigt. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Nunmehr werden die Anträge 70, 71, 72, die sich mit dem Ort des nächsten Parteitages beschäftigen und genügend unterstützt werden, verhandelt.

Breuer - Kiel begründet den Antrag, den nächsten Parteitag in Kiel abzuhalten: Hier haben Sie Gelegenheit gehabt, den Kapitalismus in konzentrierter Form zu beobachten. In Kiel können Sie zur Ergänzung die schwimmenden Festungen kennen lernen, die dem Expansionsbedürfnis des Großkapitals dienen sollen und das schwere Geld kosten. Wir haben auch ein schönes geräumiges Gemeindefesthaus zur Verfügung und denjenigen, die sich der wohlthätigen Wirkung der Seefahrt in Bremen erinnern, kann ich mitteilen, daß wir ihnen in Kiel dasselbe bieten können. (Seiterleit.)

Denning - Magdeburg: Nach dem Ausfall der Unterstützungsfrage sehen wir Magdeburger Genossen voraus, daß unser Antrag, wie so oft, auch diesmal abgelehnt wird. Wir sind deshalb überkommen, ihn zurückzugehen, bitten Sie aber dann, endlich das übernächste Mal ganz bestimmt nach Magdeburg zu kommen. (Seiterleit.)

Gaugenstein - Nürnberg:

Ich bitte Sie, nach Nürnberg zu kommen, aus einem besonderen Grunde. Im kommenden Jahre sind es 40 Jahre her, daß in Nürnberg im Kathausaal ein Arbeiteritag unter dem Vorherrsche und Doewenstein getagt hat, dessen Ergebnis die reinliche Scheidung zwischen den fortschrittlich gesinnten Arbeitern, die im Laufe der Verhandlungen den Saal verließen und den Sozialisten war, die unter dem Vorherrsche weiterblieben. Dank der unermüdblichen Agitation, speziell des leider so früh verstorbenen Grillenberg, gelang es uns bereits nach einem Jahre, der Fortschrittspartei

*) 62. Teltow-Weeslow, Storkow-Charlottenburg: Den Parteivorstand zu beauftragen: 1. Vor dem nächsten Parteitage eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches sowie eine Zusammenstellung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeiterorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien geleisteten zu veröffentlichen. 2. Unter Zuziehung von Sachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzesprogrammes auszuarbeiten.

67. Teltow-Weeslow, Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist zu setzen: Die Landarbeiterfrage.

das Reichstagsmandat von Nürnberg zu entreißen, und die letzte Wahl hat gezeigt, daß Nürnberg niemals wieder von dem Freisinn zurückerobert werden kann. Geben Sie unserem Antrag statt, damit wir Sie in einer Hochburg der Sozialdemokratie begrüßen können. (Bravo!)

Webel: Ich muß einige Unrichtigkeiten des Vorredners, die ihm aber niemand übernehmen kann, berichtigen. Es ist richtig, daß es im nächsten Jahre 40 Jahre werden, daß in Nürnberg ein deutscher Vereinstag tagte, wie es deren viele gegeben hat. Dieser Vereinstag hatte aber eine ganz besondere Bedeutung, er wurde von deutschen Arbeitervereinen abgehalten, die bis dahin noch der sozialistischen Bewegung feindlich gegenüberstanden, wenigstens äußerlich. Allmählich war allerdings ein Umschwung eingetreten, und wir, die wir damals in Leipzig die Führung hatten, waren auf Grund unserer Berichte zu der Ueberzeugung gekommen, daß jetzt die Stunde geschlagen hatte, wo man es riskieren konnte, wenigstens der Mehrzahl dieser Vereine ein sozialistisches Programm vorzulegen. Den wunderbaren historischen Kathausaal hatten wir damals nur bekommen, weil der Magistrat von Nürnberg mit Sicherheit glaubte, unsere Richtung würde unterliegen, und die Parole der Selbsthülfe würde wieder einen großen Sieg feiern. Es kam aber umgekehrt. Das von uns vorgelegte Programm, das in den entscheidenden Punkten das Programm der internationalen Arbeiterassoziation war, wurde mit erheblicher Mehrheit angenommen und dadurch war ein bedeutender Teil der deutschen Arbeitervereine der sozialistischen Bewegung zugeführt. Wenn nun die Nürnberger Genossen wünschen, daß dies Ereignis durch einen Parteitag gefeiert wird, umso mehr, da noch kein Parteitag in Nürnberg stattgefunden hat, so begreife ich diesen Antrag und es würde sich nur darum handeln, ob wir ein geeignetes Lokal zur Verfügung haben.

Treu-Nürnberg teilt mit, daß alle Aussicht bestehe, ein geeignetes Lokal für den Parteitag zu bekommen.

Nürnberg wird hierauf mit großer Mehrheit zum Ort des nächsten Parteitages gewählt.

Singer: Es ist folgender genügend unterstützter Antrag eingegangen:

Der Parteitag erklärt die Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes (Richtung Wiefenthal) als eine so schwere Schädigung der Arbeiterinteressen, daß der Ausschluss des Gründers dieses Verbandes, des Genossen Wiefenthal, aus der Partei wohl am Platze wäre. Wenn dessen ungeachtet der Parteitag von der Entgegennahme des Berichtes der Beschwerdekommmission in Sachen Wiefenthal Abstand nahm, so nur aus dem Grunde, weil der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband nach den Erklärungen des Parteivorstandes nicht abgeteilt ist, sich mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande zu verschmelzen. Der Parteitag spricht denjenigen Genossen, die an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes mitgewirkt haben, die entsprechende Mißbilligung aus. Im weiteren erklärt der Parteitag jede weitere Agitation von Parteigenossen für den genannten Verband für unzulässig.

Nach meiner Meinung, und ich empfehle dem Parteitag dieser Auffassung zuzustimmen, ist eine Verhandlung dieses Antrages, nachdem der Parteitag beschlossen hat, diese Angelegenheit in diesem Jahre nicht zu verhandeln, unzulässig. Nachdem der Parteitag vor einer halben Stunde es abgelehnt hat, in diesem Jahre die Gründe in dieser Sache zu hören, kann er unmöglich jetzt ein Urteil aussprechen. (Sehr richtig!) Ich bin aber auch der Meinung, daß die Gründe des Parteitages für die Ablehnung dieses Gegenstandes sehr wichtig waren, und daß die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Lokalfest und Zentralverbänden nicht dadurch verbessert werden kann, wenn nunmehr nachträglich in eine Verhandlung dieses Antrages eingetreten würde. Ich glaube daher dem Parteitag empfehlen zu sollen, die Verhandlung dieses Antrages für unzulässig zu erklären. (Zustimmung.)

Reichel-Stuttgart: Nur wenige Worte. Die von mir und einigen Freunden vorgelegte Resolution soll nur den Zweck haben, im allgemeinen die von der Richtung Wiefenthal getriebene Agitation für unzulässig und als den Interessen der Arbeiter widersprechend zu erklären. Der Parteitag soll keineswegs über die Frage entscheiden, ob Wiefenthal infolge der Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes ausgeschlossen werden soll. Ich glaube, daß es sich also lediglich um eine Willensäußerung des Parteitages dabei handeln würde, die meiner Auffassung nach der Arbeiterbewegung nur nützlich sein würde. Der Parteitag kann sehr wohl im allgemeinen erklären, wie mißbilligen diese Agitationsweise und halten sie für nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Partei, der Demokratie. Dadurch würden die Einigungsbestrebungen nach meiner Meinung bedeutend gefördert werden.

Venturi-Weimar: Als einer der Unterzeichner des vorhin angenommenen Antrages bitte ich Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Jede Willensmeinung des Parteitages in dieser Frage nach der einen oder der anderen Seite könnte die Einigungsverhandlungen nur fördern. (Zustimmung.)

Der Parteitag erklärt die Beratung des Antrages Reichel für unzulässig.

Nunmehr wird in die Beratung der Anträge über die Organisation

eingetreten. Dazu liegen vor die Anträge 19 bis 25, 27 bis 31 und 78. Davon werden unterstützt die Anträge 18, 24, 27, 28, 29, 30, 81. Der Antrag 78 muß nach dem Organisationsstatut, weil er nicht in den bestimmten Fristen eingegangen ist, von einer Dreiviertel-Mehrheit unterstützt werden; er findet diese Unterstützung nicht, kommt also nicht zur Verhandlung. Ebenso wenig werden die Anträge 20 bis 23, 25, 26 genügend unterstützt.

Dr. Arons-Berlin

begründet den Antrag Nr. 19. Die Bestimmung, den Parteivorstand um zwei Mitglieder zu vermindern, die in Mainz 1900 beschlossen wurde, hat eine Vorgeschichte: Bereits 1895 hatten die Genossen in Berlin II und in Breslau den Antrag gestellt, den Vorstand um zwei Mitglieder zu vermindern, daß aber niemand länger als zwei Jahre hintereinander zum Vorsitz gewählt werden sollte. Der Gedankengang der Antragsteller war der, daß es absolut notwendig sei, daß diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die die eigentlichen Geschäfte zu führen haben, möglichst lange in dieser Stellung bleiben, damit sie eine mögliche Routine in der Leitung der Geschäfte haben. Durch die beiden Mitglieder sollte aber bewirkt werden, daß auch frisches Blut im Parteivorstand zirkuliere. Die Antragsteller gingen damals — und ihre Gründe sind auch die unserigen — davon aus, daß eine Behörde, die immer in der gleichen Zusammenfassung tagt, nicht nur die gewöhnliche Routine so weit besitzen würde, daß ein Blick und ein Wort zur Verständigung genüge, sondern auch — ich will da ein Wort Auer zitieren, das er in Mainz auf den Vorwurf, daß der Vorstand herrschsüchtig sei, sagte: „Ach lieber Gott, das Gerissen! Wir könnten weit mehr herrschen, wir sind doch fünf alte gewachsene Brüder im Parteivorstand, aber es ist nicht einer unter uns, der vom Kaiserwahninnin erfaßt ist. Nein, Ruhe möchten wir haben, vielleicht manchmal mehr Ruhe, als eigentlich gut ist. Würden Sie dem Vorstand den Vorwurf machen, daß er manchmal nicht Anregungen genug gegeben hat, daß das jüngere Element, das noch bis in die Pupillen hinein glaubt und dementsprechend handelt, dort nicht genügend zur Geltung kommt — nun öffentlich würde ich das ja nicht zugeben, aber ich würde mir im stillen sagen: so ganz unrecht haben sie nicht.“ In Breslau hatte man das Bedenken, daß man die beiden Mitglieder entweder aus Berlin nehmen müsse oder daß große Kosten entstehen würden. Der Mainzer Parteitag hat sich über dieses Bedenken hinweggesetzt und hat die beiden Mitglieder dem Vorstande angegliedert, hat aber deren Wahl der Kontrollkommission übertragen. Auer meinte damals, man habe da eine vorläufige Bestimmung treffen wollen. Der Parteitag sei ja souverän und könne jedes Jahr die Bestimmung ändern. Die Bestimmung, daß die Mitglieder nicht länger als zwei Jahre hintereinander gewählt werden sollten, wurde nicht angenommen. Zu meinem Bedauern muß ich bemerken, daß die sämtlichen Kreise von Groß-Berlin mit Ausnahme des

ersten Wahlganges gegen diesen Antrag sind. Es wird gesagt: Wenn sich die beiden Leute da eingearbeitet haben, so wollen wir sie wieder heranziehen. Das ist ein vollständiges Mißverständnis der Tendenz des Antrages. Die Beisitzer sollen nicht auch ausgelagerte Brüder werden und dem Aufhebesitz des Vorstandes huldigen. Ich würde es am liebsten sehen, daß die beiden Beisitzer mal aus Berlin, aus Mecklenburg, Württemberg, Hamburg genommen würden, so daß der Vorstand in seinen Sitzungen Fühlung mit den Genossen in außerpreussischen Gebietsstellen haben würde. Das ist ja aber vorläufig nicht möglich, und man wird im allgemeinen darauf angewiesen sein, die beiden Beisitzer aus den Kreisen der Berliner Genossen zu wählen. Dann aber ist es notwendig, daß der Parteitag, wie die anderen Mitglieder des Parteivorstandes, auch die beiden Beisitzer wählt. Der Einwand, daß der Parteitag die beiden Beisitzer ja nicht wieder zu wählen brauche und daher die Bestimmung überflüssig sei, daß sie nicht länger als zweimal hintereinander gewählt werden könnten, ist nicht zutreffend. Denn man würde dann eine Nichtwiederwahl als ein Mißtrauensvotum auffassen. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Lissa-Berlin:

Genosse Kronz hat versucht, den außerhalb Berlins wohnenden Genossen den Antrag schmackhaft zu machen. Alle Achtung vor seinen theoretischen Kenntnissen. Aber die praktische Erfahrung fehlt ihm. Es liegt kein Grund zu dem Antrage vor, zumal da das von Kronz gewünschte „frische Blut“ ja erst im vorigen Jahre in der Person von Müller dem Parteivorstand zugeführt ist. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Hierauf wird Antrag 10 abgelehnt.

Die Diskussion über Antrag 24 wird auf Wunsch des Antragstellers Wegler ausgelegt.

Die Anträge 27 bis 31 und 81*) werden gemeinsam debattiert.

Rudolph-Frankfurt a. M.:

Die Einführung einer einheitlichen Parteilegitimation wird von mehr als zwei Kreisen beantragt. Es würde uns dadurch eine ungeheure Menge von Verwaltungsbürokratie erspart werden. Erwünscht wäre es, daß auch die Staatszugehörigkeit aus dem einheitlichen Mitgliedsbuche zu ersehen wäre. Ganz besonders wichtig sind die An- und Abmeldebücher in den Wägen. Jetzt melden sich die Genossen ab, aber man weiß nicht wohin. Haben wir ein einheitliches Mitgliedsbuch, dann wird die Umschreibung in die neue Organisation ohne Formalitäten vor sich gehen. Pessen-Rassau hat ein einheitliches Buch hergestellt, das auch andere Kreise eingeführt haben. Ebenso notwendig sind einheitliche Geschäfts- und Abrechnungsbücher. (Sehr richtig!) Dem Parteivorstand wird dadurch die Zusammenstellung des Jahresberichts wesentlich erleichtert werden. Auch in den Gewerkschaften hat sich der einheitliche Verwaltungsmodus gut bewährt. Wir würden durch einheitliche Mitgliedsbücher und jährlich Tausende von Genossen erhalten. (Zustimmung.)

Meyer-Dant-Wilhelmsbafen

Begründet den Antrag 28. In Ostpreußen wird schon überall ein einheitlicher Beitrag erhoben. Was dort möglich ist, auch im ganzen Reich möglich. Unsere Finanzen würden erheblich aufgebessert werden, wenn wir einen einheitlichen Beitrag von 10 Pf. pro Woche einführen. Unsere beste Waffe ist die gefüllte Kasse unseres Finanzministers.

Die weitere Beratung wird vertagt.
Schluß 7 Uhr.

Die sozialdemokratische Presse Deutsch-Oesterreichs.

Dem bevorstehenden Parteitage der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs unterbreitet die Parteivertretung sieben ihren Bericht, dem wir folgende Zusammenstellung über die 23 Parteiblätter, die unseren österreichischen Genossen zur Verfügung stehen, entnehmen:

Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterwille, Graz
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14 tägig
Vieltiger Volksstimme	1 mal wöchentlich
Freigeist, Reichenberg	2 " "
Freiheit, Teplitz	3 " "
Gebirgsbote, Gabsburg	3 " "
Gleichheit, Wiener-Neustadt	1 " "
Nordböhmischer Volksbote, Steinschönau	2 " "
Nordböhmische Volksstimme, Warrndorf	2 " "
Nordböhmische Volkszeitung, Saaz	2 " "
Salzburger Wacht	2 " "
Schlesische Volksstimme	1 " "
Tranemauer Echo	1 " "
Volksbote, Floridsdorf	1 " "
Volksfreund, Grünau	2 " "
Volksstimme, Czernowitz	1 " "
Volksrecht, Kuffitz	3 " "
Volkstribüne, Wien	1 " "
Volkswacht, Mährisch-Schönberg	1 " "
Volkswille, Karlsbad	2 " "
Volkszeitung, Innsbruck	2 " "
Wahrheit, Linz	2 " "

Unsere österreichischen Genossen haben also zurzeit zwei Blätter, die täglich erscheinen, drei Blätter, die dreimal wöchentlich erscheinen, acht Blätter, die zweimal wöchentlich erscheinen, neun Wochenblätter und ein vierzehntägig erscheinendes Blatt. Seit dem letzten deutschen Parteitag blieb die Zahl der Tagblätter unverändert, die Zahl der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter ist um drei, die Zahl der zweimal wöchentlich erscheinenden um fünf gestiegen, die Zahl der bis einmal wöchentlich erscheinenden Blätter um zwölf gesunken.

Außerdem erscheint noch das humoristisch-satirische Blatt „Neue Glühlichter“.

Das Zentralorgan, die „Wiener Arbeiterzeitung“, erfreut sich einer gesunden und stetigen Entwicklung, und doch steht

*) 27. Osnabrück, Altenburg, Stralsund, Bochum, Gelsenkirchen, Magdeburg, Bremerhaven, Calbe-Kielerleben, Augsburg-Vertingen, Düsseldorf, Breslau, Stettin, Trier, Bremen, Celle, IX. han-noverscher Wahlkreis, Sorau-Fork, VIII. und IX. schleswig-holsteinischer Wahlkreis und Hamburg III. District Hohenfelde: Einheitliche Mitgliedsbücher für alle Parteioorganisationen Deutschlands einzuführen.

28. Dant: Einführung von einheitlichen Mitgliedsbüchern und Mitgliederbeiträgen für ganz Deutschland.

29. Frankfurt a. M. und vierter sächsischer Wahlkreis: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Einführung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich, nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.

30. Sagan-Sprottau: Der Parteitag wolle beschließen, einheitliche Mitgliedsbücher und Geschäftsbücher über das ganze Reich einzuführen, welche vom Parteivorstand zum Selbstkostenpreise bezogen werden können.

31. Kassel und Verden: Der Parteivorstand wird beauftragt, die Ausgabe einheitlicher Mitgliedsbücher und die Einführung einer Einheitsmarke für das ganze Reich vorzubereiten und dem nächsten Parteitag eine Vorlage zu machen.

32. Kiel. Der Parteitag wird beauftragt, ein einheitliches Mitgliedsbuch (Musterbuch) herauszugeben, das die Benutzung in allen Parteioorganisationen des Deutschen Reiches ermöglicht.

die Auflage des Blattes noch immer nicht im entsprechenden Verhältnis zur Zahl der sozialdemokratischen Stimmen noch zur Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen — ganz wie das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, unser „Vorwärts“ ...

Roeren kontra Geo Schmidt.

(Telephonischer Bericht.)

Köln, 20. Sept. (Telegraphischer Bericht.)

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung bittet der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Kuhn den Zeugen von Kottberg vorzutreten. Er richtet an ihn folgende Worte: Herr Zeuge! Ihr Aufstehen gestern am Schluß der Verhandlung ist nicht so gewesen, wie es der Würde des Gerichts entspricht. Wenn sich das wiederholen sollte, würde das Gericht Sie sofort in Strafe nehmen müssen. — Rechtsanw. Bredered: Im Auftrage des Herrn v. Kottberg bitte ich, eine Frage an den Herrn Privatkläger richten zu dürfen. Ich möchte fragen, ob er seine gestrige Erklärung wiederholen wolle und ob er alles, was er im Reichstage über Herrn v. Kottberg gesagt hat, hier öffentlich wiederholen wolle. — Abg. Roeren: Wenn der Herr Vorsitzende es wünscht, werde ich es sagen. — Vors.: Ich kann Sie nicht zwingen, es liegt an Ihnen, ob Sie es sagen wollen. — Abg. Roeren: Ja ... — Rechtsanw. Schreiber (einfachend): Bevor Herr Roeren antwortet, bitte ich, mir das Wort zu geben. Ich möchte Auskunft haben, welchen Zweck diese Frage hat, damit ich meinem Klienten Rat geben kann, ob und wie weit er Antwort geben soll. — Rechtsanw. Bredered: Herr v. Kottberg erteilte mir den Auftrag: Ehe ich weitere Schritte tue, will ich wissen, wie weit die im Reichstage gehaltene Rede hier wiederholt wird. — Rechtsanw. Schreiber: Also der Zweck der Frage soll die

Grundlage für eine neue Privatklage

schaffen. Herr Geheimrat, ich rate Ihnen, keine Antwort zu geben. Nehmen Sie jede Antwort ab! Damit ist der Zwischenfall erledigt. — Rechtsanw. Schreiber: Vater Müller sagte gestern, daß er trotz des freisprechenden Urteils auch jetzt noch die Ueberzeugung habe, daß es wahr sei, daß der Angeklagte Schmidt sich einer

strafbaren Handlung mit der Abbjao

schuldig gemacht habe. Bei einer von dem Gerichtsurteil so schroff abweisenden Ansicht ist Vater Müller wohl eine Erklärung schuldig. Ich bitte, ihm dazu Gelegenheit zu geben. — Vater Müller: Ich habe die feste Ueberzeugung gewonnen von der Schuld des Beklagten, weil die Angaben der Abbjao und die der übrigen Zeugen einen solchen Eindruck auf mich machten, daß ich sagen mußte, Herr Schmidt hat sich des Verbrechens schuldig gemacht. — Vors.: Ich rate Ihnen aber, diesen Satz nicht auch draußen zu sagen. Es gibt eine Strafbestimmung, nach welcher es nicht zulässig ist, einem Angeklagten, nachdem er rechtskräftig freigesprochen ist, das Verbrechen wieder vorzubringen. Hier im Gerichtssaal können Sie ja auf eine Frage als Zeuge antworten.

— Vater Müller: Herr Vorsitzender, diese Bestimmung kenne ich. Die Abbjao war in allen wesentlichen Punkten ihrer Aussage bestimmt und gleichbleibend, nur in kleinen Angaben war sie unbestimmt. — Rechtsanw. Schreiber: Hat nicht ein anderes junges Mädchen bestätigt, daß die Abbjao ihr die Vorgänge am nächsten Morgen genau schilderte? — Vater Müller: Ja, das Mädchen Bomba sagte, die Abbjao habe ihr die Wunden gezeigt, die von Peitschenhieben herrührten, die sie wegen ihrer Weigerung, dem Schmidt zu Willen zu sein, erhalten habe. Die Bomba hat ihr dann erwidert: „So tut er nur!“ Damit stimme auch die Aussage der Mutter der Bomba überein, daß Herr Schmidt ihre Tochter

ebenfalls durch Anwendung von Prügel gezwungen habe, sich hinzugeben.

— Rechtsanw. Schreiber: Es wird immer behauptet, daß sich nur die katholische Mission beschwert habe. Hat sich nicht auch die evangelische Mission über den Angeklagten Schmidt beschwert? — Vater Müller: Der Missionsinspektor Schreiber beschwerte sich in einem Bericht über die

Brunnstucht und Anzucht der Europäer.

Oberleutnant Ried sagte mir auch, Schmidt komme ihm in seinem Geschlechtsleben krankhaft vor. Denn überall, wohin er komme, stelle sich ihm eine Frau oder ein Mädchen als Frau des Herrn Schmidt vor. Antonina sagte mir, man tue gut, die Mädchen vor Schmidt auf eine Farm zu schicken. — Rechtsanw. Schreiber: Der Zeuge hatte auch mit mir eine Besprechung. Sagten Sie da nicht, daß Sie nicht einmal einem schwarzen Mädchen die Hand reichen, damit Sie nicht als katholischer Priester in Verdacht kommen? — Der Zeuge bestätigt das. — Rechtsanw. Bredered: An diese Frage möchte auch ich anknüpfen. Also trotzdem Sie das alles über das Geschlechtsleben des Herrn Schmidt wußten, und obgleich Sie daran Anstoß nahmen, haben Sie trotzdem mit ihm weiter freundschaftlich verkehrt? — Vater Müller: Ich habe nur, soweit es amtlich nötig war, mit ihm verkehrt. Hätte ich damals den Verkehr abgelehnt, so würde heute der Vorwurf erhoben werden, daß wir uns von Anfang an feindselig gezeigt haben. — Verteidiger: Sind Sie nicht oft mit Herrn Schmidt bei Gangan und Tranl nachts bis 2 Uhr zusammen gewesen? — Zeuge: Nein, niemals, niemals. — Verteidiger: Wie lange dauerte denn Ihr Besuch in der Regel auf der Station? — Zeuge: Wie länger als bis 11 Uhr. — Verteidiger: Gaben Sie nicht einmal

mit Herrn Schmidt und Hauptmann Döring bis 4 Uhr nachts

gesessen und zusammen 12 Flaschen Sekt getrunken?

Zeuge: Nein, niemals, niemals. — Rechtsanw. Bredered: Sie sagen, daß Sie niemals ein schwarzes Mädchen auch nur mit der Hand berührt haben? — Zeuge: Ja wohl. — Verteidiger: Haben das auch die anderen Missionspriester getan? — Zeuge: Ich glaube, das wohl im allgemeinen bestritten zu können. — Verteidiger: Erinnern Sie sich des Paters Venantius, der, um seinen Verkehr mit den schwarzen Weibern zu bezahlen, die Lampen aus dem Schulgebäude verkauft hat? — Zeuge: Venantius war kein Pater, sondern ein Laienbruder. Daß der arme Bruder gefallen ist, gebe ich zu. — Rechtsanw. Bredered: Hat sich nicht ein anderes Mitglied der Mission, der Lehrer Johnson, eine schwarze Konkubine gehalten? — Zeuge: Lehrer Johnson war Mitglied der Mission, er ist aber sofort entlassen worden. — Rechtsanw. Bredered: Bezeichnenderweise aber schreibt ihm die Mission: Wir müssen Sie entlassen, damit die Leute an uns nicht irre werden. Also hat die Mission den Lehrer nicht entlassen, weil sie Anstoß an ihm nahm, sondern damit die Leute nicht irre werden. — Zeuge Müller und Rechtsanw. Schreiber widersprechen entschieden dieser Auslegung des Briefes. — Angekl. Schmidt: Hat nicht Vater Müller an Hauptmann Döring einen Brief geschrieben, in dem es heißt: „Wir kennen Ihr Vorleben. Sie sehen also, daß wir keine Geloten sind,

aber gegen Schmidt müssen wir vorgehen.“ — Vater Müller: So lange man mir den Brief nicht vorlegt, muß ich das entschieden bestritten. Ich habe allerdings an Hauptmann Döring einen Brief geschrieben. Ich ging davon aus, daß der Vorwurf, er sei zu streng, unbekannt sei. Wir kümmernten uns um das Privatleben der Europäer nicht, solange ihr Leben nicht gegen die öffentliche Moral verstöße. Wir seien also keine Geloten usw. Das „Ihr“ war aber klein geschrieben. — Rechtsanw. Bredered: Also zuerst leugnen Sie den Brief ab, dann geben Sie den ganzen Inhalt zu. — Vater Müller: Ich habe nur die unwahre Wiedergabe des Briefes abgelegt. — Rechtsanw. Bredered: Ich protestiere gegen diese Aeußerung. Der Brief wurde in öffentlicher Gerichtsverhandlung verlesen. Ich bitte, den Ober-

leutnant Swend zu fragen, was er davon weiß. — Oberleutnant Swend: Ich war in Atalpa bei der Gerichtsverhandlung zugegen. Hauptmann Döring wurde nach Hause geschickt, um den Brief zu holen. Ich erinnere mich lebhaft, daß der verlesene Satz lautete: „Sie wissen, daß wir keine Geloten sind. Wir kennen Ihr Vorleben. Aber gegen Schmidt müssen wir vorgehen!“ — Rechtsanw. Schreiber: Also Vater Müller, Sie nehmen auf Ihren Eid, daß Sie nicht das Vorleben des Hauptmanns Döring gemeint haben und daß das „Ihr“ klein geschrieben war? — Zeuge: Ja.

Der Verteidiger verliest ein amtliches Aktenstück, wahrscheinlich aus den Reichstagsakten, und erklärt erklärend, daß Oberleutnant Mayer ein Mädchen zu sich genommen habe, wobei er berichtet, er habe es zu dem Zwecke zu sich genommen, um die Duala-Sprache schneller zu erlernen, während er das Mädchen zu einem anderen Zwecke bei sich hatte. Er sei in die höchste zulässige Ordnungstrafe in Höhe eines einmonatlichen Dienstverlustes genommen worden. Ich möchte den Zeugen fragen, ob er derselbe Oberleutnant Mayer ist, der hier genannt wird? — Zeuge: Ob ich derselbe bin? Ich glaube, daß diese Frage sich wohl erübrigt hätte, das dürfte ihm wohl bekannt gewesen sein. Ich sehe den ganzen Zweck dieser Sache nicht ein. — Vors.: Sie sind nicht berufen, die Fragestellung der Parteien zu kritisieren. Es sind Befinden gegen die Glaubwürdigkeit des Vater Müller erhoben worden und darauf sind von der anderen Seite

Bedenken gegen Ihre Glaubwürdigkeit

erhoben. — Oberleutnant Mayer: Ich weiß nicht, was das alles soll. — Rechtsanw. Schreiber: Mir liegt jeder persönliche Angriff vollständig fern. Wir müssen aber unser Plädoyer vorbereiten und dafür die Grundlage schaffen. — Abg. Roeren: Ich möchte an den Zeugen die bestimmte Frage richten, ob er wegen falscher dienstlicher Auskunft zu der höchsten Ordnungstrafe verurteilt wurde? — Zeuge: Ich bin verurteilt worden wegen objektiver falscher Darstellung, nicht wegen subjektiver. — Vors.: Dann ist aber die Höhe der Ordnungstrafe schwer verständlich. — Zeuge: Das hat seine besonderen Gründe, auf die ich hier nicht eingehen möchte. — Abg. Roeren: Hat der Herr Zeuge sich nicht ein Duala-Mädchen gekauft und als Konkubine benutzt, während er angab, er wolle, da er sich bald verheiraten, sie für den Haushalt ausbilden. — Zeuge: Die Darstellung wurde von mir auf Grund einer Beschwerde der Anwaltin gegeben, welche mir vorwarf, daß ich meine Amtsgewalt mißbraucht, mich des Buchers schuldig gemacht und ein Mädchen gebraucht hätte. Alle diese Vorwürfe waren unberechtigt. Ich habe in der Darstellung den Verkehr mit dem Mädchen unterdrückt, deshalb allein wurde ich bestraft. — Rechtsanw. Bredered: Ich bitte den Herrn Oberleutnant Swend zu fragen, ob er nicht einmal zu Herrn Schmidt gesagt habe, ob die Mission nicht Anstoß an den Mädchen auf der Station nehmen werde. — Zeuge Swend: Ja. Herr Schmidt erwiderte:

„Dem Reinen ist alles rein und dem Schwein alles Schwein!“

(Weiterkeit.) — Vater Kost wird dann über die Verhaftung der Missionäre vernommen. Zeuge befragt zunächst, daß er dem Abg. Roeren mitgeteilt hatte, daß Schmidt sich im Dezember vorigen Jahres in Berlin aufhielt. Der Vorsitzende der Mission hatte strenge Weisung gegeben, keine Zeugen zu beeinflussen. Der Zeuge ist erst nachträglich verhaftet, aber bald wieder entlassen worden. Als er Herrn von Kottberg gefragt habe, weshalb nicht auch die anderen Paters entlassen würden, da Gouverneur von Horn doch telegraphiert habe: „Paters sofort Haft entlassen“, da habe von Kottberg erwidert, der Gouverneur sei falsch informiert. — Regierungsrat von Graefe: Das Eingreifen der Verwaltung in das richterliche Verfahren halte ich für unzulässig. Das Telegramm war eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse des Gouverneurs von Horn. — Rechtsanw. Schreiber: Ist dem Herrn Zeugen die allerhöchste Entschuldigung bekannt, die die Angelegenheit seitens des Kolonialamts gefunden hat? Wissen Sie nicht, daß in Atalpa die Häuptlinge versammelt wurden und in Gegenwart der Missionäre die Entscheidung des Kolonialamtes verlesen wurde, daß das Verfahren und die Verhaftung unzulässig und daß Herr von Kottberg entlassen werden sei, weil er ein ungeeigneter Beamter sei? Wenn Gouverneur von Horn gewagt hätte, unbefugt zu handeln, wäre gegen ihn gewiß ein richterliches Verfahren eingeleitet worden.

Rechtsanw. Curt erklärt, die Abbjao habe er persönlich gesehen. Er habe sie auch photographiert. Der Zeuge überreicht eine Photographie, die der Gerichtshof und die Parteien sowie auch der Angeklagte Schmidt genau betrachten. — Rechtsanw. Schreiber:

Ra, sie ist ja nicht häßlich.

(Weiterkeit.) — Rechtsanw. Curt (fortfahrend): Das Alter solcher Mädchen läßt sich schwer schätzen. Das Schulalter von 14 Jahren ist für die frühesten Negermädchen viel zu hoch gegriffen. Der Beweis, daß die Abbjao noch nicht 14 Jahre alt war, wurde in der Berufungsverhandlung, der er als Verteidiger des Paters Smith beizuhilfen, nicht erhoben, da Vater Smith ohnehin auf Grund des § 193 des Strafgesetzbuches freigesprochen wurde. Die Abbjao machte einen glaubwürdigen Eindruck. Sie war ein intelligentes Mädchen; sie machte ihre Aussagen durchaus nicht schüchtern, sondern sie redete frei. Wir fiel es auf, daß die Abbjao in der Hauptsache immer dieselben Aussagen machte, trotzdem bei der Vernehmung der Staatsanwältin sie ganz energisch vorgenommen hatte. Ihre Angaben über alle Vorgänge waren so bestimmt, daß man annehmen mußte, daß sich die Vorgänge tatsächlich so abgespielt haben, wie sie sie schilderte. Auf mich machte sie den Eindruck der Glaubwürdigkeit. Auch der Koch Wolo sagte aus, er habe gehört, wie die Abbjao geprügelt wurde, und daß sie ihm nachher blutige Streifen gezeigt habe. Als er einmal vor Schmidts Europareise den Kaffee im Zimmer brachte, habe die Abbjao bei ihm im Bett gelegen. Schmidt habe das unter Eid bestritten. Er habe nach einiger Zeit gehört, daß Wolo zu Gefängnis und zur Prügelstrafe verurteilt worden sei. — Justizrat Gammersbach: Können Sie sagen, weshalb Wolo bestraft und geprügelt wurde? — Zeuge: Ich weiß es nicht genau, aber ich habe den Eindruck, daß der Koch ins Gefängnis kam und geprügelt wurde wegen seiner gegen teiligen Aussage. — Justizrat Gammersbach: Wo weil er anders aussagte als der Schmidt, bekam er Prügel. War er eiblich vernommen worden? — Zeuge: Nein. Die Schwarzen werden nicht bereidigt, aber sie können wegen falscher Aussage bestraft werden. Aus den Akten gewann ich die Ueberzeugung, daß die Mission die Anzeige gegen Schmidt weder fahrlässig falsch noch wider besseres Wissen erstattete. Auf der Station wurde

viel Prügel

ausgeteilt, weshalb viele Leute auf fremdes Gebiet übergingen, um der Strafe zu entgehen. Die Beschwerde der Mission betraf den Fall, daß Schmidt

eine ganze Missionschule hatte verprügeln lassen,

einschließlich des Herrn Lehrers. (Weiterkeit.) — Die Beweisaufnahme wendet sich nunmehr dem letzten Punkte, dem gegen den Abgeordneten Roeren in dem „Offenen Brief“ erhobenen

Vorwurf der Rechtsbeugung und Beeinflussung des Gerichtsverfahrens

zu. Es sei, heißt es darin, von Herrn Roeren versucht worden, widerrechtlich schwebende Verfahren zugunsten des Herrn Wistula und der katholischen Missionen aufzuhalten. — Rechtsanwält Bredered: Ich glaube, daß die Rechtsbeugungen, welche Herr Roeren und seine Leute verübt haben, genügend von Herrn Staatssekretär Dernburg im Reichstage hergestellt sind. Immerhin beantrage ich, den früheren Kolonialdirektor Dr. Stübel darüber zu vernehmen. — Dr. Stübel aufgerufen. Er belundet: Was das Disziplinarverfahren gegen Wistula anbetreffe, so sei ein

folches, als er zurückgetreten sei, wohl in Aussicht genommen, aber noch nicht eingeleitet gewesen. Es habe also eine Einwirkung auf ein eingeleitetes Verfahren nicht stattfinden können. Er erinnere sich auch nicht, daß ein straf- oder zivilrechtliches Verfahren gegen Wistuba geschwebt habe, gegen das eine Einwirkung hätte stattfinden können. Ebenso sei ihm nicht bekannt, daß der Privatkläger eine Einwirkung auf ein Verfahren gegen die katholischen Missionen versucht habe. Mein Gedächtnis erlaubt mir nicht, mehr zu sagen. Aber ich muß annehmen, daß das nicht der Fall gewesen ist. Bei allen Verhandlungen des Jahres 1904 haben, soviel ich mich erinnere, Versuche, auf rechtsanhängige Sachen einzuwirken, nicht vorgelegen. — Rechtsanw. Vrederec: Die wären dann die Worte des Herrn Dernburg zu verstehen, die sich doch nur auf die Zeit Ihrer Amtstätigkeit beziehen können: „In Berlin haben fortgesetzt Versuche des Herrn Koeren stattgefunden, in den Gang schwebender Verhandlungen und Verfahren einzugreifen.“ — Dr. Stübel: Ich erinnere mich solcher Vorgänge nicht. — Rechtsanw. Vrederec: Erinnern Sie sich eines Briefes des Herrn Koeren an den Reichsanwalt, in dem er am Schlusse gebeten wird, dem Präsesen Bading Gelegenheit zu einer neuen Aussprache zu geben und „geneigtest veranlassen zu wollen, daß sämtliche schwebenden Verfahren bis dahin sistiert werden.“ Dieser Brief ist aus dem Staatssekretär Dernburg im Reichstage verlesen worden. — Zeuge Stübel: Es ist möglich, daß ich den Brief gelesen habe, aber es ist die Frage, ob darin eine widerrechtliche Einwirkung in schwebende Prozeßverfahren erblickt werden kann. — Vert.: Von den Verhandlungen besteht eine geheime Niederschrift des Herrn v. König. Darin heißt es, daß Herr Koeren die Abberufung des Sekretär Lang aus Togo verlangt habe. Sie aber hätten es abgelehnt. Dann heißt es weiter: Herr Dr. Stübel mußte sich schließlich der Hauptforderung, der Abberufung des Sekretär Lang, fügen. — Dr. Stübel: Ich erkläre schon neulich, daß die Ermächtigung zur Aussage sich nicht auf die Vernehmung der Beamten erstreckt, und auf dieses Schriftstück, welches Herr Dernburg zum Teil im Reichstage verlesen hat. — Rechtsanw. Jäger wünscht Auskunft über eine Beurteilung, die Zeuge selbsterklärt gemacht hat, dahingehend, daß dem Wistuba ein Nachteil aus den Vorgängen nicht erwachsen solle. Sei das nicht von irgendeiner Seite verlangt worden? — Dr. Stübel: Das beruht auf einer Entschlebung, die ich aus freier Erwägung machte. Ich hielt Wistuba die hochgradige Erregung zwischen der Mission und der Station zugute, und glaubte, daß seine Vernehmung, nämlich die Mitteilung des Telegramms an die Mission, unter diesen Umständen nicht Gegenstand einer Bestrafung werden dürfe. Für diese Entscheidung war lediglich das Gefühl der Gerechtigkeit für mich maßgebend, ohne daß irgend eine Einwirkung stattfand. Ich erinnere mich, daß die Vernehmung des Angeklagten von der Mission gewünscht und betrieben wurde. Ich nehme an, daß solche Wünsche in dem Briefe des Präsesen Bading ausgesprochen sind, und daß Prinz Arzenberg oder der Privatkläger sie unterstützten. Ich erinnere mich nicht, möchte aber annehmen, daß es, soweit der Privatkläger in Frage kommt, nicht der Fall ist. Denn die erste Verhandlung mit ihm hat schon im November 1904 stattgefunden, als die Vernehmung des Schmidt schon eine längst beschlossene Sache war. Die Vernehmung des Schmidt wäre eine vollständig unabhängige Entscheidung von mir ohne jede Einwirkung. Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Mission hatte sich so zugespitzt — durch Verschulden auf beiden Seiten — daß eine Veränderung eintreten mußte. Das Vorgehen der Verwaltung bei der Verhaftung der Missionare konnte auf keinen Fall gutgehen werden. Solche Reibereien waren nicht nur eine Schädigung des von der Regierung unterstützten Missionswesens, sondern auch des Ansehens der Weihen und des Dienstes überhaupt. — Vert.: Ede die Beweisaufnahme geschlossen wird, bitte ich den Herrn Privatkläger, sich zu äußern, ob er sich durch den Sachbeleidiger fühlt, er sei infolge der Rechtsbeugung nicht würdig, dem preussischen Richterstande anzugehören. In der Klageschrift finde ich über diesen Punkt nichts. — Abgeordneter Koeren: Wenn der Herr Kollege den offenen Brief mit Verständnis gelesen hat, so kann er unmöglich diese Frage stellen. Glaubt denn der Herr Kollege, daß es noch eine größere Beleidigung für einen Richter gibt, als den Vorwurf, des Richteramtes nicht würdig zu sein. — Vert.: Ich habe noch eine Frage. Von ihrer Beantwortung wird es abhängen, ob ich die Vernehmung des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten zu beantragen notwendig haben werde. Ist es richtig, daß der Herr Privatkläger

nicht ganz freiwillig aus seinem Amte geschieden ist? (Große Bewegung.) — Abg. Koeren: Ich will mit der Ruhe antworten, die mir eben möglich ist. Diese Ausführungen kennzeichnen die niedrige Kampfweise, die man auf der Gegenseite gegen mich beliebt. (Chal. Rufe und Lärm im Zuschauerraum.) — Vorsitzender: Sie können nachher fortfahren, zunächst werde ich den Zuschauerraum räumen lassen. — Abg. Koeren (fortfahrend): Dieser Anwurf dieses Berliner Rechtsanwalts... — Rechtsanw. Vrederec: Herr Vorsitzender, ich bitte um Ihren Schutz gegen die Beleidigung. Er hat gesagt: Anwurf. — Vorsitzender (zu Koeren): Dann, bitte, mögen Sie sich! — Abg. Koeren: Ich will also sagen, die grobe Beleidigung, die der Berliner Rechtsanwalt sich erlaubt hat, entspricht ganz dem offenen Briefe, den er erlassen hat und den Sie (zum Beklagten Schmidt) mit ihrem Namen gedeckt haben. Ich erkläre, daß es eine vollständige Entschlebung ist, daß meine Pensionierung auch nur mit einer Probe mit den Vorgängen im Reichstage zusammenhängt. Wenn das bezweifelt werden sollte, so kann ich durch den Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten und durch andere Zeugen beweisen, daß ich schon vor zwei Jahren die feste Aussicht hatte, mich mit dem Schluß der Session pensionieren zu lassen, weil mein Gehalt und meine Pension die höchste Grenze erreicht hatten. — Rechtsanwalt Schreiber: Ich frage den Angeklagten, ob er mit den Worten in dem Schriftsatz seines Verteidigers einverstanden ist und ob er sie billigt: Der Privatkläger ist des deutschen Richteramtes nicht würdig, er ist nicht geeignet, beleidigt zu werden. In bescheidener Selbsteinschätzung hat er das auch erkannt, indem er sich freiwillig aus dem Richteramt entfernt hat. (Zu dem Angeklagten.) Ist das Ihr Nachwort oder das eines anderen? — Vorsitzender: Den Ausdruck „Nachwort“ weise ich zurück. — Angeklagter Schmidt: Die Antwort überlasse ich meinem Verteidiger. — Rechtsanwalt Schreiber: Die Antwort gebe ich mir selbst. Sie waren damit einverstanden. — Rechtsanwalt Vrederec: Wir haben uns nur auf Mitteilungen aus dem Kölner Publikum gestützt. — Vorsitzender: Solche anonymen Zuschriften hätten Sie lieber unbeachtet lassen sollen. — Die Verhandlungen werden auf Sonnabend früh 9½ Uhr, verlag und wird zunächst, bevor in die Verhandlung eingetreten wird, der Angeklagte Schmidt das Wort erhalten. Das Urteil wird voraussichtlich morgen Abend gefällt werden.

Gerichts-Zeitung.

Kindesmißhandlung. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II hatte sich die Gattin eines praktischen Arztes Dr. Bergmann, Frau Else Bergmann, wegen Kindesmißhandlung zu verantworten. Die W. war am 19. Juni d. J. auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft in Stöinmünde verhaftet worden. Verschiedene Dinge aus dem Familienleben der Angeklagten kamen zu Ehren der Polizeibehörde. Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg beschloß auf Grund des § 1698 Bürgerl. Gesetzbuches, das Mädchen in anderweitige Pflege und Erziehung zu geben, da ein weiteres Verbleiben in der Familie der Eltern das Leben des Kindes gefährde und außerdem die Stiefmutter das leibliche und geistige Wohl des Mädchens in gröblicher Weise vernachlässigt. — Schon in der Voruntersuchung waren von der Angeklagten die einzelnen Tatsachen, die ihr die Anklage vorwirft, energig bestritten worden. In der

geistigen Vernehmung vor Gericht machte sie folgende Angaben: Sie selbst sei am 6. Mai 1880 geboren und habe im Jahre 1905 geheiratet. Die damals zwölfjährige Marie habe sie schon vor Eingehung der Ehe gekannt. Anfänglich sei ihr das Mädchen sehr zugetan gewesen, erst von Weihnachten 1900 ab habe sich das Verhältnis zwischen ihnen verschlechtert. Schuld trage daran lediglich, daß das Mädchen sehr unartig und unanständig gewesen sei. Trotzdem aber habe sie das Mädchen stets lieb gehabt und gut behandelt. Der Vorsitzende hielt der Angeklagten vor, daß es schon im März 1900 aufgefallen sei, daß die Marie W. überaus notdürftig gekleidet gewesen, nicht genügend Wäsche gehabt habe und auch sonst körperlich vollständig vernachlässigt gewesen sei. Die Angeklagte bestritt dies und erklärte auch die übrigen Behauptungen der Anklage für unrichtig. Sie habe allerdings das Mädchen wiederholt geprügelt, diese Prügelstrafen hätten sich jedoch stets im Rahmen des ihr zustehenden Züchtigungsrechts bewegt. Seitens des Vorsitzenden wurde der Angeklagten weiter vorgehalten, daß sie dem Kinde wiederholt nichts zu essen gegeben habe, so daß das Mädchen sich bei Hausbewohnern ein Stückchen Semmel zusammenbettele. Wiederholt soll es auch in das elektrische Lichtbad gesteckt worden sein, so daß es sich an den Lampen schwer verbrannte. Durch die kolossale Hitze in dem Apparat soll das Mädchen halb ohnmächtig geworden sein und irre geredet haben. Die Angeklagte soll das Kind dann aus dem Lichtbade an den Haaren herausgerissen und den nackten Körper mit einem Stöckchen weiterbearbeitet haben. Häufig soll es auch von der Angeklagten gezwungen worden sein, aus dem Lichtbad heraus zu kommen und mit einem dünnen ausgefärbten Kleide bei grimmiger Winterkälte an das offene Fenster setzen zu müssen. Die Angeklagte bestritt auch diese Behauptungen der Anklage. Einmal habe sie allerdings auch mit einer weißen Larve eine Wespenerkersehung inszeniert; das wäre jedoch nur zu dem Zwecke geschehen, das Kind zu einem Gesandnis zu veranlassen, als es einmal gestohlen habe. — Als erste Zeugin wird die Schulpflichterin Fräulein Dörfling vernommen, in deren Institut sich die kleine W. mehrere Monate in Pension befunden hatte. Die Zeugin bezeugte, daß das Mädchen ihr durch Herrn Dr. Bergmann zugesandt worden sei. Dieser habe die eigentümlichen Worte dabei fallen lassen: „Ich muß das Kind wegrängen, ich kann es nicht mehr verantworten.“ Das Mädchen war nur eine mittelmäßige Schülerin, sonst aber nicht schlecht oder unmäßig. Es hatte den Anschein, als ob sich die Marie W. kurz vor den Ferien darauf freute, wieder nach Hause zu kommen. Nach den Ferien erschien sie dann ganz bleich und sehr heruntergekommen wieder in der Schule und habe zu Mitschülerinnen gelaufen, sie wolle am liebsten gar nicht mehr nach Hause. Sie (die Zeugin) habe selbst das Kind einmal gesehen, wie es vor Schwäche und Müdigkeit mit ausgestreckten Armen umgefallen sei. Sie habe das Mädchen sofort in ihre Wohnung geschafft, wo es stundenlang wie tot geschlafen habe. Sie habe dann die Mutter benachrichtigt. Bevor die Angeklagte jedoch erschienen sei, habe ihr das Mädchen erzählt, sie hätte die letzten 14 Tage weiter nichts als Brotsuppe zu essen bekommen. Die eingeschuldigte sei anscheinend sehr wütend darüber gewesen. Wie die kleine Marie später ihren Mitschülerinnen erzählte, habe die Angeklagte auf dem Heimwege zwei Stöcke gekauft und diese auf ihr entzweigeflagen. Nach den Ferien sei auch das Mädchen sehr verschmutzt und ohne ausreichende Wäsche wieder zu ihr gekommen. Arme und Füße haben blaue, grüne und gelbe Flecken gezeigt, die anscheinend von Schlägen herrührten. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Schwandt erklärte die Zeugin, daß das Kind in der Schule sehr unmordentlich gewesen sei; stets hatten Hefte und Bücher geknickt. Die Schularbeiten wären immer nicht zur rechten Zeit fertig gewesen und dann machte das Kind wohl Andringen, aber von einer ausgesprochenen Ungehorsamkeit sei keine Rede. Für eine junge Mutter sei es allerdings sehr schwer gewesen, mit einem derartigen Kinde umzugehen. Ende Januar bei Eisfalten kam das Mädchen mit dünnen Kittungsleiden und nur einem Hemd darunter zur Schule. Dieses Kittungsleid würde ein Bettelkind nicht mehr getragen haben, so unanständig sei es gewesen. Auf Befragen des Sachverständigen Dr. Oppenheim erklärte die Zeugin, daß Marie W. ein ganz klarer Kopf und besonders für Musik außerordentlich begabt gewesen sei. Es wäre zwar nicht besonders fleißig, aber auch nicht schamlos gewesen.

Eine sehr schwer belastende Aussage machte die in demselben Hause wohnhafte Frau Liebig, die folgendes bezeugte: Sie habe anfänglich immer nur ein gutes Verhältnis zwischen Stiefmutter und Tochter gesehen. Eines Tages habe sie an ihrer Korridortür ein leises Pochen und ein Seufzen gehört. Als sie öffnete, habe die kleine W. vor der Tür gestanden und bitterlich geweint. Auf die Frage, was ihr fehle, habe sie geantwortet, sie habe großen Hunger. Einige Stunden später habe wohl die Frau Dr. W. von diesem Vorgang erfahren, denn bald darauf habe sie (Zeugin) aus der Wachen Wohnung das Geräusch klatschender Schläge gehört. Das Mädchen habe sich dann an der Wasserleitung erbrochen, während Frau Dr. W. daneben gestanden und höhnisch gelacht habe. Am nächsten Tage habe sie das Kind gefragt, ob sie öfter von der Stiefmutter geschlagen werde. Marie W. habe geweint und gesagt: „Papa hat keine Ahnung davon, wie schlecht es mir geht.“ Erzählen Sie es bloß nicht Papa, sonst erfährt es wieder Mama und ich habe es dann doppelt schlecht!“ Eines Abends habe sie das Mädchen beobachtet, wie es sich weit aus dem Fenster herausgebogen habe, so daß es beinahe in die Tiefe gestürzt wäre. Die kleine W. habe ihr dann am nächsten Tage mitgeteilt, sie sei von ihrer Stiefmutter wieder furchtbar geschlagen worden, weshalb sie sich aus dem Fenster stürzen wollte. Wiederholt habe sie das Kind bei bitterer Kälte im Hemd am offenen Fenster sitzen sehen. Auf den Füßen habe sie (Zeugin) einmal eine große klaffende Wunde bei dem Kinde gesehen. Die Zeugin hat schließlich das Treiben nicht mehr mit ansehen können. Sie ging zu Herrn Dr. Bergmann und machte diesem Vorhaltungen. Dr. Bergmann habe anscheinend etwas von den Mißhandlungen gewußt, denn er war sehr niedergeschlagen und außer sich, er werde das Kind bald wieder in die Pension bringen. Als nächste Zeugin wurde ein früheres Dienstmädchen des Angeklagten, namens Krüger, vernommen, welches bezeugte, daß die kleine Marie W. überaus schlecht behandelt worden sei, so daß sie manchmal darüber geweint habe. Ihr sei es streng verboten, auch nur das geringste dem Herrn Dr. W. zu erzählen. Dafür habe sie dann an den spiritistischen Sitzungen des Dr. Gabert Müller als Medium teilnehmen dürfen. Die kleine W. habe durch die nächtlichen Wespenerkersehungen der Frau Dr. W. eine furchterliche Angst gehabt und sei manchmal ganz irre geworden. Die Zeugin behauptet weiter, daß das Mädchen manchmal, wenn die Mutter sehr spät abends aus der Gesellschaft kam, noch geweint wurde und noch nähen oder stricken mußte.

Der als Zeuge vernommene Dienermann der Angeklagten, Dr. Paul Bergmann, ein 45 Jahre alter Mann, erklärt sich zur Aussage bereit: Seine Tochter Marie sei auf ihre eigenen Bitten aus der Pension nach Hause genommen worden. Die Schwierigkeiten, ein solches Kind zu erziehen, seien unendlich groß gewesen. Dr. Bergmann betont, daß das Mädchen durch vollständige phantastische Erfindungen und Lügen über ihre Behandlung in der Pension und durch injandiges Witten es durchgesetzt habe, daß sie wieder nach Hause genommen wurde. Was die Lichtbäder betrifft, so seien dem Marienchen solche verschrieben worden, weil es an Strophulose litt. Diese Bäder seien ihr auch sehr gut bekommen und ihr Schreien und Toben während der Bäder habe, wie er sich selbst überzeugt habe, keinerlei Grund gehabt. Es sei ausgeschlossen, daß sich Marienchen verbrannt habe. Im Anschluß an diese Vernehmung wird Prof. Dr. Oppenheim über den Geisteszustand des Kindes auch nach der moralischen Seite hin vernommen. Er kann darüber wenig sagen, da er das Kind nur einmal in der Sprechstunde untersucht habe und sonst nur auf die Mitteilungen der Eltern angewiesen gewesen sei. Das Kind sei bleich und schlecht ernährt gewesen, aber er müße es ablehnen, ein Urteil darüber abzugeben, ob das Kind einen geistigen und moralischen Defekt habe. Auch nach dem Ein-

brüche, den er heute erhalten, würde er es für das richtigste halten, das Kind in einem Institut auf seinen Geisteszustand und auf das etwaige Vorhandensein eines moralischen Defekts zu untersuchen. Dr. Bergmann erklärt noch, daß Marienchen äußerst raffiniert sei. Der Zeuge, der seiner Frau das glänzendste Zeugnis bezüglich der Behandlung seines Kindes anstellt, stellt alle besorglichen Aussagen der Krüger und eines anderen Dienstmädchens entschieden in Abrede und behauptet, daß diese doch nur auf Hörensagen und erfundenen Mitteilungen Marienchen beruhen, so insbesondere die Behauptung, daß das Mädchen bis nachts streiken mußte und daß es vor Hunger verschimmeltes Brot gegessen habe. — Auf Befragen des stellvertretenden Kreisarztes Dr. Schönstadt bleibt die Zeugin Krüger dabei, daß die Angeklagte mit dem Rohrtod auf das Kind losgeschlagen habe, als es im Lichtbad halb ohnmächtig wurde und immer schrie, daß es doch hinausgelassen werden möchte. Die Angeklagte bestritt dies und hält der Zeugin vor, daß sie selbst ihr wiederholt gesagt habe: Marienchen habe es viel besser, als sie es bei ihrer Stiefmutter gehabt habe.

Zeugin Frau Samisch bestätigt die belastenden Aussagen der Belastungszeugin. Das Kind habe in einem Raume geschlafen und gegessen, wo haukrante Menschen behandelt wurden. Das Kind habe kein gutes Bett, war schlecht gekleidet und hungrig, so daß die Zeugin, die Waisenschwesterin ist, ebenso wie die anderen Hausbewohner dem Kinde, das sehr zitterte und wie ein Skelett aussah, täglich zu essen gegeben habe. — Rechtsanw. Dr. Schwandt stellt durch die Leipziger Pensionsmutter fest, daß das Kind auch in ihrer Pflege, trotzdem es gut und ausreichend zu essen bekam, bleich und mager wurde. — Die Portiersfrau Paritz hat gesehen, daß das Kind mehrmals ganz mit Wasser bespritzt war; das Kind behauptete, daß die Mutter es trotz herrschender Kälte mit Wasser begossen habe. Auch hat sie oft gehört, daß das oft über Hunger klagende Kind Schläge bekam. Die Krüger hat manchmal gesagt: „Wenn sich doch jemand des Kindes erbarmen möchte; es stürzt sich noch einmal aus dem Fenster!“ — In der weiteren Beweisaufnahme — in welcher u. a. auch das mißhandelte Kind dem Gerichte vorgestellt wurde, aber das Zeugnis verweigerte — wurden noch von mehreren Zeuginnen allerlei Fälle von Mißhandlung des Kindes durch die Angeklagte und angebliche Szenen, bei denen das Kind gequält worden sein soll, bezeugt.

Das Gutachten des Sachverständigen Dr. Schönstedt wird von diesem unter der Voraussetzung der ungünstigsten Annahme abgegeben, daß das Kind wirklich an moral insanity leide und daß bei den Belastungszeugen Wahrheit und Dichtung durcheinandergehen. Selbst unter dieser Annahme müßte das Vorliegen von Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung nach drei Richtungen hin angenommen werden: Sie sei zu erkennen in der Behandlung des Kindes in dem Lichtbad, in der unzureichenden Bekleidung des Kindes bei Winterzeit und in der absolut unzureichenden Ernährung, die aus seinem ganzen erbärmlichen Körperzustand herbergehe. Aus den von verschiedenen Zeugen an dem Kinde wahrgenommenen Striemen und Flecken könne er nicht mit Bestimmtheit folgern, daß das elterliche Züchtigungsrecht überschritten und zu einer Körperverletzung ausgeartet sei.

Die Beweisaufnahme wurde hierauf geschlossen. In neunter Abendstunde ergriff Staatsanwalt Ruiting das Wort zur Begründung. Er hielt in längeren Ausführungen die Angeklagte für völlig überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten, da es sich um geradezu unmenschliche Mißhandlungen handele.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt wies darauf hin, daß es gerade in dem vorliegenden Falle äußerst schwierig ist, über eine junge unbescholtene Frau, die sich in angehener gesellschaftlicher Position befindet, auf Grund eines Hausbewohners und Dienstmädchens den Verdacht zu erheben. Ein eigentlicher Zeuge einer Mißhandlung sei nicht vorhanden. Die allerdings konstatierten Striemen können, wie jedes Elternpaar bestätigen wird, auch schon durch leichte Schläge mit einem Stock entstehen und sind dann wahrscheinlich von dem Kinde infolge des Juckreizes aufgetragen worden, so daß es dann „blutige Striemen“ waren. Wenn das Gericht hierin eine Körperverletzung erblicken möchte, so erscheine unbedingt eine Geldstrafe geboten. — Das Gericht schloß sich diesem Antrage an und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 300 M., von welcher noch 150 M. als durch die erlittene Unternehmungshaft für beglichen angesehen wurden.

Bereinsgefecht. Der Gauleiter Peulert vom Schmiedeverband hatte am 1. März von Ratibor aus etwa 60 verschiedentliche Einladungen an einzelne Ratiborer Schmiede persönlich und an die Schmiedegesellen ganzer Werkstellen gerichtet, um sie zu einer Zusammenkunft zu berufen. Es erschienen 9 Schmiede. Man nahm ganz zwanglos Platz. Peulert erzählte von seiner Wandererschaft, kam dann auf den Zentralverband der Schmiede Deutschlands zu sprechen, legte Entwidlung und Ziele des Verbandes dar und fragte die einzelnen Schmiede nach der Höhe ihres Lohnes. Nach den Antworten der Versammelten erklärte P. wiederholt, die Zuschläger hätten mit 23 M. bisher einen zu geringen Lohn und es wäre nötig, ihre Löhne zu verbessern. Nachdem diese unterhaltungsweise geführten Gespräche etwa ½ Stunde gedauert hatten, verhinderte ein hinzukommender Polizeibeamter das Weitergehen. — Peulert wurde demnach wegen Verletzung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er eine Versammlung, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollte, als ihr Unternehmer nicht 24 Stunden vorher angemeldet habe. Um eine Verjämmlung handele es sich, weil die 9 Schmiede, die eine nicht zu kleine Zahl seien, sich irgendwie auf Grund eines gemeinsamen Willens äußerlich vereinigt hätten.“ Es wäre unerheblich, daß die Verhandlung ohne besondere Organisation in Form einer gewöhnlichen Unterhaltung vor sich gegangen sei. Die Versammlung sei aber auch eine solche zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gewesen. Die in Betracht kommenden Umstände zeigten, daß Angeklagter die Versammlung einberufen habe, um die Lohnbedingungen der Schmiede von Ratibor und Umgegend, sowie die Erlangung günstigerer Lohnbedingungen, insbesondere der Zuschläger des Bezirks, zu besprechen und im Anschlusse daran die Frage zur Sprache zu bringen, ob der Zentralverband der Schmiede durch Schaffung einer Zahlstelle nach Ratibor ausgedehnt werden sollte. Es hätten die Lohnverhältnisse einer ganzen Berufsklasse eines Bezirks und ihre Besserung besprochen werden sollen. Das verleihe die Gesamtheit, sei eine öffentliche Angelegenheit.

Der Angeklagte legte Revision ein, die Rechtsanwalt Dr. Heinemann vor dem Kammergericht vertat. — Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel und führte in der Begründung unter anderem aus: Daß keine Leiter oder Ordner usw. gewählt wurden, sei für die Annahme einer Versammlung unerheblich. Ein Rechtsverstoß falle dem Landgericht nicht zur Last. Die Feststellung, ob eine Versammlung vorliege, sei tatsächlicher Natur. Aber selbst wenn man sagen wollte, neun Personen seien eine zu geringe Zahl, so läme es hierauf nicht an. Denn es handele sich hier um den Unternehmer einer Versammlung, der zu ihrer Annahme verpflichtet wäre, falls darin öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Entscheidend sei, was der Unternehmer beabsichtigte. Nach den Feststellungen habe er aber zweifellos eine Verjämmlung beabsichtigt. Seine Einladung sei an die Schmiede von Ratibor und Umgegend ergangen und die eingeladenen seien aufgefordert worden, nach Kollegen mitzubringen. Es sei ferner auch genügend festgesetzt worden, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Es handele sich hier nicht etwa um die Schmiede eines bestimmten Betriebsunternehmers, sondern um die von Ratibor und Umgegend, also eines ganz unbestimmten Bezirks. Wenn deren Lohnfragen in der festgestellten Weise erörtert wurden, dann gehe es die Allgemeinheit an und sei es eine öffentliche Angelegenheit im Sinne des Gesetzes.

Die russische Revolution.

Zum Beginn der Duma-Wahlen.

Vor einigen Tagen haben die Wahlen der Bauern- und Arbeiterbevollmächtigten im Gouvernement Moskau stattgefunden...

Ganz still und unmerklich, fast ohne vorhergegangene Agitation sind die Wahlen herangetreten. Die hoffnungsfreudige Erregung, die während der Wahlen zur ersten Duma fast in allen Schichten der Bevölkerung herrschte...

Das Wahlgesetz vom 16. Juni hat den konservativen und reaktionären Elementen auf fast allen Wahlstufen die Majorität für sich gesichert. Dabei ist der Wahlmodus derart, daß die breiten Massen — insbesondere auf dem flachen Lande — erst auf den höheren Wahlstufen zur Geltung kommen...

Das reaktionäre Wahlgesetz selbst wird also bei seiner Anwendung eine Wirkung hervorrufen, welche durch die lebhafteste Wahlagitation schwerlich hervorgerufen werden könnte. Der Verlust an Mandaten wird für die revolutionären Parteien durch eine starke Zunahme des revolutionären Bewußtseins in den breiten Volksmassen aufgewogen werden...

Die Wahlkampagne in den Städten wird natürlich unter weit komplizierteren Verhältnissen geführt werden als in den Dörfern. Es wird einer intensiven Arbeit seitens der Parteien bedürfen, um sowohl gegen die Repressalien und Schikanen der Behörden wie gegen den Absentismus gewisser Schichten der Bevölkerung anzukämpfen...

Pläne der Reaktion zunichte zu machen und neue Kräfte zu sammeln für den weiteren Kampf mit dem alten Regime.

Wahlmacher Stolypin.

Infolge des Sieges der oppositionellen Parteien in Moskau und Nisnij-Nowgorod bei der Wahl der Bevollmächtigten der einzelnen Wähler sah sich Minister Stolypin veranlaßt, vertrauliche Zirkulare an die Generalgouverneure und Gouverneure zu erlassen...

Die rasende Reaktion.

Letz, 19. September. Wegen der Ermordung des Fabrikanten Silberstein wurden heute abend alle Arbeiter der Fabrik, etwa achthundert Mann, in Untersuchungshaft gebracht.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Salzburg, den 19. Sept. (Privat-Depesche.)

Heute wurde die Frage der internationalen Regelung der Kohlenproduktion eingehend beraten. Der Belgier Callavart betonte, daß nur auf dem internationalen Wege etwas zu erreichen sei, weil seitens der Bergwerksbesitzer in Streikfällen Bemühungen ins Werk gesetzt werden, durch Agenturen den Kohlenbedarf außerhalb des Reiches zu decken...

Wilmann (Deutschland) berechnet die Weltproduktion für 1896 mit 574 Millionen Tonnen, für 1906 bereits auf 995 Mill., hieron entfallen auf Oesterreich an Steinkohle 10 Millionen auf 1896, dagegen 15 Millionen auf 1906, an Braunkohle 21 Mill. für 1896 und 28 Millionen für 1906. Oesterreich hat 1906 8 Millionen ausgeführt. Eine Einschränkung dieser Produktion ist erforderlich, denn nur durch eine Einschränkung der Produktion in Exportländern sei der Schutz der Arbeiter in den anderen Ländern möglich.

Der Engländer English bemerkt, daß in England namentlich Süd-Wales und Schottland am Export interessiert sind. Eine Einschränkung wäre jedoch eine Gefahr für viele Bergarbeiter.

Der englische Abgeordnete Witefield entgegnete, daß dies eine Privatangelegenheit sei, die die übrigen Engländer nicht teilen.

Der Vorsitzende Jarolim führt aus, daß diese Arbeiterproduktion auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung basiert. Nur die Aufhebung des Privateigentums an den Bergwerken könne hierin eine Aenderung schaffen. In England haben die Unternehmer trotz der Herabsetzung der Arbeitszeit die Produktion gesteigert.

Horn (Deutschland) fordert dringend die Regelung der Materie durch ein Reichsberggesetz. Voriges Jahr wäre dieses zustande gekommen, wenn nicht das Zentrum opponiert hätte. Die christlichen Gewerkschaften hätten hier auch Einfluß nehmen sollen. Sie haben aber bei der Wahl Hues für die Unternehmer gestimmt.

Dieser Angriff veranlaßte den Führer der christlichen Gewerkschaften Effert zu der Erklärung, daß der Verein aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist und in politischer Hinsicht keinen Einfluß hat.

Hierauf erlaßt der Oesterreicher Ebert ein Referat über die Reform der Bergwerksbesetzung. Er tritt eifrig für erhöhten Arbeiterschutz ein. Wichtig sei die Befreiung der Privilegien der Bergwerksbesitzer. Ein Bergarbeiter könne zum Beispiel den Dienst nicht verlassen, wenn er schwer beleidigt, sondern erst wenn er geprügelt werde. Reformen sind dringend nötig.

Der tschechische Delegierte Streska begründete eine Resolution, die die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren und die unterirdische Beschäftigung bis zum 16. Lebensjahre verbietet. Schmidt (Deutschland) teilt mit, daß in Deutschland 20 000 Kinder im Bergbau beschäftigt sind, besonders am Sitze der christlichen Gewerkschaften.

Die Resolution wird hierauf angenommen. Girsch (Deutschland) begründet die Resolution über die Frauenarbeit, die verlangt, daß die Beschäftigung weiblicher Arbeiter in Bergwerksbetrieben gänzlich zu verbieten ist. Er verwies darauf, daß die Frauen in Deutschland die Löhne bräuden.

Pohl (Oesterreich) führt aus, daß in Oesterreich das Gesetz zur Einschränkung der Frauenarbeit bestehe, aber Ausnahmen zugunsten der Unternehmer zulasse. Es stehen 6000 Frauen im Betriebe.

Die englischen Delegierten sprechen bestig gegen die Frauenarbeit, weil die Verleumdungen ihre Frauenspflichten nicht erfüllen können, die Mädchen notorisch schwer heiraten.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung spricht der Vorsitzende Jarolim. Er sagt, daß für die Arbeiter wenig Unterschied bestehe zwischen der Ausbeutung durch den Staat und Private. Aber die Verstaatlichung vermehre wenigstens den Raubbau. In Oesterreich grabe der Fiskus bloß 12 Millionen Quadratmeter von dem Ertrage von 800 Millionen. Es seien zwar Anträge auf Verstaatlichung von verschiedener Seite gestellt worden, aber stets in demagogischer Absicht. Der Redner stellt zum Schluß namens der Deutschen und Oesterreicher folgenden Resolutionsantrag:

Die Verstaatlichung (Nationalisierung) der Bergwerke ist erforderlich, um den Gewinn der Nation zu sichern und um allen

Raubbau in den Gruben zu verhüten. Den Arbeitern muß aber das völlig freie Koalitionsrecht gesichert sein.

Hierzu liegt seitens der Belgier und Franzosen noch folgender Antrag vor:

„Der Kongreß ist der Meinung, daß den Privatpersonen die Konzeption für Ausbeutung der Gruben nicht erteilt werden soll; im Interesse der Nation sollten die Gruben für den Nutzen der Arbeiterklasse und des Landes ausgedeutet werden.“

Gegen die Verstaatlichung der Bergwerke stimmten die Mitglieder des polnischen Berufsvereins mit der Motivierung, daß der Uebergang der Bergwerke in den Besitz der preussischen Regierung eine Verschlimmerung der Lage zur Folge haben müßte, und die Polen fürchten, von der preussischen Regierung gänzlich aus den Bergwerken vertrieben zu werden.

Es kamen hierauf noch die Anträge hinsichtlich der Altersversorgung und der Altersrenten der Bergarbeiter zur Verhandlung.

Aus der Partei.

Ueber den Internationalen Kongreß erstattete Genosse Storch am Mittwoch vor den Stettiner Genossen seinen Bericht. Aus der Debatte haben wir nach dem Stettiner „Volksboten“ folgende Momente herbei:

Genosse Dr. Mah bemängelt in scharfer Weise die Arbeiten des Kongresses, die nicht so hoch wie die der Haager Friedenskonferenz zu bewerten sind. Der Verwaltungsapparat ist viel zu groß, wichtiger und verständiger sei es, so solcher internationalen Tagung nur einen kleinen Kreis Personen zu entsenden, welche die einzelnen Gebiete durch Spezialstudien beherrschen. Diese Genossen sollten zur Behandlung der Fragen nicht einige Tage, sondern einige Wochen zusammenbleiben. Die Kolonialpolitik muß den Völkern die Freiheit und Selbstverwaltung usw. geben. Die Sozialisten müssen dafür eintreten, daß die unterjochten Völker sich diese eventuell mit der Waffe in der Hand erkämpfen. In freier Kulturarbeit sollten die Sozialisten in die Kolonien gehen; keine Kolonialpolitik, nachdem man die politische Macht über die Völker errungen. Bei der Ein- und Auswanderungsfrage hat der Kongreß das Massenproblem außer acht gelassen. In bezug auf das Frauenwahlrecht sind die Frauen wieder die von den Männern angeführten. Wir ist der Kongreß nicht die 200 000 W. wert, die er gelöst hat. Seine Beschlüsse wird man nicht sonderlich beachten.

Genosse Bassehl weist die Parallele mit der Haager Friedenskonferenz entschieden zurück und erklärt, die Sozialdemokratie könne mit den Stuttgarter Beschlüssen zufrieden sein. Genosse Kunze polemisierte gleichfalls gegen Dr. Mah; Kunze leistet sich abdamnend bei seinen Ausführungen über die Kolonialpolitik den geschmackvollen „Witz“, unser Leipziger Parteiblatt als „Leipziger Pflanze“ zu bezeichnen. — Gen. Rohlrad plädiert — wie vorher Bassehl — für Verlegung der Parteifester auf den Abend.

Am selben Tage berichtete Genosse Hanisch im Wahlverein Randow-Gröfenhagen über den Internationalen Kongreß. In der Diskussion gab Genosse Quessel seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß nicht die David-van-Kolfsche Fassung der Kolonialresolution angenommen worden sei. Zur Einwanderungsfrage entwickelte Quessel seine Gedanken in — wie es scheint — so wenig klarer Weise, daß ein Diskussionsredner erklärte, nicht einmal daraus klar geworden zu sein, ob er (Quessel) für oder gegen die Einwanderung der Russen sei.

Mit den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses erklärte sich die Versammlung einstimmig einverstanden.

Parteiliteratur.

Soeben erschien in unserem Münchener Parteigeschäft (G. Birl u. Co. m. b. H.) eine Schrift: Vater Ambrosius von W. Blos, die wir allen, die sich mit dem großen deutschen Bauernkrieg bekannt gemacht haben oder damit erst beginnen wollen, aufs wärmste empfehlen. Vater Ambrosius, der Augustinermonch von Würzburg und Feldprediger des Bauerheeres, gehört zu den wenig bekannten Gestalten der mächtigen Volksbewegung, aber er verdient neben Münzer, Huz und Bruno gestellt zu werden. Ein Märtyrer der Freiheitsbewegung seiner Zeit hat er für seine Ideen gekämpft und gelitten. Karl Grillenberger war es, der die Anregung dazu gab, daß Wilhelm Blos sich dieser verdienstvollen Arbeit widmete.

Witterungsüberblick vom 20. September 1907.

Table with 12 columns: Station, Barometer, Wind, Visibility, Rain, Temp., etc. for various locations like Schwetzingen, Karlsruhe, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. September 1907. Zeitweise aufklarend, vorherrschend wolke bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden, etwas kälterer Nacht und wenig veränderter Tagstemperatur; keine erheblichen Niederschläge.

Theater. Sonnabend, 21. September. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Samson und Dalila. Königl. Schauspielhaus. Die Kabinenbesitzerin. Deutsches, Prinz Friedrich von Domburg. Kammerstücke: Liebet. Festung. Der Bund der Jugend. Zentral. Unsere kleinen Jungen. Neues Schauspielhaus. Al-Feldberg. Anfang 8 Uhr. Berliner. Die tanzenden Mädchen. Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator. Folies Caprice. Geteilte Liebe. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Winterschlaf. Neues. Abstrakte. Liebe. Komische Oper. Carmen. Welken. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Hufarenfieber. Kleines. Vater und Sohn. Weibens. Haben Sie nichts zu verzollen?

Trianon. Fräulein Josette — meine Frau. Thalia. Ihr Sechshundert-Ducl. Puppen. Gebildete Menschen. Bernhard Rose. Der Geld des Tages. Theater an der Spree. Der Aktienbändler. Metropolis. Das muß man sein. Nivola. Sylvester Schöpfer. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Colossus. Die wilde Jagd. Gebr. Herrnsfeld. Kahame Big-Wag. Es lebe das Hochleben. Volksg. Lona Hansen. Spezialitäten. Wintergarten. Anne Dancrey. Annie Dufens. Spezialitäten. Prater. Spezialitäten. Reichshallen. Steintiner Sänger. Carl Haverland. Spezialitäten. Urania. Tausendstraße 48/49. Wends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte. Invalidenstr. 67/62. Ferdinand Bonns Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Die tanzenden Mädchen. Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingst.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Thavatrath. Lieber. Sonntag, Montag: Thavatrath. Kleines Theater. Zum 61. Male: Vater und Sohn. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Vater und Sohn. Montag: Ein idealer Gatte. Friedrich-Wilhelmstadt. Schanspielhaus. Abends 8 Uhr: Winterschlaf. Sonntag 3 Uhr: Jugend. 8 Uhr: Die Ribelungen. Montag: Winterschlaf. W. Noacks Theater. Direction: Ab. Ditt. Oranienstr. 10. Heute: Geschlossen! Sonntag: Die Rastelbinder. Volkshaus mit Hofung von Koller. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Hufarenfieber. 8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr Haben Sie nichts zu verzollen? Schwant in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Beber. Robert de Trielma: Rich. Alexander. Sonntag, den 22. September, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. Zentral-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Premiere: Unsere blauen Jungens. Schwant in 3 Akten von A. Uppigisch und Max Schoenan. Musik von Volpert Schumacher. Theater Folies Caprice. Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Heute Sonnabend, 21. Septbr.: Premiere. Geteilte Liebe. Die Antidoneanten. Bunter Teil. Hauptdarsteller: Mortons, Fielsohmann, Grünacker. Anfang 8 Uhr. Kaffenerdönn. 6 Uhr. Vorverkauf an der Theaterkasse von 10—3 und bei Berthelm.

Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr. Gebildete Menschen. Volshaus von Leon. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Don Carlos. Abends 8 Uhr: 1. Gastspiel des Herrn Albin Neuh vom Leipzig-Theater zu Berlin: Der Streik der Schmiede. Dienstag: Carmen. Romanisches Schauspiel in 4 Akten. Zum Schluß: Ich heirate nie. Lustspiel von Staat. Theater an der Spree. Köpenickerstraße 68. Täglich 8 Uhr: Der Aktienbändler. Alt-Berliner Gefangensstoffe v. D. Kallisch. Mit Josefina Dara und Heinz Gordon. Sonntag 3 Uhr: Der Goldkamel. Rixdorfer Theater. Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Direction: Julius Furt. Sonntag, den 22. September 1907: Maria Stuart. Ein Trauerspiel in 5 Akten v. Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Invalidenstr. 67—62; Sternwarte. Tägl. geöffnet von 7 1/2—11 U. abds. Zoologischer Garten. Täglich ab nachm. 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Walhalla-Variete-Theater. Weinbergweg 19/20, Rosenh. Lor. — Anfang 8 Uhr. — Das originale Sept-Programm. Auto-Klub, der Klub hebt ein Automobil mit den Zähnen. Tunnel: Konzert i Theaterhof, frei.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Monna Vanna. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Trauulus. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Herr Senator.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Herr Senator. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Monna Vanna. Sonntag, abends 8 Uhr: Götz von Berlichingen.

Trianon-Theater.

Fräulein Joseette - meine Frau. Anfang 8 Uhr. Achtung! Hasselwerder, Nieder-Schöneweide. Inhaber: Albert Scheruch. Jeden Dienstag Großes Kinderfest. Jedes Kind erhält eine Kopfbedeckung und Los gratis. Kaspartheater, Fackelpolonoise, Verlosung und Frei-Tanz. Entree 10 Pf. Vom Schließigen Bahnhof bis Nieder-Schöneweide 10 Pf. Um geneigten Zuspruch bittet Albert Scheruch. 54772

6. Wahlkreis.

Samstag, den 22., abends 6 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188: Versammlung. Vortrag. Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Dienstag, den 24. September cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151-152: Öffentliche Protest-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die neueste Polizeifaktion in Rixdorf und das Verbot des Rinderturnens in der freien Turnerschaft Rixdorf-Brig. Referent: Stadterordneter Emil Watsky. 2. Freie Aussprache. Die gegnerischen Vereine sind hierzu eingeladen. Ebenfalls sind unsere Brudervereine Groß-Berlins hierzu eingeladen. Arbeiter, Genossen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung, um wichtigen Protest einzulegen gegen den Eingriff von Polizei und Regierung, die den Eltern das Recht der geistigen und körperlichen Erziehung entreißen will. Darum erscheint in Massen! Der Einberufer. Max Schönberg, Rixdorf, Knefedeckstr. 119.

Wir gehen zu Castan, 165 Friedrichstr. 165 um das Neueste zu sehen - den Rechtsanwalt Hau und andere Sehenswürdigkeiten.

XIII. Saison Zirkus Busch Bahnhof Börs. Heute Abend 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Herr Willy Mann mit seinem besten Bundereslantent. Moni. G. Caroli mit seinen ind. besten. Orig. ungarische Gypsy-Truppe, Akrobaten, sowie das große Programm. Sonntag, den 22. September: 2 große Gala-Vorstellungen 2 nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr schließt Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Zirkus Schumann Heute Sonnabend, den 21. September, abends präzise 7 1/2 Uhr: Erste Grande Soirée High-Life. Gala-Programm, u. a.: Mathilde Renz Dora Schumann Ernst Renz Ernst Schumann The Honbars Les 5 Olracs Frères Plattiers Les Albanos

Jedes 5. Los muß gewinnen Düsseldorf Lotterie Ziehung am 30. Sept. 120000 Gewinne W. Mk. 90000 Zwei Hauptgew. z. u. W. Mk. 20000 10000 5000 2000 2 à 1000. Alleinvertrieb für Berlin Gustav Jaase, Neue Königsstr. 86.

Metropol-Theater Zum 8. Male: Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (14 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.

Konferenz-Quadrille neuester Dressur-Akt des Direktors Albert Schumann. Die unübertreffliche George Bonhair-Truppe und die großartigen Spezialitäten. Sonntag 2 Vorst., nachm. 3 1/2, u. abends 7 1/2 Uhr. Radm. 1 Kind frei.

Guido Thielscher a. D. B. Darmand a. D. E. Withney a. D. Henry Bender. J. Ciampietro Jos. Josephi. Fritz Massary Fritz Schenke, L. Haskel etc. Dirigent: Kapellmeister M. Roth. Anfang präzise 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

DERNHARD ROSE THEATER Dr. Frankfurterstr. 132. Heute: Der Held des Tages. Von Kurt Matull. Anfang 8 Uhr. - Hochentagspreise. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der große Unbekannte.

Gebr. Herrnfeld-Theater. 57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2. Doppel-Substanz-Abend (Soubrette-Vorstellung). Sum 50. Male: Madame Wig-Wag Operett-Burleske von H. und D. Herrnfeld. Musik von E. Thal. Sum 75. Male: Es lebe das Nachtleben! Separat-Abt. v. H. u. D. Herrnfeld. Beide Stücke mit den Intoren in den Hauptrollen. Kasseneröffnung u. Einlaß 7 Uhr. 10 7 Uhr: Promenaden-Konzert. Beginn 8 Uhr (halbe Preise). Ein vorverkauft Hotel u. Hayfish geht zur Jagd mit H. u. D. Herrnfeld. 8 Uhr: Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben!

Apollo Theater 9 1/2 Uhr! Adagio! 9 1/2 Uhr! Berlin's größte Sensation: Sylvester Schaffer jr. der berühmte Universal-Künstler. Vorher ab 8 Uhr: Das tolleste Programm. Sonntag, 22. Sept., 9 1/2 Uhr: Erste Hoch-Vorst. mit Solo. Schaffer.

Palast-Theater. Burgstraße 24. Heute 1/8 Uhr. Entree 50 Pf. Das glänzende Programm. Unter anderem: Das schwimmende Theater das Tollste vom Tollen. The 5 Marnos erstklassige Akrobaten. The Newports 8 erstklassige Nummern. Vorverkauf von 11-1 Uhr.

WINTER GARTEN Anne Danerey Olga Preobrajensky und das glänzende Programm. Kasino-Theater. Köpenickerstr. 57. Täglich 8 Uhr: Die wilde Jagd. Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda. Vorher d. glänz. Orchesters. Programm. Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe. Prater-Theater. Köpenickerstr. 1-9. Ein toller Einfall. Schwank von Karl Laus. Anfang 8 Uhr. Sonntag 5 Uhr: Maria Stuart. Abends 7 1/2 Uhr: Bühne und Welt.

Buggenhagen, Moritz-Platz. Inhaber: Albert Böhm. Täglich: Die 7 Schwaben moderne Volkssänger. Martin Bendix als Eberhard Holmes von Treuenbütchen. Am unter. Saal 10 Pf. Militärkonzert. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. (27). Sanssouci, Kottbuser-Str. 6. Direktion: Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzchen. Stets hochinteress. Progr. Sonntag, 22. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr. Sonntag: Elite-Soir. Tanz. Dienstag und Freitag: Gastspiel der Berliner Volkstänze. Volkstänze. Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. Britton als Hute im Familienbad Wannsee. Anf. Montag 8, Sonntag 7 Uhr.

Garderobe für Herren u. Knaben in größter Auswahl sehr billig Robert Bohn Berlin, Invalidenstr. 133 Laden u. I. Etage. Maßanfertigung unter Garantie. Billig! Reell!



Eine Mark wöchentliche Teillieferung Bekleidungsartikel Herren-Garderoben Bring ihr Hoch-Anfertigung nach Maass. Täglich Lieferung. Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurterstr. 37, u. Eingang Strandbäder Weg.

Ich verschenke Monatsanlege von 20000. 10.50 12.50 15.50 18.50 14.50 9.50 5.-. Berlin 35, Rosenberg, Reanderstr. 35, an der Köpenickerstr. 8 Minuten von der Stadtbahn Kammerstr. Strassenbahn Vergütung.

Nathan Wand 129 Staligerstr. 129. Die Schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge sowie Spezial Monats-Garderobe von bekannten getragenen Sachen. Ist neu, für jede Figur passend. Spezial-Anzüge sind in großer Auswahl bei zu Hause billigen Preisen zu haben. Nathan Wand 129 Staligerstr. 129. Hochachtungsvoll Nathan Wand. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Invaliden - Unterstützungskasse der Stein drucker u. Lithographen. Am Montag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, die General-Versammlung pro 1907 statt, die Herren Delegierten werden hierzu ergebenst eingeladen. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht pro 1906 und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Neuwahl für den Vorstand (3 v. d. St.). 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres (3 v. d. St.). 4. Verschiedenes. Berlin, den 30. September 1907. A. Schütz, Vorsitzender.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt 59 Moritzplatz 59 Ecke Stallschreiberstraße. Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Gardarobe usw. führen. Extra-Abteilung verliehen gewesener Möbel. Wöchentliche od. monatl. Teilzahlung gestattet.

Kraft-Rohwett für Blutarme u. Kranke, ärztlich empfohlen. Santa Lucia. In Apotheken, Drogen- u. Delikat. Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle des ehem. Laborat. Dr. C. Blachoff.

A. B. Koch Kohlen-Groß-Handlung Berlin O. 34, Brombergstr. 16. Preise für nur 1 Mark ab Platz von 10 Str. an: Prima la Halbheine (bekannte Marken) pr. Str. 97 Pf. Ferdinand . . . 1.00 Pf. Pfännerhoff . . . 1.05 Pf. la Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) . . . 1.10 Pf. la Aise u. Aho. . . 1.10 Pf. la Anthrazit Gohls. Str. 2, 40 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Branche der Musikinstrumentenarbeiter. Montag, 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1): Branchen-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Branchenkommission. 9/14

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauere). C. 54, Rudolfstr. 10 I. C. 54, Rudolfstr. 10 I. Sonntag, den 22. September 1906, nachm. 2 1/2 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1): Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: Kampf und Recht. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. 42/15

Verband der handgewerblichen Kulfisarbeiter Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Umgegend). Deckenbranche. Montag, 23. September 1907, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57: Versammlung aller in der Deckenbranche beschäftigten Mitglieder. Tages-Ordnung: 1. Bericht von der letzten Vertreterkonferenz. 2. Wahl eines Sekundarschlichters und eines Schriftführers. 3. Vorschläge zur Wahl des Zweigvereinsvorstandes. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich. Der Zweigvereinsvorstand. 47/15

Achtung! Achten! Raubenkolonisten. Sonntag, den 22. September 1907: Große landwirtschaftliche Ausstellung (Tauben, Vögel, Kanarienvögel, Blumen, Gemälde und anderes mehr. Ueber 100 Aussteller. - Eröffnung der Ausstellung vormittags 9 Uhr. - Von 4 Uhr nachmittags: Großes Konzert, ausgeführt vom Musikverein 'Nordstern'. - Volksbelustigungen aller Art. 825 Zahlreiches Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Volksvertreter in Deutschland schlafen, sie bekümmern sich nicht um die Interessen des Volkes, sie fragen nicht nach den Ursachen der enormen Lebensmittelpreissteigerungen, es ist ihnen gleich, ob daraus die Revolution hervor geht oder nicht. Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig, Brochüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. - Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 60 Pf. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Erprobt und bewährt! Spiritus-Glühlicht-Lampen und Brenner. Centrale für Spiritus-Verwertung, BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 98, gegenüber dem Central-Hotel. Illustrierte Preisliste kostenlos!

Ein Triumph der Wissenschaft ist

Ding an sich

welches mit Wunderschnelle eine Revolution in der Hauswäsche hervorgerufen hat und tagtäglich neue Freunde gewinnt! Mühelose Wäsche! Wäschfrau entbehrlich! Keine Seife! Kein Chlor! Keine Waschmaschine! Kein Waschbrett! Die ganze, früher so mühevoll Arbeit des Wäschens ist jetzt auf folgendes zusammengeschrumpft: Man löst „Ding an sich“ in kaltem Wasser auf und kocht in dieser Lösung die Wäsche. Hiedurch ist die Wäsche sofort tadellos sauber und gebleicht. So wirkt das phänomenale Waschmittel.

Zu kaufen in allen einschlägigen Geschäften.

Ding an sich

in der Tat überraschend und dabei ist es garantiert chlorfrei und vollkommen unschädlich. — Jeder Versuch überzeugt unbedingt.

General-Depositäre: **Wermann & Co.**
Charlottenburg, Giesebrechtstr. 17.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, „direkte“ und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!

Nebstehende Original 6 Pl. Zigarre mild u. pikant



100 St. M. **4.35**

Preferida, 5 Pl. - Zig. 100 St. M. 3.— Vorstenland Pflanzler 100 St. M. 3.90 St. Andres Mexico, vors. 100 St. M. 4.35
Regalia de Londres „ „ 3.75 La Ventura 10 Pl. - Zig. „ „ 4.50 Le Brun, pikant „ „ 4.75
Parla de St. Andres „ „ 3.85 Mendoza (dunkle Farben) „ „ 4.50 Santa, 10 Pl. - Zigarro „ „ 6.—
Verkauf nicht unter 100 St. — 300 St. franko Deutschland Nachnahme. — Nichtzusagendes erbiten zurück.

Czollek & Geballe, Berlin C.

jetzt: **Neue Promenade 7, 1 Tr.** (gegenüber Haupteingang Stadtbahnhof Börsen.)

Geöffnet bis 9 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion d. Gips- u. Zementbranche

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Paul Kostman

am 12. September 1907 nach langem Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. September 1907, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der St. Hedwigs-Gemeinde, Reinickendorf, Berlinerstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

143/10 Der Sektionsvorstand.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau unseres Mitgliedes

Neumann

aus Klub „Freie Stunde“ verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Hirtsdorf, Hermannstraße, aus statt.

115 Der Vorstand.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter Deutschl. Giltale Berlin.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Wäscherin

Frau Klara Schulze

geb. Wistop (Frma Gabriel u. Behrend) nach langem Leiden an der Schwindsucht gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Nachbargemeinde in Büchsenberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

252/11 Die Ortsverwaltung.

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsert! Nachdruck verboten.

Knaben-Anzüge.

Herbst-Paletots * Herbst-Anzüge.

Einsegnungs-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höflich, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung

Herren-Moden.

Erstanz für Maß.

Maß-Anfertigung

feinste Verarbeitung

Garantie tadellos Sitz.

J. Kurzberg,

An der Jannowitz-Brücke 1, L.

Direkt am Bahnhof.



Kein Waren-Kredithaus.

Oscar Arnold Dresdenerstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft!

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Stette Herrenhüte v. 2.00—7.00
Weiche Herrenhüte v. 1.50—7.00
Mützen- und Damenhüte.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Quale. Galtelstraße Weingartenstr. 72.

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Bekleider zu staunend billigen Preisen,

auch für torpulenten Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kaschieren und Reichen, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.

Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Beachten Sie beim Einkauf von

Bettfedern und Betten

die enorm billigen Preise in

L. Beutler's 4 grossen Spezialgeschäften

Ossianstr. 5, nahe Hochbahn. — Ackerstr. 26, Ecke Invalidenstr. — Neanderstr. 29. — Behnhofsallee 115, Bahnhof Wedding.

Grosse Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen 12, 15, 20, 25, 30 M.
Daunenbetten 35—75 M.

Bettfedern u. Halbdauen | Gänsefedern und Daunen
RM. 60 Pf. 1.—, 1.50 bis 2.40 M. | Pfd. 2.50 bis 8 M.

in der neusten stehenden Qualität

Grosse Lager fertiger Inalte, Bezüge, Schlaf- und Steppdecken.

Bettfedern-Dampf-Reinigung

Versand gegen Nachnahme. — Telefon Amt IV, No. 9071.

Ein NOVUM der ZEIT!

Alterspension jedem Berufe!

Die soziale Frage ist unwiderlegbar gelöst!

In kurzer Zeit fünf Auflagen abgesetzt. Dieses hochinteressante Werk hat die Aufmerksamkeit aller Kreise auf sich gelenkt. Jedermann muß es gelesen haben. Nur allein zu beziehen durch:

Hugo Hiplers Verlag, Schötmar i. L.

Franko Zusendung von **nur 50 Pf.** eventuell auch in Marken.

10 Pfund - Kaffee frisch gebr. Schweinestückfleisch nur 24. 3.50, 25. 3. 3.50 ab hier.

10 Pfund beste Holländer Käse, Schnitt u. Schnitt, 24. 2.20, 35 Pf. 24. 11.50, versch. unter Marken.

H. Krogmann, Hirtsdorf 43.

„Flora“

Spandau, Pichelsdorferstr. 39.

Sonntags **Gr. Ball.**

Anfang 8 Uhr: Familien können Kaffee kochen!

55204* Emil Koepfack.

Diese enormen Vorteile!! = Das muß man sehen!!

um sich ein richtiges Urteil bilden zu können!

Jetzt nach beendeter Engros-Saison räumt direkt an Private

Westmanns Konfektionshaus

Hauptgeschäft: **W., Mohren-Str. 37a,** an den Kolonnaden, an der Jerusalemstr.

Filiale: **O., Große Frankfurter Straße 115,** Andreasstraße.

Herbst- und Winter-Original-Modelle, Kopien, Reismuster-Neuheiten.

Kolossale Bestände in Palotots, Kimonos, Plüsch- u. Pelzkonfektion, Kleidern, Kostümen, Röcken, Blusen etc.

in raffiniert schicker, hocheleganter Ausführung in allen Größen bei **unverreicht billigen Preisen** bis 5. Oktober or. mit

10 % Rabatt

sofort bei Kauf bar abzuziehen, gefüttert u. ungefütert, herrliche in 5 Serien: **Übergangspaletots, Piecen, prächtige moderne Stoffe,**

Serie 1	2	3	4	5
früher bis M. 22.50	M. 24.—	M. 26.—	M. 28.—	M. 30.—
jetzt M. 8.75	M. 15.50	M. 23.—	M. 30.—	M. 37.50

Beachtung ohne Kaufzwang möglichst vormittags erbeten.

Frühjahrs- u. Sommerkonfektion gebe, um zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise ab.

Besondere große Trauer-Abteilung.

Sonntags geöffnet.



Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die gütlichen Krankschreiben bei der Beerdigung unserer einzigen Tochter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.

Die tiefbetrübten Eltern
Wilhelm Schumann nebst Frau und Söhnen, Köhlerstr. 17.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10—2, 5—7. Sonnt. 10—12 Uhr.

Paradies-Garten.

Den werthen Gesellen Vereinen, Bewerkschaften zur Reminiszenz, daß ich das Hotel Paradies-Garten, Pankow, Kaiser Friedrichstraße Nr. 12, übernommen habe. Empfehle daher meinen Saal und Besprechungszimmer zu Festlichkeiten und Besammlungen. Hochachtungsvoll

Robert Roy, 3. 3.

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68
Lindenstraße 69, Laden.

Wir empfehlen: 224/5

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in aller und neuer Zeit von Hugo Schulz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

2 Bände I geb. a 7.— M.
halbgeb. „ a 8.—

Die Entwicklung des Sozialismus

von der Utopie zur Wissenschaft. 5. vermehrte Auflage. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky.

Preis 1.— M.
Billige Ausgabe 0.40

Ignaz Huer.

Eine Gedächtnisrede von Eduard Bernstein.

Preis 1.— M.
Billige Ausgabe 0.50

Von Genf bis Stuttgart.

Eine Geschichte zum internationalen Kongress in Stuttgart. Reich illustriert.

Preis 20 Pf.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Nur heute Sonnabend

Gratis-Photographie-Bons letzter Tag und **Doppelte Rabatt-Marken**

bel einem Einkauf von 5 Mark an

welche volle 10 Prozent betragen von heute 21. bis 28. Septbr.

Trotz dieser enormen Vorteile

Extra-Preise für Umzugs-Artikel

<p>Grosse Posten Gardinen</p> <p>Engl. Tüll-Gardinen weiss oder crème Mtr. 38 45 60 75 Pl.</p> <p>Engl. Tüll-Vitrage Mtr. 28 35 48 Pl.</p> <p>Organdy-Gardinen doppeltbreit Mtr. 75 1.10 1.30</p> <p>Abgepasste Tüll-Gardinen Fenster = 2 Shawls . . . 2.45 3.50 4.75 in besseren Qualitäten . . . 5.75 6.50 7.85 Extra schwere Qualität . . . 8.75</p> <p>Engl. Tüll-Stores weiss oder crème 1.95 2.75 3.50 4.75</p> <p>Erbstüll-Stores ocker od. weiss 4.75 6.50 do. besonders schwere Qual. 8.75 12.75</p> <p>Madras-Stores bunst . 4.25 5.50 6.75</p> <p>Tüll-Scheiben-Schleier 38 45 70 Pl.</p> <p>Erbstüll-Scheiben-Schleier 75 Pl. 1.10</p> <p>Tüll-Bettdecken</p> <p>für 1 Bett passend (Erbstüll) . . . 6.75 8.75</p> <p>für 2 Betten (Erbstüll) 11.75 15.50 18.75</p> <p>für 1 Bett (englisch Tüll) . 2.45 3.25 4.75</p> <p>für 2 Betten (englisch Tüll) . 4.75 6.50 7.85</p> <p>Rouleaux</p> <p>Spachtel-Rouleaux weiss oder crème stetig . . . 1.95 2.75 3.50 stetig . . . 2.25 3.75</p>	<p>Tischdecken</p> <p>Filztuchdecken schön bestickt . . . 1.95 2.75 3.90 4.75</p> <p>Filztuchdecken m. Applikation 3.75 5.50 7.50</p> <p>Fantasiedecken mit Franzen 2.25 3.50 4.75</p> <p>Plüschdecken mit Kante . . . 5.50 7.85</p> <p>Plüschdecken mit Stickerei 7.50 9.50 12.75</p> <p>Tuchdecken schwere Qualit. 11.50 14.50</p> <p>Stepp- und Schlaf-Decken</p> <p>Steppdecken aus Gloria-Battin . 3.50 5.75 6.75</p> <p>Steppdecken (Handarbeit) 7.50 9.75 10.75</p> <p>Schlafdecken netterte 2.75 3.50 4.75</p> <p>Jacquard - Schlafdecken 4.50 5.50</p> <p>Portièren</p> <p>Filztuch-Garnituren 1 Shawls und 1 Lambrequins 4.25 5.75 7.50</p> <p>Filztuch-Garnituren mit reicher Applikation . . . 8.50 10.75</p> <p>Leinen - Plüsch - Garnituren 9.75 12.50</p> <p>Velvet-Garnituren 10.50 14.50</p>	<p>Teppiche und Vorleger</p> <p>Axminster ca. 120x120 . . . 7.25</p> <p>do. ca. 160x120 . . . 12.25</p> <p>do. ca. 200x120 . . . 17.50</p> <p>Tapestry ca. 120x120 . . . 7.50</p> <p>do. ca. 160x120 . . . 13.50</p> <p>do. ca. 200x120 . . . 24.50</p> <p>Ia Velour ca. 120x120 . . . 14.50</p> <p>do. ca. 160x120 . . . 22.50</p> <p>do. ca. 200x120 . . . 36.50</p> <p>Axminster-Vorleger 1.25 1.95</p> <p>Tapestry-Vorleger 1.95 2.95</p> <p>Plüsch-Vorleger . . . 3.25 4.75</p> <p>Imit. Perser Vorleger m. Franzen 95 Pl.</p> <p>Möbelstoffe und Läufer</p> <p>Sofa-Bezüge . . Meter 1.10 1.95 2.25</p> <p>Sofa-Bezüge Coteline, Meter . . 1.95 2.45</p> <p>4Mtr. Restef. Bezüge 5.50 7.50 8.75</p> <p>Jute-Läufer . . Meter 48 60 75 Pl.</p> <p>Tapestry-Läufer . . . 1.75 2.25</p> <p>Plüsch-Läufer . . . 2.95 3.75</p> <p>Kokos-Läufer . . . 95 Pl. 1.25</p> <p>Kokos-Matten 35.48.55 Pl.</p>	<p>Betten und Bettstellen</p> <p>Polsterbettstellen . . . 5.95 8.50 do. mit Spirale . . . 6.95 9.50</p> <p>Chaiselongue-Bettstellen mit 8 Kugelsprungfedern . . . 11.50</p> <p>Eiserne Bettstellen schwarz lackiert . . . 8.45 10.50</p> <p>Metall-Bettstellen mit Patent-Matratze . . . 24.00 32.00</p> <p>Auflege-Matratzen (rein Seegras) 60x120 70x140 80x160 90x180 grün gestreift . . . 3.75 4.25 5.50 6.50 rotbraun gestreift . . . 4.95 5.95 8.25 9.25</p> <p>Fertige Betten Stand: 1 Oberbett, ein Unterbett, 2 Kissen 16.00 20.00 24.00</p> <p>Möbelstoffe und Bettstoffe und Vorhangstoffe</p> <p>Inlette rot-rosa gestreift oder glatt rot Oberbettbreite . . . Meter 98 Pl. 1.35 1.65 Kissenbreite . . . Meter 60 85 Pl. 1.10</p> <p>Züchen dunkelfarbt Meter 35 43 50 Pl.</p> <p>Barchendlaken weiss . . . 1.45 1.75 1.95 2.25 bunst . . . 1.25 1.45 1.95 2.25</p> <p>Vorhangstoffe 22 cm . 68. 90 Pl. 1.10 130 cm . 98 Pl. 1.35 1.65</p>
---	--	--	---

Ein grosser Posten **einzel. Fenster-Gardinen** bedegt. unter Preis 1.95 3.75 6.50

Ein grosser Posten **Ziegenfelle** bedeutend unter Preis 4.85

<p>Decken</p> <p>Küchentischdecken <small>Washed</small> 45, 68 Pl.</p> <p>Wachstuch-Barchend für Küchentische, 60x100 . . . 85 Pl.</p> <p>Wachstuch-Wandschoner . 95 Pl.</p> <p>Linoleum-Decken 60x100 . . . 1.10</p> <p>Häkeldecken für Sofa 45x45 Stück 35 Pl.</p> <p>Häkel-Tischdecken 70x70 . . . 95 Pl.</p> <p>Häkel-Läufer 95 Pl.</p>	<p>Handarbeiten</p> <p>Gestickte Kissen 95 Pl.</p> <p>Gestickte Stubenhandtücher 95 Pl.</p> <p>Gest. Küchenhandtücher . . 95 Pl.</p> <p>Gezeichnete Tablettdecken 35 Pl.</p> <p>Tischdecken mit Bilde gestickt . . 2.95</p> <p>Gestickte Java-Läufer . . . 2.95</p>	<p>Holz-Galanterie-Waren</p> <p>Gardinenstangen 28, 45 Pl.</p> <p>Rosetten 10, 14, 18 Pl.</p> <p>Garderobenleisten 48 Pl.</p> <p>Handtuchhalter 98 Pl.</p> <p>Gardinenstangen verstellbar . . . 1.20</p> <p>Portierengarnitur komplett . . . 1.95</p> <p>Garderoben-Eckbrett 48 Pl.</p> <p>Vogelbauerständer mit Käfig . . . 1.95</p> <p>Bauerntische mit 1 Platten . . . 1.95</p> <p>Holzschirmständer pollert 1.95</p> <p>Salontische mit Goldverzierung . . . 2.95</p> <p>Paneelbretter mit Goldverzierung . . 1.95</p> <p>Spiegel mit Muschel-Ansatz 2.95</p> <p>Grosse Wandbilder Landschaften 1.95</p>
---	--	---

In der Lebensmittel-Abteilung Extra-Preise

so lange Vorrat.

Geräucherte Blutwurst 48 Pl.	ff. Leberwurst 1.10	Prima Cervelatwurst 1.20	Junge Gänse 68 Pl.
Zwiebelleberwurst 48 Pl.	Berliner Mettwurst 75 Pl.	Cassler Rippespeer 85 Pl.	Pflaumen 10 Pl.
Pommersche Leberwurst 65 Pl.	Braunschweig, Mettwurst 1.00	Schinkenspeck 1.00	Gold-Weintrauben 23 Pl.
Rotwurst in Fettdarm 65 Pl.	Westfälische Mettwurst 1.10	Räucher-Lachs in Stücken 75 Pl.	
Cacao garantiert rein, Pfund 1.65, 1.45 1.25	Hafer-Cacao Pfund 95 Pl.	Gebrannter Kaffee <small>1/2 Pfund</small> 46 Pl.	

*) Lebensmittel und einige andere Artikel sind ausgenommen.

Die Brandkatastrophe in der Lehrterstraße

hat leider mehr Opfer gefordert. Von den Verletzten, die nach dem Augustahospital gebracht wurden, sind außer der Frau von Rodginski, die das Rückgrat beim Herabspringen gebrochen hatte, noch deren vierjähriges Kind und ein Ferklein von Janowski in der Nacht gestorben. Sehr kritisch war gestern früh das Befinden der Frau Dornbusch, die schwere innere Verletzungen und Brandwunden 2. und 3. Grades am ganzen Körper erlitten hat. Den übrigen Personen ging es gut und war Lebensgefahr ausgeschlossen. Von den im Roabiter Krankenhaus eingelieferten Personen ist bis jetzt der einjährige Hans Wille, der Sohn eines Schlossers, gestorben. Die beiden drei- und vierjährigen Geschwister des kleinen Knaben scheinen mit der Mutter außer Lebensgefahr zu sein. Schwer verletzt ist der Eisenbahnbeamte G. Vossin. Außer Brandwunden hat er eine Rückenverletzung davongetragen. Das Befinden der 12- und 13jährigen Marie und Anna Roghart war gestern den Umständen angemessen befriedigend. Der Oberfeuermann Lange, der drei Personen mit eigener Lebensgefahr aus dem brennenden Hause geholt hat, ist außer Lebensgefahr. Er ist an Rauchvergiftung erkrankt und hat Brandwunden am Handgelenk. Seinem Kameraden, dem Oberfeuermann Tönnies, der auch mehrere Personen retten konnte, geht es besser. Eine Lebensgefahr erscheint bei ihm ausgeschlossen. Gefährlicher erscheint die Krankheit des Feuerwehrmannes Kuhnke, der ebenfalls im Roabiter Krankenhaus Aufnahme gefunden hat. Man hofft aber alle wiederherzustellen. Oberfeuermann Lange hat erst vor einiger Zeit die Rettungsmedaille erhalten. Er war es, der mit anderen braven Kameraden im vorigen Jahre am Heiligabend bei einem Brande eine Familie mit großer Lebensgefahr aus einer brennenden Wohnung in der Waldstraße herausholte. Zu erwähnen ist noch, daß eine Menge Personen infolge der Aufregung, des Qualms, der Hitze und kleinerer Verletzungen erkrankt sind.

Zu der Brandkatastrophe in der Lehrterstraße wird uns noch geschrieben: Die Entstehung des großen Brandes ist nicht aufgeklärt und wird sich auch wohl nachträglich schwerlich noch ermitteln lassen. Ausgenommen ist der Brand in der Wohnung des Schlossers Wille, der mit seiner Frau nicht zu Hause war. Die Kinder im Alter von 1 bis 5 Jahren waren in der nur aus Stube und Küche bestehenden Wohnung, die im ersten Stock des dritten Quergebäudes liegt, allein zurückgelassen worden. Die Kinder sollen in Betten und einem Kinderwagen gelegen haben. Sie sollen, wie behauptet wird, schon eingeschlafen gewesen sein. Das Feuer muß in der kleinen Wohnung, die auch nicht so hoch ist, längere Zeit unbemerkt gebrannt haben. Erst als Hausbesitzer den Qualm bemerkten, schlugen sie natürlich die Tür zur Wohnung ein, um die Kinder zu retten. Dadurch erhielt das Feuer Luft und im Nu, ehe man sich der Gefahr bewußt war, stand auch schon das hölzerne Treppenhaus bis zum Dach in Flammen. Das vierstöckige alte Quergebäude mit seinen vielen kleinen Wohnungen besitzt nur das eine Treppenhaus. Dadurch war den mit Kindern reich gesegneten Bewohnern der Rettungsweg abgeschnitten. Sie konnten weder auf das Dach, das ebenfalls brannte, noch ins Freie. Sie öffneten Türen und Fenster, verursachten dadurch Zug, wodurch Stichflammen entstanden und die Gefahr natürlich bedeutend vergrößert wurde. Alle die Personen, die in dem brennenden Hause die Fenster und Türen fest verschlossen gehalten haben, sind verschont geblieben. Sie hatten weder von dem Qualm noch von der Hitze und den Flammen zu leiden. Die Rauchentwicklung ergibt sich hieraus von selbst. Vor allem sollte man aber stets für die schnellste Alarmierung der Feuerwehr.

Im Laufe des Vormittags sind in das Krankenhaus Roabit noch eingeliefert worden: Frau Witwe Adelheid Wolff mit ihrem Sohne, die beide Rückenverletzungen infolge Herunterspringens aus dem zweiten Stock in ein Sprungloch erlitten hatten. Gestern Vormittag hat sich die Kaiserin im Roabiter Krankenhaus und im Augustahospital nach dem Befinden der Verunglückten erkundigt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Dritter Wahlkreis! Die Parteigenossen der Bezirke 157 (Zahlabend bei Jentsch, Elisabethufer, Ecke Reichenbergerstraße); 158 (Zahlabend bei Lange, Reichenbergerstr. 10); 159 (Zahlabend bei Krüger, Raumstr. 54a) und 160 (Zahlabend bei Wörst, Waldemarstr. 29) werden ersucht, morgen, Sonntag, den 22. September, früh 8 Uhr, in ihren Bezirkstotalen zu erscheinen.

Der Abteilungsführer. Achtung, 4. Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am 18. Oktober in Kellers Festsaal einen Kunstabend. Willets a 60 Pf. (einschließlich Gardeboje) sind bei den Bezirksführern zu haben. Die Abteilungsführer, die die Willets noch nicht erhalten haben, bitten wir, sich dieselben umgehend vom Bureau abzuholen. Am Mittwoch, den 26. und Donnerstag, den 28. d. M. bleibt das Bureau des Komitees wegen geschlossen. Vom 27. d. M. ab befindet sich das Wahlvereinsbureau Straßauerplatz 1/2, vorn II, geöffnet von 9-2 vormittags und 5-8 abends. Der Vorstand.

Rigborf. Achtung! Die Willets zu unserer am Sonntag, den 22. September, nachm. 2 1/2 Uhr, stattfindenden Theatervorstellung sind nur noch in beschränkter Zahl vorhanden und bitten wir die Genossen und deren Angehörige, sich rechtzeitig damit zu versehen. Willets, die sich noch in Händen der Poststellen, Bezirke- und Viertelstufierer befinden, können nicht in Abrechnung gebracht, sondern müssen bezahlt werden. Der alleinige Verkauf findet nur noch bis Sonntag früh 8 Uhr in der Parteipostition, Redarstr. 2, statt. Der Vorstand.

Friedenan. Der Wahlverein veranstaltet morgen Sonntag einen Ausflug nach Charlottenburg zur Besichtigung der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Die Besichtigung ist unentgeltlich. Die Genossen veranlassen sich 12 1/2 Uhr bei Grube. Abmarsch pünktlich 12 1/2 Uhr. Rege Beteiligung der Genossen mit ihren Frauen erwartet. Der Vorstand.

Kranid. Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Reserve. Wiederum ist die Zeit gekommen, wo Tausende junger Männer die militärische Zucht verlassen und in die Reihen des Volkes eintreten, um ihrem bürgerlichen Beruf, dem sie so lange entzogen waren, wieder nachzugehen. Schon 12 Monate vor ihrer Entlassung haben sie ihre Tage gezählt

und gewissenhaft im Kalender angestrichen, ein untrüglicher Beweis, daß sie in hanger Ungeduld dem Ende dieser Dienstperiode entgegensehen. Um so überwältigender ist die Freude nun, da die Stunde ihrer Entlassung schlägt und sie als freie Bürger die drückenden Fesseln der eisernen Disziplin und blinden, willenlosen Unterwerfung abstreifen können. Scharen von Arbeitern und Handwerkern werden nun wieder in die Arena des wirtschaftlichen Kampfes treten, dessen Losen während ihrer Dienstzeit nur verschwommen, aus weiter Ferne an ihr Ohr gedungen ist. Trotz aller patriotischen Belehrungsversuche wird das Klassen- und Solidaritätsgefühl sie mit eherner Notwendigkeit zu dem Bewußtsein bringen, daß ihr Platz an der Seite ihrer Arbeitsbrüder ist, die in heldenmütigen Ringen, mit zäher, bewundernswürdiger Ausdauer und Entschiedenheit gegen eine Welt von Feinden kämpfen für die Erlösung aller Unterdrückten aus den Fesseln kapitalistischer Unkultur.

Aber indem der Militarismus einen Teil seiner Opfer hergibt, zwingt er wieder ebenso viele in seinen unerfättlichen Schlund. Sie alle müssen ihm ihren Tribut bringen und ihre schönste Jugendzeit, ihre Gesundheit und oft genug ihr Leben auf dem „Altar des Vaterlandes“ opfern.

Wäge der brutale Zwang, die hermetische Abschließung von allen „unstürzlerischen“ Bestrebungen sie ihrer Ueberzeugung nicht abtrünnig werden und vergessen lassen, woher sie kommen und wohin sie wieder gehen, wenn ihre Dienstzeit zu Ende ist. Wägen sie den Lehren und Ermahnungen ihrer Arbeitsbrüder stets eingedenk bleiben und auch im bunten Kosmos der Ehrgeiz- und Selbstbewußtsein als die höchsten Güter eines charaktervollen Menschen hochhalten, dann wird auch als Soldat ihre Devise lauten: Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben!

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Seit die Freisinnigen Blockbrüder geworden sind, tragen sie sich mit allen möglichen Hoffnungen. Ihre Hoffnungen sind geradezu unbegrenzt. Sie hoffen auf einen Ausschlag des Liberalismus, sie hoffen, aus der großen Regierungsschlüssel mitessen zu können und sie hoffen sogar, die Sozialdemokraten zum Teil aus der Stadtverordnetenversammlung hinauszudrängen zu können. Es ist ihnen nicht genug, daß infolge des elenden Dreiklassenwahlrechts der Geldsack und die Hausagrarien im Rathaus ohnehin die Herrschaft ausüben und deren Vertreter die Stadt Berlin zu „der rückständigsten Stadt der Welt“ machen, nein, auch die geringe Vertretung der Arbeiterklasse möchten diese engherzigen Kommunalpolitiker aus der Stadtverordnetenversammlung entfernt sehen. Wir beneiden die Liberalen nicht um ihre Zukunftsträume, sondern freuen uns dessen im gewissen Sinne, desto schlimmer wird der Reinsfall sein, den ihnen die Sozialdemokratie in der dritten Abteilung bereiten wird.

Auch unsere Genossen beginnen allenthalben die Vorbereitungen zu den voraussichtlich in den ersten Tagen des November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu treffen. Zu den wesentlichsten Vorbereitungen gehört, daß sich unsere Genossen anlässlich des bevorstehenden Oktoberzuges vergewissern, wohn die aus dem Bezirke beziehenden Wähler der dritten Abteilung ihre Wohnung verlegen. Es dürfte bekannt sein, daß die Wähler bei der Wahl im November dazu wählen haben, wo sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten wohnten.

Die Genossen des zweiten Wahlkreises treten bereits am Sonntag, also morgen, in die Agitation ein. Für den 4., 9. und 10. Kommunal-Wahlbezirk findet an diesem Tage früh 8 Uhr eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen der anderen Bezirke werden dringend ersucht, sich an den Arbeiten in diesen Bezirken zu beteiligen.

Ferner finden am Dienstag, den 24. September, zwei Volksversammlungen statt, und zwar im „Königs Hof“, Wiltonstr. 87/40, und im „Hofjäger-Palast“, Hafenside 52/53, mit der Tagesordnung: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und Aufstellung der Kandidaten.

Partei Genossen! Es hat jeder seine volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, damit wir siegreich aus der Wahl hervorgehen. Der Vorstand.

Rameluden

sind doch unsere Rathausfreisinnigen, das wurde wieder einmal so recht offenbar in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Bei der Besprechung über die Erhaltung des Grunewaldes hatte Genosse Dr. Behl von dem verstorbenen Landwirtschaftsminister Pöbdielki gesprochen und den Ausdruck „Schweineminstler“ gebraucht. Für jeden, der sich mit dem politischen Leben nur etwas befaßt hat, mußte klar sein, daß damit gesagt sein sollte, Herr v. Pöbdielki habe seine Agrarminister als größter Schweinezüchter mit der als Landwirtschaftsminister gut vereinigt. Und daß der Herr für die heimische Schweinezucht und somit zugleich für sein Portemonnaie viel geleistet hat, hat ihm selbst das satirischste Agrarierblatt, die „Deutsche Tageszeitung“ dankend attestiert. Ehemals sorgten das auch freisinnige Blätter und freisinnige Redner. Eine Ehrverletzung liegt auch in diesem Ausdruck keineswegs, soll auch nicht darin liegen.

Seitdem aber unsere Freisinnigen zum Block gehören und speziell in letzter Zeit den Kampf gegen die agrarischen Lebensmittelveerweerer aus Angst, aus dem Block wieder hinausgeworfen zu werden, aus ihrer Agitation „vorläufig“ ausgekallt haben, ist jede kritische Bemerkung gegen die agrarischen Blockfreunde für die freisinnigen Oehren unästhetisch, beleidigend. Und so brachten es die freisinnigen Stadtverordneten Thiene und Sachs fertig, sich ob des Wehlichen Ausdrucks: Schweineminstler so zu entlasten, daß sie unseren Redner dem Vorsteher der Versammlung denunzierten und diesen veranlassen, ob des „unpassenden“ Ausdrucks einen Ordnungsruf auszusprechen.

Kann es wirklich größere Rameluden geben?

Zum Achtuhrabend und zur Arbeitszeit in den Zigarren-geschäften

wird uns geschrieben: „Schon oft ist an dieser Stelle über den Achtuhrabend gesprochen, doch stets sind die Zigarrenhändler dagegen gewesen. Die großen Zigarrenfirmen, welche an jeder Ecke eine Niederlage haben, gönnen ihren Angestellten die aus dem Achtuhrabend zu gewinnende Stunde nicht. Sie waren Gegner der Sonntagruhe, des Reumittelabend und sträubten sich auch jetzt gegen die Einführung des Achtuhrabend, obgleich sich mit Einführung des Reumittelabend das Geschäft nicht verschlechtert hat. Sie gönnen ihren Angestellten keine Mittagszeit und nicht die 11stündige Ruhezeit, sondern lassen ihr Personal von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ohne Unterbrechung hinter dem Ladentisch stehen. Es bleibt diesen Leuten nicht mal die Zeit, ihre Bedürfnisse zu verrichten, sondern man gibt den „guten Rat“,

den Körper daran zu gewöhnen. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeit an sich schon geisttötend ist, bedeutet doch eine solche Entbehrung später eine schwere Schädigung des Körpers und der Gesundheit. Nun erst die Mittagszeit. Gemäß haben die Chefs ihren Angestellten einen Bettel unterschreiben lassen, daß sie 1/2 Stunde hinter Zigarrenlisten ihre Mittagessen verzehren und während dieser Zeit die Kundschaft von dem Fürschen bedienen lassen können. Zu vielen Niederlagen ist jedoch kein Fürsche, und wenn einer da ist, so muß der Verkäufer den Kunden doch anstandslos begrüßen. Es verwundert, daß sich die Polizei, die sich doch sonst um alles kümmert, sich der Sache nicht annimmt und dem Gesetz mehr kräftigen Nachdruck verleiht. Nach dem Gesetz dürfen diese jungen Fürschen gar nicht so lange beschäftigt werden. Vielleicht richtet der Zentralverband der Handlungsgeschäften und der Transportarbeiterverband, dessen Tätigkeit für den Achtuhrabend schluß dankbar anerkannt wird, auf diesen Zustand seine Aufmerksamkeit. Geschieht dies, so müßte jede zweite Niederlage bei Gewährung entsprechender Pausen einen jungen Mann mehr einstellen. Hierdurch läuten viele heilloslose Kollegen zu Brot.“

Der letzte Rat ist gut gemeint. Um aber die Forderung um Gewährung entsprechender Pausen an die Angestellten in den Filialen durchzuführen zu können, dazu gehört in erster Linie eine gute Organisation. Die Angestellten sollten sich Mann für Mann dem Zentralverband anschließen.

Aus dem Magistrat.

Der Magistrat von Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung einen Teil des neuen Statuts für die Sparkasse beraten und angenommen. Der Rest des Statuts soll in der nächsten Sitzung weiter beraten werden.

Ferner hat der Magistrat den Fluchtlinienplan der Böhmischen Anlagen für das zweite Gelände zwischen dem Ringbahnhof Weihensee und Neu-Weihensee genehmigt, so daß nunmehr nach erfolgter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und nach Fertigstellung der Kanalstation mit der Anlage der Strahlen sowie der Bebauung begonnen werden kann. Es ist dies das größte Gelände innerhalb der Reichslandgrenze von Berlin, das nach der Bebauung erschlossen werden kann.

Ein schweres Baumglück

ereignete sich gestern gegen 1/2 12 Uhr auf dem Grundstück der Charlottenburger städtischen Elektrizitätswerke. Dort sollte eine neue Dampfmaschine aufgestellt werden, zu welchem Zwecke ein starkes Holzgerüst über der Lagerstelle der Maschine errichtet war. Bei dem Hochwinden des Zylinders brachen aus noch nicht aufgeklärter Ursache mehrere Stangen des Gerüsts und der schwere Dampfessel stürzte in die Tiefe, vier der Arbeiter unter sich begräbend. Am abstellen wurden die Schlosser Otto Reuber und Martin Koslawski zugerichtet. Dem ersteren wurden die Unterarmen zermalmt und er erlitt furchtbare Unterleibsquetschungen. Beide wurden auf Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Die Arbeiter Paul Walter und Franz Niesen wurden von der eisernen Last nur gestreift, erlitten jedoch durch herabstürzende Wollen Verletzungen am Kopf und an den Hüften. Beide wurden nach der Unfallstation XI in der Frankfurterstraße gebracht und konnten sich, nachdem sie Rotverbände erhalten hatten, nach ihren Wohnungen begeben.

Jugentleistung auf der Ostbahn. Donnerstag abend kurz vor 12 Uhr entgleiste 600 Meter hinter dem Bahnhof Sichtenberg ein Güterzug, wobei die Maschine aus den Gleisen sprang und ein Güterwagen vollständig zertrümmert wurde. Ueber den Unfall werden folgende Einzelheiten gemeldet: Auf dem Bahnhof Sichtenberg befinden sich neben den Gleisen für den Personenverkehr noch Gleisanlagen für den Güter- und Rangierverkehr. Eins dieser Rangiergleise zweigt dicht vor der Uebergangsbauwerk im Zuge der Frankfurter Chaussee von einem Güterhauwaggleise ab und bildet einen toten Strang für austrangierte Wagen. Auf diesem toten Gleise ereignete sich in der vergangenen Nacht beim Rangieren des Straubberger Güterzuges der Unfall. Der zur Abfahrt fertig rangierte Zug sollte auf das Hauptgleis vorgezogen werden, geriet aber infolge falscher Weichenstellung auf das tote Gleis, das am Ende als Schutz einen eisernen Pressbock hat. Der mit ziemlicher Geschwindigkeit fahrende Zug konnte vom Lokomotivführer nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, so daß der Zug mit voller Wucht gegen den Pressbock fuhr. Der Anprall war so stark, daß der eine Arm des Pressbocks in weitem Bogen fortgeschleudert wurde. Die Buffer der Maschine brachen wie Streichhölzer ab, und ihre Räder bohrten sich tief in den Sand ein, wodurch sich die Maschine selbst auf die linke Seite neigte und gegen die Weichen fiel. Die beiden folgenden Wagen fuhren mit lautem Krachen auf die Lokomotive auf. Hierbei verbogen sich die Buffer und die Schmalisen zerplatzten. Nur durch große Geistesgegenwart entgingen sowohl der Maschinenführer wie auch der Heizer größeren Verletzungen, da sich beide noch rechtzeitig durch Abpringen in Sicherheit bringen konnten.

In der Praxis studieren konnte am Donnerstagnachmittag ein von der Westküste Afrika kommender und sich einige Tage hier aufhaltender Gast die so vielgerühmte „preußisch-deutsche Bewegungsfreiheit“. Der westafrikanische Wäzger hatte sich auf einige Tage im Hotel Prinz Friedrich Karl einlogiert und beabsichtigte alsdann nach Dresden weiter zu reisen. Er erzählte uns, daß er 180 M. Bargeld und einen auf 1500 M. lautenden und in Dresden einzulösenden Wechsel bei sich hatte. Mit den 180 M. befürchtete er nicht auszukommen, bis er Dresden erreicht hätte. Deshalb entschloß er sich, einige von Afrika mitgebrachte Goldsachen in einem Juwelergeschäft in der Dorotheenstraße zu verkaufen. Der Juwelier erblickte in den zum Verkauf angebotenen Schmucksachen ägyptische Altartümer von hohem Werte und glaubte einen Dieb oder Betrüger vor sich zu haben. Es dauerte auch nicht lange, so wurde der Besitzer der Schmucksachen von einem Schuttmann verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier wurden ihm die Wertgegenstände abgenommen und er von nachmittags 1 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr im Gewahrsam gehalten. Der Reisende gibt an, daß er auf dem Polizeipräsidium sich hinreichend legitimiert und zur Sicherheit seiner Person den Wechsel und das Bargeld angeboten habe, um auf freien Fuß gelassen zu werden. Man habe ihm jedoch in gerade nicht faulem Tone entgegen, daß fluchtverdächtig vorliege. Erst gegen 1/2 7 Uhr habe sich das Polizeipräsidium überzeugt, daß man es mit einem unbedenklichen Durchreisenden zu tun hatte. Er wurde deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Reisende gab und gegenüber seiner Verwunderung Ausdruck, daß in Deutschland so etwas möglich sei; man könne doch unmöglich in jedem Menschen, der etwas zum Verkauf anbietet, einen Spitzbuben erblicken. Der braune Gast verabschiedete sich mit einigen Bemerkungen, aus denen so etwas wie „deutsche Freiheit und Kultur nach Süd-West“ tragbar wurde.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand gestern mittag an der Ecke der Tauenzien- und Rönnebergstraße statt. Dort hielt ein Straßenbahnzug der Linie A der Westlichen Berliner Vorortbahn, als auf demselben Gleise ein Straßenbahnzug der Linie D der gleichen Gesellschaft herannahende. Der Motorwagen fuhr auf den haltenden Vorzug auf. Infolge des Zusammenstoßes wurden die Fahrgäste von ihren Sitzen geschleudert. Hierbei erlitten drei Personen Verletzungen. Die sämtlichen Verletzten konnten sich nach ihren Wohnungen begeben. Materialschaden wurde durch den Zusammenstoß nicht herbeigeführt.

Von der Rüstung abgeführt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern auf dem Renbau Krossenerstr. 5/6 zugezogen. Der Maurer Otto Steinhardt, Sichtenbergstr. 64, verlor bei der Arbeit das

Gleichgewicht und fürzte rücklings von dem Hüfzug herunter. Er schlug auf das am Wagen angebrachte Schuttdach auf und fiel dann zur Erde. Mit schweren inneren Verletzungen fand er im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Karpfischerums wird in Verbindung mit dem 14. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie zum ersten Male in der Reichshauptstadt ihre reichhaltige und eigenartige Sammlung öffentlich ausstellen. Im wesentlichen hervorgegangen aus dem jahrelang gesammelten Material des durch seinen Kampf gegen das Karpfischertum bekannten Breslauer Arztes Dr. Karl Alexander, bietet diese, sehr bedeutend erweiterte und in neue Form gegossene Ausstellung in ihrem umfangreichen, systematisch geordneten Material ein anschauliches Bild von dem Wesen und Treiben des modernen Karpfischertums, andererseits auch eine Uebersicht über die Versuche zur Eindämmung des besonders im Deutschen Reich so üppig blühenden Heilschwindsels.

Ausstellung von Schülerarbeiten. Am 6. Oktober d. J. wird in der städtischen Tischlerschule, Strahlmannstraße 6, eine Ausstellung von Schülerarbeiten, besonders Möbel-, Drechsler-, Maschinenarbeiten, Intarsien, Zeichnungen usw. eröffnet. Der Eintritt ist unentgeltlich und ist die schätzbare Ausstellung bis zum 9. Oktober von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Fiskus Busch

Ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat am Donnerstag seine Vorstellungen wieder aufgenommen. An dem Eröffnungabend feierte die zirzensische Kunst wahre Triumphe. In erster Reihe dürfte wohl der bekannte Schauspieler Herr Buchardt-Footitt zu nennen sein, der mit seinem Pferd „Sirtus“ die spanische hohe Schule mit einer Eleganz tritt, daß auch ein Laie auf diesem Gebiete keine Freude haben kann. Herr Ernst Schumann führte eine Reihe Reiterstücke vor, von denen die der 12 arabischen Schimmelhengste den meisten Beifall fand.

Nicht weniger hervortragend sind die Leistungen der Gebrüder Vastion, die in einem Sportart und als Reiterfamilie Bistuti akrobatische Darstellungen zu Pferde formvollendet zur Anschauung brachten. Auch Herr Billy Manns mit seinen dressierten Elefanten verband das Interesse des Publikums zu erregen. Es ist ersichtlich, solche plumpen Tiere soweit zu dressieren, daß sie auf den beiden Vorderbeinen laufen. Ansprüche an die Reiter stellen die indischen Kaskadenkünstler. Dieser Vagabund besteht mit bloßen Füßen eine aus scharfgeschliffenen Stöben hergestellte Treppe, außerdem legt er sich mit blohem Oberkörper auf ein spinnwebiges Brett und ein Elefant überdreht den Körper des Jähers. Reiterfreunde werden sich an den dressierten Reiter ergötzen, die die Kunst des Reitens zu erlernen.

Der erste Abend im Fiskus Busch war für den Besizer ein großer Erfolg.

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde gestern die Feuerwehre nach der Schreinerstr. 6 am Zentralviehof alarmiert. Dem 7. Lösazuge gelang es durch energisches Wassergeben den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung war nicht mehr zu ermitteln.

Der 9. Zug war nach der Großbeerenstr. 80 gerufen. Dort brannten Weiten in einer Wohnstube des zweiten Stock. Die Wohnungsinhaberin, eine ältere Dame, wurde von den Hausbewohnern bewußtlos aufgefunden und in Sicherheit gebracht. Die Feuerwehre brachte sie dann durch Einflößen von Sauerstoff mit Erfolg wieder zum Bewußtsein. Außerdem hatte die Feuerwehre noch in der Schonenstr. 2 und anderen Stellen keine Wohnungsbrände zu löschen.

Die Genossin Ida Altmann beklagt sich in einem Schreiben an und darüber, daß ihr Name wiederholt von Versammlungs- oder Festveranstaltungen insofern mißbraucht worden sei, als sie in den Aufzählungen als Referentin oder Festrednerin bezeichnet worden sei, ohne daß sie hierzu vorher um ihre Zustimmung ersucht worden ist. Um nicht als wortbrüchig zu erscheinen, erklärt sie insbesondere, daß ihr Name auf dem Programm zu einem heute stattfindenden Festabend als Festrednerin fungiert, ohne vorher gefragt worden zu sein.

Aus der Chronik der Vermissten. Seit Sonntagabend verschunden ist der 19 Jahre alte Kaufmannslehrling Eugen Fölber. Derselbe ist etwa 1,72 Meter groß und hat blaue Augen. Bekleidet war der Verschundene mit einem schwarzen Jackettanzug, schwarzem, steifem Hut, schwarz und weiß gestreiftem Seidencorset, rot gemustertem Schilp, schwarzen Strümpfen und Schnürstiefeln. Personen, die über den Verbleib des Vermissten etwaige Angaben machen können, werden gebeten, dies bei Hermann Fölber, Ritterstraße 70, melden zu wollen.

Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde gestern Abend Ede der August- und Gipsstraße der 12jährige Sohn der Witwe Voigt, Auguststr. 80. Der Knabe wollte, nachdem er auf sein Fahrrad gestiegen war, die Straße kreuzen, als er von einem ihm entgegenkommenden Automobil erfaßt wurde. Der Ueberfahrere trug am Kopf und an der Brust so schwere Verletzungen davon, daß er nach dem Hedwig-Krankenhaus überführt werden mußte.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Archenhold am Sonntagmorgen um 6 Uhr über: „Ein Ausflug in die Sternwelten“, um 7 Uhr über: „Ein Tag auf dem Monde“. Das Thema für den Montagvortrag, abends 9 Uhr, lautet: „Mars, eine zweite Erde“. Sämtliche drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird nachmittags die Sonne, dann ein Doppeltstern und von 8 Uhr an der Mond beobachtet.

Der nordwestliche Fahrbaum der Greifswalderstraße von der Danzigerstraße bis zur Friedenstraße wird wegen des Baues eines Rotauslasses vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Feuerwehbericht. Wegen eines Laubbrandes in der Hennigsdorferstraße wurde nachts der 10. Zug alarmiert. Es brannte eine Laube in der Laubkolonie auf den Rebbergen. In der Neuen Flederstraße 78 mußte ein Schuppenbrand gelöscht werden. Wesen brannten dort. Ein Wohnungsbrand tief den 8. Zug nach der Streckerstraße 20. Grober Unfug lag wieder einmal einem Alarm aus der Topfstraße zugrunde. Ein Motorrad brannte in der Sellmannstraße 30. Kräftig Wasser geben mußte der 13. Zug in der Artilleriestraße 14, wo auf einem Hängeboden Feuer ausgebrochen war und reiche Nahrung an Hausat getrunken hatte. Holz und anderes brannte in einer Möbelreparaturwerkstatt in der Oberwalderstraße und in der Langen, Beckstraße 13. Ferner wurde die Feuerwehre nach der Raststraße, Salspfortenstraße u. a. gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde eine Vorlage betreffend Befreiung von Grundsteuer für die Keltower Klause beraten. Es war von einem früher von der Gemeindevertretung genehmigten Plan bis zum Kilometer 4,0 eine Breite von 21,70 Meter und zwischen Kilometer 4,0 und 5,0 eine solche von 26 Meter vorgesehen. Dagegen hat wohl der Alleinbesitzer des Terrains, nämlich der Schweizerhof, Einspruch erhoben und der Regierungspräsident beilliebt sich, der Gemeindevertretung zu empfehlen, die Straßenbreite von 21,70 Meter erst zwischen Kilometer 5,0 bis 6,0 auf 26 Meter zu verbreitern. Die Vorlage wurde genehmigt. Zur Ausführung von Reparaturen im alten Elektrizitätswerk, in welchem jetzt Gemeindebureau untergebracht sind, werden 500 M. als Nachbeihilfung verlangt. Es sind zwar schon im laufenden Etat 1500 M. für den Ausbau und 200 M. für Reparatur-

vorgesehen, jedoch ist die Summe verausgabt, ohne daß alle Reparaturen ausgeführt sind. Unter anderem kam dabei zur Sprache, daß für die Mischableiteranlage gar keine Erleichterung vorhanden war. Auch ein Beitrag, wie Gemeindeanlagen, trotz der großen Anzahl von Beamten kontrolliert werden. Die 500 M. wurden schließlich bewilligt. Die nächste Vorlage gab dem Gemeindevertreter Nienkemper, der sich der Arbeiterschaft gegenüber vor Jahren einmal als der Mann mit dem „warmen Herzen“ ausgegeben hatte, endlich einmal Gelegenheit, sein „warmes Herz“ zur Geltung zu bringen; wenn auch nur in platonischer Weise. Es handelt sich um die Einrichtung einer Haushaltungsschule im Norden des Ortes. Prinzipiell ist diese Schule schon beschlossen bei der Beratung des Schulbaues im südlichen Ortsteil. Jetzt schlägt nun Herr N. vor, Bestimmungen über die benötigten Räume sowie den Umfang des Unterrichts zu treffen. Es ist geplant: 1. Haushaltungsunterricht für Volksschülerinnen; 2. Fortbildungunterricht für schulentlassene Mädchen; 3. eventuelle Teilnahme der „höheren Töchter“. Beschlossen wurde auf Veranlassung des Herrn Nienkemper, einen Ausschuss einzusetzen, der alle in Betracht kommenden Fragen beraten soll, und der sich aus drei Gemeindevorstehern, dem Direktor der höheren Töchterschule, dem Rektor der Gemeindegemeinschaft, dem Leiter des Hochbauamts und dem Gemeindevorsteher oder einem von diesem zu bestimmenden Schöffen als Vorstehenden zusammensetzen soll. Nach Bedarf können noch andere Sachverständige herangezogen werden. Von der Gemeindevertretung wurden die Gemeindevereiter Nienkemper, v. Seefeldt und Thonson gewählt. Wie man sieht, die Gemeindevertretung gibt sich große Mühe, um beim Herannahen der nächsten Gemeindevahlen „positive Arbeit“ besonders für die Arbeiterklasse zu leisten. Der Antrag und seine Annahme wird nämlich ein Mittel sein, um die Angelegenheit auf unabsehbare Zeit zu verschleppen; denn derselbe verpflichtet die Gemeindevertretung zu gar nichts. Die nächste Vorlage betraf den Erlaß eines Ortstatuts betreffend den Betrieb von Gastwirtschaften. Es soll von jetzt ab von dem Konzessionsausweisenden der Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses verlangt werden. Der vorgelegte Entwurf fand ohne Debatte in erster und zweiter Lesung Annahme. Nachdem dann noch Herr Nienkemper ein Schreiben über die Auslieferung des Grünwalds an die Hausbesitzerin einreichte und Herr Hammer versichert hatte, daß die konservative Partei im Landtage gegen die Aufstellung sei, wurden noch einige Rittellungen gemacht, unter welchen die von größerem Interesse ist, daß die Zehlendorfer Polizei nicht an den Vandalenstreichen am Familienbad in Wannsee beteiligt sei. Diese Auskunft ist aber so nichtig, daß unter allen Umständen eine Aufklärung von dem Amtsvorsteher Milinowski gefordert werden muß. Vorläufig hält sich dieser Herr aber noch in tiefes Schweigen, was nicht zu Gunsten der Zehlendorfer Polizei gedeutet werden kann.

Zum „Fürstentum“-Votum. Der Vorstand des Wahlvereins schreibt uns:

In der letzten Zeit hat sich unter einem Teil der Arbeiterschaft das Gerücht verbreitet, der „Fürstentum“ und seine Stieghöhle wäre von dem Votum befreit, der im vorigen Jahre über denselben verhängt wurde. Der Textum rührt wohl hauptsächlich daher, daß jetzt wieder der „Vorwärts“ dort ausliegt.

Die Genossen werden deshalb noch einmal auf die immer noch bestehende Sperre aufmerksam gemacht; gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß diejenigen Genossen, welche den Sperrebeschluss brechen, nach dem Statut zur Verhaftung gezogen werden. Auch werden alle auswärtig wohnenden Genossen, welche in unserem Orte arbeiten, um strengste Aufrechterhaltung des Votums ersucht, denn nur so ist es möglich, daß aus diesem Kampfe schließlich die Arbeiterschaft als Sieger hervorgeht.

Ober-Schönebeck.

Schulverband. Auf Grund der Bestimmungen des neuen Volksschulunterrichtsgesetzes ist der Gemeinde Ober-Schönebeck seitens der Regierung anbeigegeben, mit dem Gutsbezirk Köpenick-Forst einen Gesamtschulverband zu schaffen. Jetzt sind die Kinder von den Industrieniederlassungen des Gutsbezirktes den Gemeindegemeinschaften Ober-Schönebeckes zugewiesen, wofür der Gemeinde 30 Mark pro Jahr und Kind entschädigt werden bei einem Selbstauswand von 80 Mark.

Die Gemeindevertretung hat sich fast einstimmig gegen dies Ansuchen gewandt mit der Begründung, daß es Aufgabe des Forstfiskus als Besitzer des Gutsbezirktes sei, dort für würdige Schulverhältnisse zu sorgen. Der Forstfiskus, der durch Opferung ausgedehnter Waldbestände zur Hauspflanzung und Industriezwecken ungeheurer Profite einheimst, denkt hier auf bequeme Art seine Schullasten einer Gemeinde aufzubürden, welche ohnehin schwer unter ihren Schullasten leidet, dank der überaus starken Bevölkerung.

Weisheitiger wäre es jedenfalls, den räumlich angrenzenden Gutsbezirk nach Ober-Schönebecke einzugemeinden, der schon in vieler Hinsicht ein Gemeindegemeinschaft für die Gemeindegemeinschaften wurde, dadurch, daß er zu einem Teile in polizeilicher Angelegenheit von der Gemeinde mitverwaltet wird.

Ein Antrag der Gemeinde an den Kreisausschuss auf Aufhebung dieses Zustandes harri noch der Erledigung. — Also mag ein künftiger Fiskus in der Führung eigener Schulen vorbildlich wirken.

Weißensee.

Von eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern der Moskauter Franz Berg aus der Leherstraße. Er hatte an der Greifswalderstraße sein Fuhrwerk beiseite stellen wollen, als die Pferde plötzlich ansetzten. Dadurch verlor Berg das Gleichgewicht und fürzte von dem Fuhrwerk herunter. Unfallschwer verletzten er vor das Borderrad, das ihm über die Brust hinwegging. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte in das Auguste-Victoria-Krankenhaus eingeliefert.

Spandau.

Ueber die Tätigkeit des Vereins der Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsbetriebe referierte am Mittwoch Abend der Reichstagsabgeordnete Tischlermeister Pauli, Potsdam in einer öffentlichen Versammlung im „Roten Adler“. Es waren etwa 100 Personen erschienen, von denen vielleicht 100 Staatsarbeiter waren. Der jetzige Vorsitzende Schäperk wies in der Begrüßungrede darauf hin, wie stark der Verein vor einem Jahre noch war. Einzelne Mitglieder des Vorstandes haben den Verein aber für einen Jubelstich verkauft. Sie haben auch ihren Lohn dafür bekommen. (Der Vorsitzende spielte hierdurch auf die entlassenen Vorstandsmittelglieder hin, die ihre Entlassung deshalb erhalten, weil sie im vorigen Jahre den Gen. Dr. Karl Liebknecht in einer öffentlichen Versammlung sprechen ließen. Worin der Jubelstich bestand, den die entlassenen Arbeiter erhalten, sagte dieser Menschenfreund allerdings nicht.) Das jetzige Bestreben des Vereins sei, treu zur vorgehenden Beschlüsse zu halten und die Gesetze zu achten. Mit der Sozialdemokratie und dem Metallarbeiterverbande wolle er nichts zu tun haben. (Daraus auch der starke Anhang und der zahlreiche Besuch der Versammlung!) Der Metallarbeiterverein nenne den Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der königlichen Institute einen blauen Verein und bekämpfe ihn. Lieber schließt dann seinen Speech mit einem Hoch auf den obersten Kriegsherrn. Das war die Einleitung zu der Komödie, und man konnte eigentlich nach dieser Probe schon genug haben. Die „Vorwärts“-Leser wird es aber vielleicht auch interessieren, zu erfahren, wie denn der Schatzherr dieses Vereins, der Abgeordnete Pauli, über die Tätigkeit eines solchen Vereins denkt. Also, man höre und laune. Der schwache Besuch der Versammlung konnte daher, daß viele Staatsarbeiter dieselbe nicht für interessant halten, weil es keine Arbeiterversammlung ist, sondern eine ernste Beratung. (Pauli verwechselte die Begriffe, er wollte wohl sagen, diese Versammlung ist von meinen Staats-

verhältnissen eine zu große Fosse.) Es sei erfreulich, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich zu einem Verein zusammenschließen, denn so könnten, vorausgesetzt, daß der Verein eine gute Führung habe (?) und auf der Grundlage der Liebe zum deutschen Vaterland und der Treue zu Kaiser und Reich stehe, die Wünsche der Arbeiter nach oben besser zur Geltung gebracht werden. Freilich müsse der Verein alle Einwirkungen von außen, namentlich aber wenn sie von Sozialdemokraten kommen, ablehnen, denn sonst würden sowohl Feldzeugmeister als Kriegsministerium die Wünsche der Arbeiter rundweg ablehnen, und das sei auch vollständig berechtigt. Denn was sollte denn schließlich daraus werden, wenn die Sozialdemokratie Einfluß in den Staatsverhältnissen erlangte? Da stellten die Arbeiter womöglich während eines Krieges die Arbeit ein. (Schrecklich!) Deshalb habe das Kriegsministerium auch ferret verfahren, als es im vorigen Jahre die Vorstandsmitglieder, die den Dr. Liebknecht in der öffentlichen Versammlung sprechen ließen und dadurch der Sozialdemokratie Vorschub leisteten, entlassen habe. Wäre der Verein zu ihm gekommen, dann wäre alles verhängt worden. (Herr Pauli ist also keine Einwirkung von außen.) Von hier ab beschäftigt sich der Redner fast ausschließlich nur noch mit der Sozialdemokratie und den Metallarbeiterverband und förderte so blühenden Unsinns zugute, daß einem der Zuhörer doch die Geduld riß und er den Zwischentritt machte, Pauli möge doch bei der Wahrheit bleiben. Die Folge dieses Zwischenrufes war, daß der Redner auf Veranlassung des Vorstehenden den Saal verlassen mußte. Diskussion wurde auch zugelassen, aber nur von solchen Personen, die dem Vorstehenden bekannt waren oder die sich als Staatsarbeiter legitimierten. Und das nennt der gute Mann öffentliche Versammlung. Als erster Redner in der Diskussion sprach der zweite Vorsitzende des Vereins Spiegel. Er schimpfte auf den Metallarbeiterverband und die Sozialdemokratie. Dabei hörte sich seine Stimme an wie die einer alten Weisheits, die jeden Augenblick anfangen will, zu weinen. Dann sprach der zweite Vorsitzende des Neuen Wahlvereins konservativer Richtung, Rechtsanwalt Freiheit von Hundt. Auch ein großer Sozialistenfeind. Er bedankte sich für die Einladung (also sogar eingeladen hatte man den Neuen Wahlverein) und hoffte, daß der Verein der Arbeiter und der Neue Wahlverein Schulter an Schulter für das Wohl der Arbeiter der Staatsverhältnissen arbeiten werden. (Da kann man ja den Staatsarbeitern gratulieren, in solcher Gesellschaft werden sie gewiß zahme Schäfchen werden. Natürlich ist das auch keine Einwirkung von außen.) Zum Schluß sprach dann noch einmal der Abgeordnete Pauli, der auch den Reichs-Vandenschen Gewerksvereinen Gerechtigkeit widerfahren ließ, indem er sie zu den Zahlen rechnete, welche die Staatsarbeiter nicht fürchten brauchen. Dann hatte die Komödie um 1/11 Uhr ein Ende. Die Rehezahl der Staatsarbeiter scheint den Vrat mit dem jetzigen Arbeiterverein schon zu riechen, sie halten sich deshalb in weitest Entfernung von ihm und die Herren werden deshalb auch häufig unter sich bleiben und weiter wucheln, bis — ja bis sie vielleicht auch einen Trit bekommen und ihnen dann in praktischen Leben der Gedanke beigebracht wird, daß der Arbeiter nicht bloß ein Recht zum Wünschen, sondern auch zum fordern hat.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 22. September, 6 1/2 Uhr früh im Rathaus, Eingang Jödenstraße, Saal 109: Versammlung mit freireisender Beteiligung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Brunnstraße 6: Vortrag des Herrn Professor Dr. Gehke: „Die Anleitung zum Guten“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. G. H., Hamburg.) Illale Berlin 8. Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Kayler, Reichenbergerstraße Nr. 157: Versammlung. — Illale Berlin 9. Heute abend 9 1/2 Uhr, bei Gumbach, Waldemarstr. 24: Versammlung. — Illale Altdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Melchior, 151: Versammlung. — Illale Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofmeisterstr. 8: Mitgliederversammlung. — Illale Schöneberg. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilsch, Brunnenplatz 110: Versammlung.

Vermischtes.

Explosion in einer Sprengstoffabrik. Nach einer Meldung aus Wahn (Rheinprovinz) fand gestern früh 7 1/2 Uhr im Ritterhaus der Deutschen Sprengstoffabrik zu Rinderhöhe eine Materialzerlegung statt, worauf die Arbeiter stürzten. Es trat eine unerblickliche Explosion ein, der kurz darauf eine stärkere folgte, die das Ritterhaus zerstörte. Die übrige Fabrik blieb verschont. Menschen kamen nicht zu Schaden. In Wahn zersprangen viele Fenster.

Im Kohlenbergwerk verunglückt. Wiener Meldung zufolge wurden in dem Kohlenbergwerk Klaus durch Einsturz eines Kohlenstollens sechs Bergarbeiter verunglückt. Fünf konnten geborgen werden, sind aber schwer verletzt. Der sechste wird noch vermisst und dürfte tot sein.

Seine beiden Kinder ertränkt. In Nij bei Paris wurde gestern ein 43jähriger Mann namens Roberts verhaftet, der seine beiden Kinder ertränkt hatte. Als Grund gab der Verhaftete auf dem Polizeiamte an, er habe den Doppelmord begangen, weil seine Frau, von der er getrennt lebe, sich geweiht habe, zu ihm zurückzukehren.

Im Automobilraheisenbahnwagen verunglückt. In Doune-mouth kürzte nach einer Meldung aus London ein Automobilstraßenbahnwagen infolge Reifenbruches um. Von den acht Insassen erlitten vier tödliche Verletzungen. Die übrigen sind leiser verwundet.

30 Personen bei einer Eisenbahnkatastrophe in Mexiko getötet.

Auf der Linie Mexiko-Tlaxco erfolgte bei der Station Encarnacion ein Zusammenstoß zwischen einem Schnellzug und einem Güterzuge. Dreißig Personen sollen getötet worden sein und viele andere Verletzungen erlitten haben. Amtlich werden Einzelheiten über den Unfall noch nicht bekannt gegeben.

Eine spätere Meldung besagt: Mexiko, 20. September. Bei dem Zusammenstoß eines Schnellzuges mit einem Güterzuge in der Nähe der Station Encarnacion sind, wie nunmehr feststeht, 32 Personen getötet und 33 verletzt worden. Die beiden Maschinen und mehrere Wagen des Schnellzuges wurden zertrümmert. Die Schuld an dem Unfall soll den Lokomotivführer des Güterzuges treffen, der die Vorschriften nicht beachtet habe.

Erdbeben in Kalifornien. In Redlands (Kalifornien) ereignete sich gestern Abend 5 Uhr 45 Min. ein heftiges Erdbeben. Schäden sind bisher nicht gemeldet.

Die Pest in San Francisco. Wie aus San Francisco gemeldet wird, sind bis jetzt 35 Pestkrankungen vorgekommen, von denen 20 tödlich verliefen. 20 Pestverdächtige befinden sich unter ärztlicher Beobachtung.

Wasserstands-Nachrichten
Der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	19. 9.	18. 9.		19. 9.	18. 9.
Remel, Mühl	164	164	Habel, Spandau	119	119
Bregel, Jüterburg	199	199	Kathenow ¹⁾	145	0
Beichler, Thurn	134	134	Spree, Spremberg	88	0
Oder, Rathor	124	124	Beckfote	175	+ 1
• Krollen	110	110	Weser, Minden	-86	+ 3
• Frankfurt	—	—	• Minden	-12	- 2
Wärthe, Schrum	62	62	Rhein, Waldshut	—	—
Landenberg	58	58	• Saub	163	+ 5
Nehe, Borsdamm	23	23	• Köln	139	- 3
Eibe, Leimberg	-42	+ 6	Redar, Heilbronn	88	- 2
• Darby	100	- 9	Wain, Weisheim	—	—
• Wagedberg	115	+ 4	Weser, Xier	—	—
• Saale, Greditz	83	- 5			

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Niedrig, — ? Unterbezt.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestraße 70-71.

Lebensmittel.

Von Sonnabend, den 21. bis Dienstag, den 24. September, solange Vorrat.

Fleischwaren.

Rotwurst Pfund 0,45 M.	Thüringer Plockwurst 1,15 M.
Zwiebelwurst 0,45	Harte Cervelatwurst 1,20
Feine Leberwurst 0,98	Schinkenspeck 1,10
Thüringer Fleischwurst 0,95	Pökelrippchen 0,60
Harte Thüring. Kümmelwurst 0,90	Liesen 0,75
Echte Braunsch. Mettwurst 1,10	Schmalz 0,58

Kasseler Rippespeer Pf. 0,78 M.

Eisbein . . . Pf. 25 Pl.

Italienischer Salat Pf. 0,95 M.

Geflügel.

Brathähnchen 90, 1,00, 1,25. | Junge Enten 2,50—3,00. | Bratgänse 4,50, 5,00, 5,50.

Kolonialwaren

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I
90 1,10 1,30 1,50
 Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Kaffee, Mischung V rein im Geschmack und ergiebig Pf. 80 Pl.
 Von dieser Mischung verabfolgen wir in der Lebensmittel-Abteilung **Kostproben gratis.**

Wein und Liköre.
 Rotwein Flasche 0,80
 Portwein " 0,60
 Cognac " 0,95

Obst

Wein Pfund 18 Pl.

Malvaisir-Birnen Pfund . . . 9 Pl.

Weinpergamotte Pfund . . . 9 Pl.

Kaiserkrone Pfund 20 Pl.

Im Erfrischungsraum verabfolgen wir eine Tasse Kaffee mit Kuchen Portion 10 Pl.

*) Ausgenommen sind einige Artikel. Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Sherlock Holmes!

der berühmte Detektiv hat als billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß die allbekanntesten Konfektionshäuser



befunden. Durch den Ankauf des L. Felge'schen Warenlagers, Frankfurter Chausse 19, sind die Preise enorm herabgesetzt.

3 Preise! Maß-Abteilung. 3 Preise!

Anfertigung in eigenen Werkstätten unter Leitung erster Zuschneider.

Anzüge.	Paletots.	Hosen.
Serie I, wunderbare Muster 27. ⁵⁰ M.	Serie I, prima Qualitäten 24. ⁵⁰ M.	Serie I, eisenfeste Qualität 9. ⁵⁰ M.
Serie II, Kammgarne u. Chev. 37. ⁵⁰ M.	Serie II, prima Modestoffe 34. ⁵⁰ M.	Serie II, elegante Streifen 18. ⁵⁰ M.
Serie III, extrafeine Qualitäten 47. ⁵⁰ M.	Serie III, das Allerneueste 44. ⁵⁰ M.	Serie III, prima Ia Kammgarn 17. ⁵⁰ M.

Tel. III. 3835. II. 7099. VII. 790. Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden. - Tel. II. 7099. IIIa. 4637. III. 3835.

Blitz. Konfektions-Abteilung. Blitz.

Herren-Anzug, früher bis 18 M., jetzt von 7.90 an.	Herren-Paletots, ausnahmsweise, früher bis 14 M., jetzt von 6.50 an.
Herren-Anzug, " " 18 " " 10.50 an.	Herren-Paletots, seit. Gelegenheit, früher bis 18 M., " " 11.50 an.
Herren-Anzug, " " 28 " " 18.00 an.	Herren-Paletots, gestopptes Futter, früher bis 24 M., " " 14.50 an.
Herren-Anzug, " " 36 " " 24.50 an.	Herren-Paletots, auf Seide, früher bis 32 M., " " 18.50 an.
Herren-Anzug, " " 48 " " 32.00 an.	Herren-Paletots, extra prima Ia, früher bis 42 M., " " 24.50 an.
Herren-Hosen bis 33 ¹ / ₂ % unter Preis.	Schlafröcke bis 50 % unter Preis.
Loden-Joppen 1.80, 2.40, 3.— bis 18.— M.	Piqué-Westen bis 40 % unter Preis.
Kinder-Anzüge 12.—, 8.—, 6.—, 4.—, 2.— M.	Kinder-Paletots bis 40 % unter Preis.

Vor Täuschung wird gewarnt! Nur kein Neid, wer kann, kann! Seltene Gelegenheit!

früher 80 jetzt 85	Chaussee-Straße	jetzt 85	früher 80 jetzt 85	Ecke Auguststr.	Ecke Auguststr.
137	Große Frankfurter Straße	137	29-30	Rosenthaler Straße	9
	Schöneberg:		29-30	Kottbuser Damm	29-30
10	Haupt-Straße	10		Lichtenberg:	
			19	Frankfurter Chaussee	19.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Blitz-Schnell
 kommt Philipp Anstreicher, Gitschinerstr. 93
 man zu Philipp Anstreicher, Ecke Brandenburg.
 Monats-Anzüge von 6 M., Monats-Paletots von 4 M. mit
 Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen.
 auch für korpulente Herren passend.
 Dieselben sind von feinen Kavalieren und Helfenben,
 die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.
 Fahrgeld wird vergütet.
 Bitte auf Adresse genau zu achten.

Blendol



mit dem
Putzmännchen
 putzt alle Metalle
 blendend blank
 und schmiert nicht

in Glasf. zu 10 und 25 Pl., Blechf. zu 20, 30
 und 50 Pl. Überall erhältlich.
 Allein. Fabrik. Urban & Lemms, Charlottenburg.

